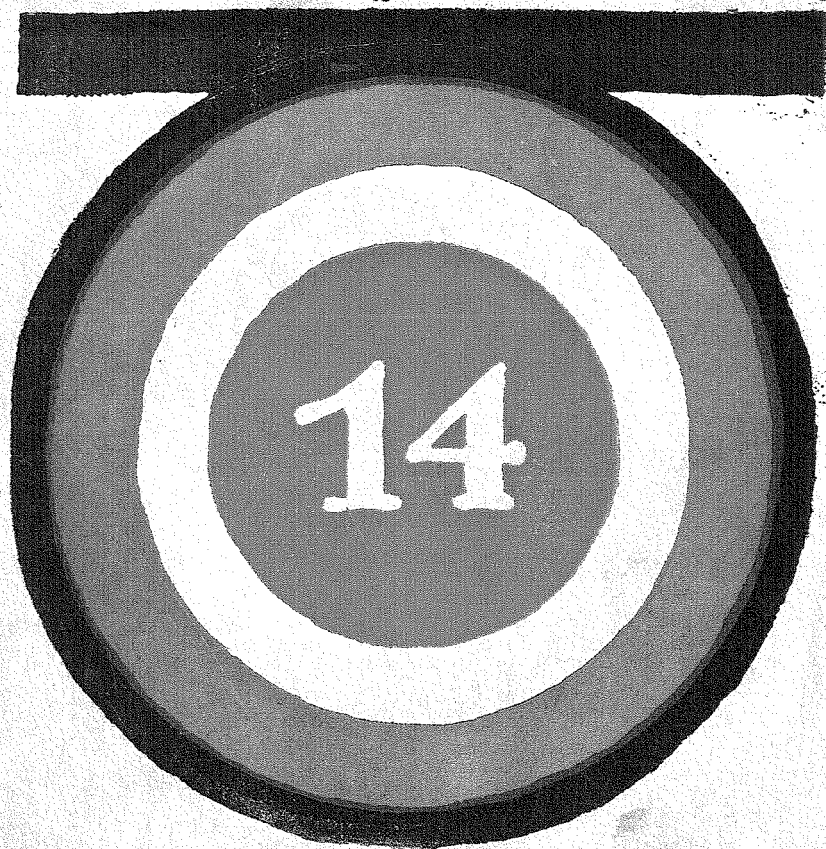


WILSON



**Das Schicksalsbuch
Deutschlands und der Welt**

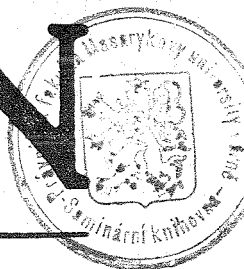
**Von Dr. Wilhelm
Rechtsanwalt in Dresden**

16/1397

Verlag von Alder & Borel G. m. b. H., Dresden 1

11-D-415 III egg 35

WILSON



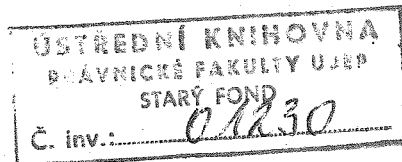
Das Schicksalsbuch Deutschlands und der Welt

Von Dr. Wilhelm
Rechtsanwalt in Dresden

Verlag von
Ader & Borel G.m.b.H., Dresden 1
1 9 1 9

I.
Aus Wilsons
Reden und Botschaften

Alle Rechte vorbehalten



W o r w o r t

Wilson und die Zukunft der Deutschen

Dr. Woodrow Wilson ist heute der mächtigste Mann der Erde. Er wurde am 28. Dezember 1856 in Staunton im Staate Virginien geboren. Von seinem Vater her fließt in seinen Adern Schottenblut, dem er die Zähigkeit im Festhalten seiner Ziele, von seiner irischen Mutter her Keltenblut, dem er die Lebhaftigkeit seiner Phantasie verdankt. Sein Vater war ein presbyterianischer Geistlicher und Kanzelredner von bedeutendem Rufe. Wilson studierte die Rechtswissenschaft im College of New Jersey. Schon als Student beschäftigte er sich mit politischen Fragen und griff in seiner Schrift: „Kabinettsregierung in den Vereinigten Staaten“ das — wie überall in der Welt, so auch in Nordamerika — üblich gewordene System der Gesetzesfertigung in geheimen Kommissionen an, das der wahren Demokratie ins Gesicht schlägt und das ganze Parlament nur als formale Maschinerie benützt.

Sein Lebensziel blieb von da an die Wiederherstellung der wahren Demokratie. Nach kurzer erfolgloser Tätigkeit als Rechtsanwalt in Atlanta kehrte er, 28jährig, nochmals auf die Universität zurück und studierte weiter. Das noch während seiner Studienzeit erschienene Buch: „Kongressregierung“ machte ihn bekannt und verschaffte ihm die Berufung als Professor an das Bryn Mawr College für Frauen. Einige Jahre später erhielt er den Lehrstuhl für Politik und Rechtskunde an der Princeton-Universität, deren Präsident er nachmals wurde. Diese vornehme und sehr einträgliche Stellung gab er auf, weil die Bedingungen einer Millionenstiftung seiner Meinung nach die sozialen Klassen-

gegensätze zwischen den reichen und armen Hochschülern vertieft hätten, was unvereinbar mit seinen demokratischen Grundfäden war. Diese Redlichkeit trug ihm den Gouverneursposten im Staate New Jersey ein. Dort beseitigte er mit Energie und mit Glück die Schäden des verrotteten Regierungssystems, merzte besonders die unverantwortlichen Nebenregierungen der Geldmagnaten und Trusts aus und überlieferte schonungslos die Namen unehrlicher Politiker den Angriffen der öffentlichen Meinung, an der er stets die festeste Stütze seiner Bestrebungen fand.

Seine bedeutendsten Werke als Schriftsteller sind: Kongreßregierung, Der Staat, Die Geschichte des Amerikanischen Volks und Die neue Freiheit. Seine Schriften, die sich manchenorts auf deutsche Forschungen stützen, geben dem Leser eine reiche Fülle politischer Anregungen und einen tiefen Einblick in das Wesen dieses zielbewußten Mannes, der wie kein anderer Mensch von der Presse der ganzen Welt bald mit Rot besudelt, bald in den Himmel gehoben wurde.

Wilson ist eine große, athletisch gebaute Gestalt. Er ist nicht der knochig und spitz aussehende Mann mit dem langen Gesicht, wie ihn Lichtbilder erscheinen lassen. Seine Züge sind die eines Mannes, der es verstanden hat, Geist und Körper zur vollendeten Harmonie auszubilden. Sein, nun so berühmt gewordenes, Lächeln ist voller Zauber; wenn er lächelt, lächelt nur der Mund, während Stirn und Augen ernsthaft bleiben. In seinen Augen aber liegt sein ganzes Wesen. Sie leuchten in durchdringendem Glanze, wenn er spricht; wenn er vorträgt, scheint er noch im Flusse der Rede tief nachzudenken. Langsam, einfach, doch kristallklar reiht sich voller Überzeugungswucht Wort an Wort.

Er ist ein echter Amerikaner, tatkräftig, energisch, selbstbewußt, kühl überlegend, welt- und menschenkundig, praktisch, dabei stets Idealist und Ideologe und von tief religiösem Empfinden, Sozialist im edelsten Sinne des Wortes.

Infolge seiner erstaunlichen Erfolge als Gouverneur von New Jersey wurde er 1913 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika gewählt. Mit ihm kam die demokratische Partei wieder ans Ruder, während seine drei Vorgänger Mac Kinley,

Theodore Roosevelt und William Howard Taft Republikaner gewesen waren. Als Präsident verfolgt er das Ziel, den alten demokratischen Tugenden der amerikanischen Freiheitskämpfer wieder Geltung im öffentlichen Leben zu verschaffen, Auswüchse des Kapitalismus zugunsten einer gesunden Sozialpolitik zu bekämpfen, im übrigen aber Amerika eine seinen tatsächlichen Machtmitteln entsprechende Weltstellung zu verschaffen. — Er zieht es vor, politische Erfolge durch Überzeugung und Abereinkünfte zu beiderseitigem Vorteil zu lösen, scheut aber auch den Gebrauch der Macht nicht. Der Krieg war ihm das Mittel, Amerika ein starkes Heer und eine Kriegs- und Handelsflotte zu schaffen, Amerikas Vorherrschaft im Welthandel aufzurichten, dem Krieg die entscheidende Wendung zu geben, die ganze Welt ins Fahrwasser demokratischer Entwicklung zu bringen, die dadurch entstehende Überzeugungsgemeinschaft durch einen Völkerbund zu sichern, Europa von seiner überlebten Einbildung, die einzige Stätte für die Entscheidungen der Weltpolitik zu sein, zu befreien, — und das von sittlichen Gefahren bedrohte amerikanische Volk durch das Stahlbad eines gewaltigen Krieges an Leib und Seele gesund zu machen.

Er folgte als Präsident stets seinen eigenen Überzeugungen; er brach rücksichtslos mit aller Tradition, wenn sie ihm veraltet erschien. So sprach er, hundertjährigen Brauch brechend, seit Jefferson zum erstenmal wieder in Person vor dem Kongreß, die ängstlich behütete Trennung der beschließenden und ausführenden Gewalt beiseite schiebend; so verließ er als erster Präsident 1918 während seiner Amtszeit Amerika. Er sagte in London, nichts wundere ihn mehr, daß die Leute ihm nachrühmten, etwas Besonderes zu tun, wenn er nur etwas ganz Natürliches tue. Er ist zweifellos ein Mann, der weiß, was er will, und der tut, was er will. Wer die folgenden Blätter liest, wird mit Staunen inne werden, mit welcher Hartnäckigkeit der Präsident sein Ziel im Auge behält, wie er seine Ideen immer und immer wieder seinen Landsleuten und der Welt ins Hirn hämmert, um aus Unerhörtem endlich Selbstverständliches zu machen. Sein Ziel war die Herbeiführung eines Friedens ohne Sieger und Be-

siegte. Er wußte, daß die geistige oder weltliche Macht, der dies gelang, die erste Macht der Welt sein würde. Seine Bestrebungen scheiterten, obwohl es nicht nötig war. Es ist zwecklos, nach Schuldigen zu spüren. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. — Wilson ging folgerichtig in den Krieg. Seine Ziele blieben dieselben:

ein Friede der Gerechtigkeit, fußend auf der Gleichberechtigung aller von den Schlacken des Hasses befreiten, ihr Schicksal selbst bestimmenden Völker, und, zur Vermeidung des Rückfalls in Kriegsgreuel, ein Völkerbund, der die längst für den Einzelmenschen geltenden Rechtsgrundsätze der Gleichheit und Gerechtigkeit, der Abwehr von Übel und Bestrafung von Gewalttat auch auf den Verkehr der Staaten untereinander zur Anwendung bringen soll. Der Völkerbund soll Sonderbündnisse und Allianzen, die mehr Kriege entzündeten als verhinderten, und das innerlich längst unmöglich gewordene System des (europäischen) Gleichgewichts der Mächte durch ein von der erzwingbaren Achtung vor Menschheits- und Völkerrecht stabilisiertes Weltgleichgewicht ersetzen. Seine Hauptvoraussetzung ist Völkerverständigung, Freiheit der Meere und Abrüstung.

Diese Ziele sind nicht von Wilson erdacht, sondern — seit Grotius und Kant — Gemeingut der Menschheit. Aber Wilson ist der erste Mensch, der den Willen und auch die Macht besitzt, sie nach einem Weltbrand ohnegleichen in die Tat umzusetzen. Und wer seine Worte und auch seine Taten ohne Groll und Voreingenommenheit erwägt, wird an die Ehrlichkeit seines Willens glauben. Eine solche Sprache spricht kein Heuchler. Das ist kein Heldengeprahl und kein Händlergeschacher, eher Heilandswollen. Auch französische Rachgier, welsche Landgier, englische Geschäftspolitik wird, wenn nicht Deutschland völlig in Schande und Ohnmacht sinkt, seinem Willen auf die Dauer nicht widerstehen können. Denn Wilsons Ziele sind Dinge, die auf dem Wege einer allen freien Geistern erstrebenswerten Menschheitsentwicklung liegen, und sie stützen sich auf den trotz allem blutigen Hader doch im Herzen der Menschheit festverankerten heiligen

Glauben, daß sie ursprünglich und innerlich eins sei, unter der Last gemeinsam zu tragenden Fluchs und in der Hoffnung auf Gemeinsamkeit des kommenden Segens.

Ein Feind allein ist es, der Wilsons Willen praktisch undurchführbar machen kann. Das ist der Bolschewismus; nicht der, den die sozialistischen Führer in Rußland erstrebt haben, sondern das, was der Unverstand der Freiheit mit Zügellosigkeit verwechselnden russischen Massen aus ihm gemacht hat. Wilsons Plan setzt Ordnung oder doch wenigstens Völker voraus, die den Willen haben, sich in freiheitlicher Demokratie zu ordnen. Der Bolschewismus, der wie ein Steppenbrand von Osten her Europa in Flammen setzen will und seine zündenden Funken schon weit über die Welt bis in die vom Krieg unberührt gebliebenen Länder Südamerikas blies, schafft ein Chaos, das die Staaten mit völligem Umsturz, die Gesellschaft mit Auflösung bedroht. In einem Chaos müßten Wilsons Gedanken sterben.

Sterben vielleicht auf ewig. Denn wahrscheinlich wird sich niemals wieder eine Lage der Dinge ergeben, wo die Menschheit nach einem Kriegselend ohne Beispiel von einem Gesellschaftszusammenbruch ohnegleichen bedroht wird, eine Lage, aus der allein Gemeinschaftshandeln für Gemeinschaftsziele in Gemeinschaftsbewußtsein die Völker der Welt noch retten kann. Soll aber der socialismus asiaticus, dessen Folgen aber auch nicht ein Stäubchen dauernden Glücks bringen werden, dessen Erfolg nur eine Gemeinschaft in Elend und Barbarei sein würde, in seinem Angriff gegen die Kulturwelt aufgehalten werden, so können allein die Deutschen der Damm sein, an dem sich seine Fluten wie vor 1400 Jahren der Hunnenanprall und vor 700 Jahren der Mongolenansturm brechen.

Und diese Aufgabe ist es, an der unser tiefgebeugtes Volk sich wieder emporrichten soll. In ihr liegt unsere Kraft, unser Wert für die Welt. Die Menschheit braucht uns, braucht uns ebenso, wie wir die Menschheit zu dieser Aufgabe brauchen. Wir brauchen die Hilfe der Kulturwelt bei diesem Rettungswerk der Weltkultur, um zunächst die bolschewistischen Erscheinungen in unserem eigenen Volkskörper zu beseitigen.

Die sind nicht unsere Schuld. Denn der Bolschewismus ist eine Krankheit mißbrauchter Völker, die sich im Staate als Verlust des Willens zur Macht, im einzelnen Menschen als Verlust des Glaubens an den Segen der Arbeit zeigt; er ist eine Krankheit des Geistes und des Gemütes, die durch Aufpeitschung der Massen, auf denen, nicht nur bei besiegten Völkern, der Druck des Krieges am schwersten lastete, eine völlige Umkehrung der Gesellschaftsordnung erstrebt und eine Auflösung aller Ordnung erzeugt. — Einzelne Erscheinungen lassen sich eine Zeitlang mit Gewalt dämpfen, müssen wohl auch mit der Schärfe der Waffen ausgerodet werden. Die Krankheit selbst erlischt erst nach Beseitigung ihrer Gründe (Nahrungsmittelmangel und Rohstoffmangel). Der Bolschewismus lebt von stillliegenden Betrieben und Hungerstreiks. Er stirbt an rauchenden Schornsteinen. —

Wir bieten der Welt unsere Hilfe und verlangen dafür ihren Beistand. Läßt uns die Welt im Stiche — die immer unerhörter werdenden Waffenstillstandsbedingungen deuten auf eine unbegreifliche Verblendung der Westmächte hin, die sich bitter an ihnen rächen muß, und sie sind von Wilsons Standpunkt aus nur dann zu erklären, wenn er den Militärs der Entente Blankovollmacht für den Waffenstillstand gegeben, sich selbst aber Blankovollmacht für die Friedensverhandlungen vorbehalten hat —, läßt uns die Welt im Stiche, dann hat sie die Verantwortung für den Untergang Europas zu tragen. Denn werden wir auf das blutrote Dreigespann des Bolschewismus gezwungen, dann wird der Wagen, der schon vom Ural bis zum Rhein fuhr, auch an dessen Ufern nicht stehen bleiben. Es liegt im Wesen des Bolschewismus eine vorwärtsdrängende, imperialistische Kraft; er stirbt, wenn er nicht vordringt, weil das von ihm befallene Volk stirbt. —

Diese Aufgabe allein schon wäre, klar erkannt, groß genug, unserem Volke das verlorengegangene Selbstbewußtsein, die Selbstachtung, den Glauben an sich selber wiederzugeben. Denn die Aufgabe gipfelt darin, dem Osten und Süden Europas die Ordnung wiederzugeben, unsere 200 000 Waffen-

brüder im Osten vor Schmach und Schande und Todesnot zu retten, und zu verhüten, daß die in 50 Monaten harten Kampfes vor jedem Feind geschützten Fluren unseres noch immer über alles geliebten Vaterlandes der Schauplatz des furchtbaren Kampfes der Heere und Horden der Welt um Bolschewismus auf der einen Seite, Kapitalismus und socialismus germanicus auf der anderen Seite werden. Was ein solcher Kampf bedeutet, lehrt uns die Geschichte des Dreißigjährigen Krieges zwischen Protestantismus und Katholizismus, der Deutschland mehr als 20 Millionen Menschen und den Wohlstand von vielen Generationen kostete. —

Wilson hat die Gefahr wohl erkannt (vgl. seine Botschaft v. 13. 1. 19). Er würde helfen, wenn er bei uns den festen Willen zur Tat sähe. Der aber darf sich nicht mehr in Protesten und Bitten an unsere Bürger manifestieren, sondern er muß sich zeigen in dem entschiedenen Hinweis auf die Grenzen unserer Nachgiebigkeit und in dem Anerbieten zu dem geschilderten Werk. Der Entschluß zu einem „Bis hierher und nicht weiter“ würde Frankreich und England schon jetzt zur Entscheidung zwingen, ob sie uns auf die Gefahr der Bolschewisierung ihrer eigenen Massen hin unser letztes Herzblut auspressen oder sich offen zu Wilsons Grundsätzen bekennen wollen.

Dadurch würde auch Wilsons Macht, die durch unsere Kapitulation einen schweren Stoß bekam, wieder gestärkt.

Käme die Hilfe, dann könnte Deutschland sich weiter auf die Aufgaben besinnen, die ihm auch innerhalb des Wilsonschen Völkerbunds von der Vorsehung bestimmt sind. Es sind dieselben großen Aufgaben, die das 1000jährige heilige römische Reich deutscher Nation erfüllen wollte und durch Jahrhunderte erfüllt hat. Es ist die Aufgabe der völkerrechtlichen Zusammenfassung der mitteleuropäischen, durch geographische und wirtschaftliche Bedingungen aufeinander angewiesenen Völker unter Aufrechterhaltung ihrer politischen Freiheit und selbständigen Entwicklung unter einem gemeinsamen sittlichen Ideal in einem

völkerrechtlichen Bunde. Dieser Gedanke des alten deutschen Kaisertums ist himmelweit verschieden von dem preußischen, auf unmitelbare Machtdehnung gerichteten Prinzip des neuen Kaiserreichs, das an diesem Prinzip, das ein 19. und 20. Jahrhundert nicht mehr zuläßt, zugrunde ging.

Die dem mittelalterlichen Völkerbunde Europas zugrunde liegende sittliche Idee war die Gemeinschaft der abendländischen Christenheit, repräsentiert durch Kaiser und Papst. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in irgendeiner Form die Weltkriege auch die Erinnerung an diese Gemeinschaft wieder aus der Gruft emporsteigen lassen. Denn die unvermeidbare Trennung der Kirche vom Staate wird die Kirchen wieder zu mächtigen Korporationen umgestalten, die ihrer alten Streitbarkeit gedenken; nur werden sie sie diesmal verwenden, um vom Balkan bis zur Ostsee eine geistige Front gegen den orthodoxen Panrussismus zu schaffen. Und diese Front wird die protestantische und die katholische Kirche vereint einem gemeinsamen Gegner gegenüberstellen. Die gemeinsame Aufgabe wird das einigende Moment in den Kirchen der westslawischen und germanischen Völker werden. Der lebendige Brunnen der kirchlichen Kräfte wird in den deutschen Ländern sprudeln, die beiden Kirchen eine gastliche Heimat sein müssen, weil sie das Band sein kann, das sich zwischen uns und der übrigen katholischen und protestantischen Menschheit knüpft. Das einigende politische Prinzip der kommenden Welt will Wilsons Völkerbund sein. Der soll aber nicht eine Schar reizender Völkerwölfe unter seinem Dache sammeln, sondern freie, zufriedene, kraft eines wohlverstandenen Selbstbestimmungsrechts glückliche Völker. Dieses Selbstbestimmungsrecht Wilsons hat nichts gemein mit dem Nationalitätenprinzip des dritten Napoleon, mit jener Höllemaschine, die die sich ihrer selbst bewußt gewordene französische Revolution auf die großen Staaten Mitteleuropas losließ, um sie zu zersprengen, zu balkanisieren, zu einem Tollhaus sich befehdender Nationen zu machen.

Das Selbstbestimmungsrecht gibt den kleinen Völkern Recht auf freie Entwicklung, zwingt ihnen aber nicht die Pflicht auf

in geographisch und wirtschaftlich unmöglichen Verhältnissen ein von vornherein zum Tode verurteiltes Schattendasein mißverständener Freiheit zu führen. Mitteleuropa ist ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, dessen Teile alle aufeinander angewiesen sind, und das selbst wiederum auf die großen Wirtschaftsgebiete der anderen Weltteile angewiesen ist. — Nicht trennen, spalten, verfeinden will Wilsons Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern Entschlußfreiheit zu freiheitlichen Vereinigungen schaffen. — Wenn Europa im Völkerbunde Wilsons etwas bedeuten will, dann muß das Land, dessen Pulsadern der Rhein, die Donau und die Weichsel sind, in sich selbst wiederum ein freiheitlicher Völkerverein sein. — Hier zu vermitteln, zu ordnen, zu einigen, zu leiten, nicht mit Schwertgewalt zu zwingen, ist die große und gewaltige Zukunftsaufgabe des in jenen Gebieten an Zahl größten Volkes, der Deutschen, die die Vorsehung zu Hütern der drei großen Ströme eingesetzt hat. Die Geschichte Europas wird den Anschluß der Deutschösterreicher an Deutschland, der nicht nur völkischen und wirtschaftlichen, sondern auch idealen Gründen entsprang, mit goldenen Lettern in ihr Buch eintragen. Denn die führenden Männer in Wien waren die ersten, die das Selbstbestimmungsrecht nicht zum Zerstören, sondern zum Aufbau nützten.

Verstanden und ergriffen die Deutschen diese ihre Aufgabe nicht, oder wiesen die anderen Völker Europas die gebotenen Dienste zurück, dann würde das Morgenrot der Freiheit, das in den Herbststürmen des Jahres 1918 über Europa aufging, für die jungen Freistaaten bald zum Abendrot des Untergangs.

Uns aber wird das Selbstbestimmungsrecht und der Völkerbund dazu dienen, endlich — durch Anschluß an das mächtigste Rohstoffgebiet der Welt — die Gitter des viel zu engen Käfigs „Europa“ zu sprengen, dessen drückende, dumpfe Luft die Völker mehr als 1000 Jahre hindurch zu unaufhörlicher und am Ende doch ergebnisloser Feindschaft und Selbstzerfleischung trieb. Und der Mann, der den Schlüssel des Selbstbestimmungsrechts fand, wird die Türe zum Glücke nicht

sperrten, wenn wir anklopfen! Wird uns aber aufgetan, dann wird die blutdürstige Sphing der europäischen Politik sich selbst von ihrem Felsen herabstürzen. Denn alle völkischen Probleme unserer Randländer, die nur kurzfristige Narrheit jetzt auf unsere Kosten unter Vernichtung tausendjähriger deutscher Arbeit lösen zu dürfen wähnt, sind zur Zufriedenheit aller lösbar, wenn in dem hoch über allen beteiligten Nationen thronenden Ideale einer politischen Wirklichkeit der Schnittpunkt der — nur scheinbar — sich widerstreitenden Interessen gefunden ist.

Was uns zu der großen, unter Umständen auch opferwilligen Vermittler-, Ordner- und Führerrolle in dem sich unter starken Wehen neugefaltenden Europa verpflichtet, ist das Gesetz der großen Zahlen; die sittliche Idee aber, die uns zu der Aufgabe berechtigt, muß das Geschenk eines wahrhaft großen, die gequälten Massen beglückenden deutschen Sozialismus sein. Die sozialistischen Ideen sind auf dem Marsche um die Welt. Deutsche Aufgabe ist es, sie in der edelsten, von allem zerstörenden Wahn freiesten Form in die Wirklichkeit umzusetzen. — Und die Grundlage dieser Aufgabe muß die Erkenntnis sein, daß, solange nicht das vornehmste Produktionsmittel, der Mensch, sozialisiert ist, das heißt, seine Existenz, seine Entwicklung, die bestmögliche Entfaltung seiner vollen Persönlichkeit vom Staat und der Gesellschaft gewährleistet und verbürgt ist, alles Sozialisieren der toten Materie Eintagswerk und Stümperei bleiben wird. — Auch bei der Erfüllung dieser Aufgabe wird das deutsche Volk in den Schätzen seiner glorreichen Vergangenheit suchen und dann dem Staate seine Pflichten zuweisen, aber auch der Gesellschaft ihre Rechte nicht kürzen; und sie wird ihn durch die Hervorbringung eines bunten lebendigen Gewimmels von genossenschaftlichen und korporativen Gebilden, die alle dem gleichen Ziele zustreben, belohnen.

Un solchen Aufgaben, solch altem deutschem Geiste, der des Rufes der neuen Gegenwart harret, wird der gelähmte Lebensmut des deutschen Volkes wieder erwachen.

Eine Welt ist tot mit allen ihren Anschauungen. Da hilft

kein Trauern, kein Selbstbespeien, kein Schnüffeln nach Schuldigen; da helfen nur neue große, klar umrissene und trotz ihrer Universalität beschränkte Ziele. Und ganze Arbeit. —

Das Volk, das vor wenigen Monaten noch der ganzen Welt trotzte, viel gehaßt, aber auch viel bewundert war, ist nicht schlecht, nur krank, nicht kraftlos, nur ermattet, und steht bestürzt durch den Zusammenbruch der alten Ideale, geblendet von der Sonne der jungen Freiheit, verdutzt über die undankbare Frechheit der es bestehlenden Leichenräuber in der Runde, an der Wegscheide der kommenden Zeit, unschlüssig über den einzuschlagenden Pfad. —

Das Rad der Geschichte kreist so rasch, daß wir uns selbst erleben. Nie brach eine Welt in einen solchen Trümmerhaufen zusammen. Aber noch nie ward einem Geschlecht zuteil, an der Ruine seiner Vergangenheit auch den Baumeister der Zukunft zu finden, der mächtig und guten Willens ist: **Wilson.**

Wer seine Gedanken erfährt, der wird erkennen, daß auch für das deutsche Volk Raum ist im künftigen Bunde freiheitlich gesinnter Völker.

Aber unsere Unterhändler müssen voller Wissen und Weisheit und voller Begeisterung für die Ideale der neuen Zeit an den Verhandlungstisch treten. — Mit Kniffen und Listen, Betteln und Protesten ist dort nichts zu machen. Dort wird mit dem feinen Stahle gewaltiger Ideen und Gedanken gefochten.

Und die Ideen der deutschen Friedensboten, der Friedensboten des bis zum Sommer des Jahres 1918 stärksten Volkes der Erde, müssen so groß und machtvoll, müssen so voller Hingabe an künftiges Menschheitsglück sein, daß die „nationalen“ Wünsche und Haß- und Rachedgedanken unserer Feinde von gestern klein und kleinlich wie mittelalterliche Raubritterziele erscheinen. —

Den Friedensboten eines Volkes, das noch in schwerster Not die Würde seiner Zukunftspflichten begreift, das willens ist, für die von ihm nunmehr mit ganzer Seele ergriffene Idee der Völkergemeinschaft das höchste Opfer seiner selbst zu bringen, wird vor dem Forum der Welt Recht werden.

Der Mangel einer großen sittlichen Idee, das Fehlen eines für die ganze Welt heilbedeutenden sittlichen Ideals, das unserem Kämpfen unzerstörbarer Ansporn gewesen wäre, die Mißachtung des Gesetzes der großen Zahlen in innerer und äußerer Politik ist der wahre tiefe Grund des Zusammenbruchs des alten Systems.

In unermüdlichem Dienste für große Gedanken, die die verschütteten Tiefen unserer Volksseele aufwühlen, wird das Volk der Deutschen wieder gefunden und erstarken.

Erfassen wir unsere Zukunft so, dann werden die Millionen unserer Toten ruhig schlafen, die sonst dem undankbaren, ehrvergeßenen, an Kleinmut und Selbstsucht verfaulenden Geschlechte der Überlebenden das Dasein mit ihrem rachfüchtigen Blute vergiften müßten.

Deutschland kann leiden, Deutschland kann irren, aber niemals sterben.

Dresden, 6. 2. 1919

Dr. Wilhelm

Ansprache Wilsons an die Amerikanische Liga für den Frieden (Völkerbundsideal) am 27. Mai 1916

Wiederholte Kundgebungen der führenden Staatsmänner der meisten jetzt im Kriegszustande befindlichen Staaten haben offenbart, daß sie zu der Erkenntnis gelangt sind: hinfort müßten die Grundsätze des Völkerrechts den Vorrang haben vor den Sonderinteressen der Einzelnationen und die Völker der Welt sich in irgendeiner Form zusammenschließen zu dem Zwecke, dies Recht vor jeder Art selbstfüchtigen Angriffs zu wahren; — hinfort dürfe Bündnis nicht durch Gegenbündnis, Verständigung nicht durch Gegenverständigung wieder aufgehoben werden; — sondern künftig müsse es ein allgemeines Abkommen für ein allgemeines Ziel geben, und der Hauptgegenstand dieses gemeinsamen Ziels müsse die Unverletzbarkeit der Rechte der Völker und der Menschheit sein.

Die Nationen der Welt sind einander näher gerückt. Es dient zu ihrem Heile, wenn sie sich verstehen lernen. Wenn sie aber einander verstehen lernen sollen, so ist es unerläßlich, daß sie sich zu gemeinsamer Arbeit an gemeinsamer Sache zusammenfinden und daß sie so handeln, daß die Richtlinie der Gemeinschaftsarbeit völlige und unparteiische Gerechtigkeit ist.

Das ist unzweifelhaft der Gedanke Amerikas. Das ist's, was ich selber aussprechen will, wenn die rechte Stunde dafür gekommen ist. Im Verkehr der Völker untereinander muß Willkürmacht beseitigt werden. Und wir müssen fortschreiten zu dem die moderne Welt beherrschenden Gedanken, dessen Lebenselement der Friede ist. Dieser Gedanke bildet den Hauptteil der leidenschaftlichen Überzeugung Amerikas.

Wir glauben an folgende Grundsätze:

1. Jedes Volk hat ein Recht, die Herrschaft zu wählen, unter der es leben will.

Gleich wie andere Nationen haben auch wir selbst zweifellos hin und wieder gegen dies Prinzip gesündigt, wenn unser nationaler Egoismus einmal mit uns durchging. Das haben unsere ehrlichen Geschichtsforscher aufrichtig zugegeben: aber es ist allmählich Geleß für unser Leben und für unsere Handlungsweise geworden.

2. Die kleinen Staaten der Welt haben ein Recht auf dieselbe Achtung vor ihrer Souveränität und territorialen Unverfehrtheit, wie sie die großen und mächtigen Staaten mit allem Nachdruck fordern.

3. Die ganze Welt hat ein Recht darauf, vor jeder Störung ihres Friedens bewahrt zu sein, die ihren Ursprung in der aggressiven Mißachtung des Völkerrechts und der Gerechtfame der Staaten hat.

So aufrichtig ist unser Glaube an diese Dinge, daß ich gewiß nach Wunsch und Willen des amerikanischen Volkes spreche, wenn ich sage:

Die Vereinigten Staaten sind bereit, jeder nur denkbaren Staatenvereinigung beizutreten*, die zu dem Zwecke geschaffen wird, diese Ziele zu verwirklichen und nach ihrer Verwirklichung vor Verletzung zu sichern.

Die Vereinigten Staaten wollen nichts vom Besitze einer anderen Nation für sich selbst. Wir sind im Gegenteil willens, uns mit den anderen Nationen an einen vorgeschriebenen Weg der Pflicht und der Achtung vor fremden Rechten zur Unterdrückung jedes aggressiven Gedankens zu binden.

Wenn uns je die vornehme Pflicht zuteil werden sollte, eine Friedensbewegung unter den kriegsführenden Nationen anzuregen oder in die Wege zu leiten, so bin ich überzeugt, daß die Vereinigten Staaten ein Vorgehen ihrer Regierung innerhalb folgender Richtlinien wünschen würden:

* Die Zeit ist nicht mehr ferne, wo die Deutschen Wilson an dies Wort erinnern werden.

- a) Eine Vereinigung der Gegensätze zwischen den Kriegsführenden, wie sie deren eigene und unmittelbare Interessen erheischen. Wir verlangen nichts für uns und wissen genau, daß wir in keinem Sinne und in keinem Maße Partei in dem gegenwärtigen Streite sind. Für uns besteht einzig und allein ein Interesse am Frieden und dessen künftigen Sicherungen.
- b) ein allgemeiner Völkerbund zu dem Zwecke, die Unverletzlichkeit und Sicherheit der Hauptseewege zum allgemeinen und unbehinderten Gebrauch für alle Völker der Welt aufrechtzuerhalten und jeden Krieg von vornherein zu verhindern, der gegen bestehende Verträge verstößt, oder begonnen werden soll ohne vorherige Warnung, und ohne daß seine Gründe der öffentlichen Meinung der ganzen Welt unterbreitet worden wären, — Dinge, die alle eine wirkliche und bestmögliche Garantie für Unverletzlichkeit der Staatsgebiete und politische Unabhängigkeit darstellen würden.



Wilson's Friedensnote vom 18. 12. 1916

überreicht in Berlin am 20. 12. 1916

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat mich beauftragt, bei der Kaiserlich Deutschen Regierung ein Verfahren hinsichtlich des gegenwärtigen Kriegs anzuregen, das, wie er hofft, die Kaiserlich Deutsche Regierung in Erwägung ziehen wird als eine im Geiste aufrichtigster Freundschaft betätigte Anregung, die von dem Vertreter einer neutralen Nation ausgeht, die durch den Krieg schwer leidet und deren Wunsch nach einem baldigen Kriegsende aus der offensichtlichen Notwendigkeit entspringt, für den Fall einer Fortdauer des Kriegs Maßnahmen zum bestmöglichen Schutze ihrer Interessen ins Auge zu fassen. Der Präsident hat schon lange die jetzt in seinem Auftrage übermittelte Anregung im Sinne gehabt. Er ist einigermaßen in Verlegenheit, sie gerade jetzt zu verwirklichen, weil es scheinen möchte, als ob ihn der Wunsch treibe, eine Rolle in Verbindung mit dem eben* erfolgten Vorschlage der Mittelmächte zu spielen.

Tatsächlich ist die Anregung des Präsidenten völlig ohne fremde Beeinflussung entstanden. Und der Präsident hätte sein Anerbieten bis zur Beantwortung der erwähnten Vorschläge verzögert, wenn nicht auch seine Anregung die Friedensfrage beträfe und daher am vorteilhaftesten in Verbindung mit andern Vorschlägen betrachtet würde, die dasselbe Endziel haben. Der Präsident kann nur darum bitten, daß seine Anregung völlig nach ihrem eigenen Werte und so angesehen werden möge, als sei sie unter anderen Verhältnissen geschehen.

Der Präsident regt an, die kriegführenden Nationen möchten

* Friedensangebot vom Dezember 1916.

so bald als möglich eine Gelegenheit wahrnehmen, ihre Ansichten über die Gesichtspunkte darzulegen, unter denen der Krieg abgeschlossen werden könnte, und über die Anstalten, die als hinreichende Garantie gegen eine Wiederkehr oder die Entstehung eines ähnlichen Konflikts in Zukunft getroffen werden müßten, — und zwar so, daß sich die Vergleichung der gegenseitigen Ansichten in aller Offenheit ermöglichen ließe. Ihm ist gleichgültig, welche Maßnahmen zu dem Ziele führen. Er sieht kein größeres Glück, als der Sache zu dienen, oder seinerseits in jeder annehmbaren Weise die Initiative zur Erreichung des angestrebten Zieles zu ergreifen. Er hat aber nicht den Wunsch, Weg und Mittel zu bestimmen. Ein Weg wird ihm so annehmbar erscheinen wie der andere, wenn nur das große Ziel, das er im Auge hat, erreicht wird.

Er gestattet sich, die Aufmerksamkeit auf die Tatsache hinzulenken, daß die Staatsmänner beider kriegführender Parteien dem Wesen nach die gleichen Ziele verfolgen, so wie sie diese in allgemeinen Ausdrücken ihren Völkern und der Welt verkündet haben.

Jede der beiden Parteien wünscht, künftig die Rechte und Gerechtfame schwacher Völker und kleiner Staaten ebenso gesamt gegen Angriffe und Vernichtung zu sehen, wie die Rechte und Gerechtfame der großen und mächtigen jetzt kriegführenden Staaten. Beide Parteien wünschen sich selbst neben allen anderen Nationen und Völkern in Zukunft gegen die Wiederkehr solcher Kriege und gegen Überfälle und eigennützigte Störungen zu sichern. Jede Partei würde voller Argwohn sein gegen die Bildung weiterer gegnerischer Bündnisse zur Aufrechterhaltung eines unsicheren Machtgleichgewichts unter gleichzeitiger Vervielfältigung des Mißtrauens.

Aber alle sind bereit, die Bildung eines Völkerbunds zur Gewährleistung von Frieden und Gerechtigkeit in der ganzen Welt zu erwägen.

Bevor jedoch dieser Schlüsselstein gelegt werden kann, hält es jede Partei für notwendig, vorerst die Fragen des gegenwärtigen Kriegs unter Bedingungen in Ordnung zu bringen, die

die Unabhängigkeit, die territoriale Unversehrtheit und die politische und wirtschaftliche Freiheit der Nationen sicherstellen sollen.

Um den zur Sicherung des künftigen Weltfriedens zu ergreifenden Maßnahmen haben Volk und Regierung der Vereinigten Staaten ein ebenso unmittelbares Lebensinteresse wie die kriegführenden Regierungen. Ihr Interesse an den zu treffenden Anstalten zum Schutze der kleineren und schwächeren Völker der Welt vor Unrecht und Vergewaltigung ist ebenso lebhaft und brennend wie das jeder anderen Nation oder Regierung. Sie stehen bereit und sind voll guten Willens zur Mitarbeit bei der restlosen Erfüllung dieser Aufgaben nach Beendigung des Krieges mit allen ihnen zu Gebote stehenden Einflüssen und Hilfsmitteln. Aber der Krieg muß erst abgeschlossen werden. Die Bedingungen, unter denen er abgeschlossen werden könnte, vorzuschlagen, steht uns nicht zu. Aber der Präsident fühlt, daß es sein Recht und seine Pflicht ist, das große Interesse der Vereinigten Staaten am Kriegsende klarzulegen, damit es nicht auf einmal zu spät zur Erreichung der großen Ziele jenseits des Kriegsendes werde, damit die jetzt schon kaum erträgliche Lage der neutralen Staaten nicht ganz unerträglich gemacht werde, und damit vor allen Dingen die Zivilisation nicht einen Schaden erleide, der überhaupt niemals wieder gutgemacht werden könnte. Der Präsident fühlt sich daher in seinem guten Rechte, wenn er einen alsbaldigen Meinungsaustrausch über die Bedingungen anregt, der den endgültigen Abmachungen über den Weltfrieden vorausgehen muß, den alle erstreben, und an dem die neutralen Staaten ebenso wie die kriegführenden verantwortlich mitzuarbeiten bereit und willens sind. Wenn der Kampf bis zu einem unabsehbaren Ende infolge allmählicher gegenseitiger Aufreibung fortgesetzt werden müßte, bis eine oder die andere Partei völlig erschöpft ist, wenn Millionen und aber Millionen von Menschenleben weiter geopfert werden müßten, bis auf der einen oder anderen Seite nichts mehr zu opfern übrig bleibt, wenn Haggluten entfacht werden müßten, die nimmer abkühlen können, wenn Verzweiflung erzeugt werden müßte.

von der es keine Erholung gibt, dann sind die Hoffnungen auf Frieden und ein williges Zusammengehen freier Völker Schall und Rauch.

Das Leben der ganzen Welt ist tief in Mitleidenschaft gezogen. Jedes Glied der großen Familie der Menschheit hat die Bürde und den Schrecken dieses beispiellosen Waffengangs gespürt. Von keiner Nation der zivilisierten Welt kann man sagen, sie stehe tatsächlich außerhalb seines Einflusses oder sei gefeit gegen seine störenden Wirkungen.

Und doch sind die konkreten Ziele, um die gekämpft wird, niemals klar ausgesprochen worden.

Die Führer der verschiedenen kriegführenden Staaten haben diese Ziele in allgemeinen Wendungen umschrieben. Aber, in allgemeinen Wendungen festgelegt, erscheinen diese Ziele auf beiden Seiten gleich. Niemals jedoch haben die verantwortlichen Sprecher beider Parteien die genauen Ziele verkündet*, deren Erreichung sie und ihre Völker so zufriedenstellen würde, daß der Krieg dann auch wirklich durchgekämpft wäre. Es ist der Welt überlassen geblieben, zu vermuten, welche schließlichen Ergebnisse, welcher wirkliche Austausch von Garantien, welche politischen und territorialen Veränderungen oder Wiedergutmachungen, ja selbst welches Stadium militärischer Erfolge den Krieg zu einem Ende führen würden.

Vielleicht ist der Friede näher als wir wissen; vielleicht sind die Bedingungen, auf denen die Kriegführenden beider Parteien bestehen zu müssen glauben, nicht so unvereinbar, wie manche gefürchtet haben; vielleicht würde ein Meinungsaustrausch wenigstens den Weg zu einer Konferenz ebnen, das dauernde Einvernehmen der Nationen zu einer Hoffnung naher Zukunft machen und ein Zusammenarbeiten der Völker schon in Bälde ermöglichen.

Der Präsident schlägt keinen Frieden vor; er bietet nicht einmal Vermittlung an. Er schlägt lediglich vor, Sondierungen zu dem Zwecke vorzunehmen, daß Neutrale wie Kriegführende erfahren könnten, wie nahe wohl die Friedenstaube sein mag,

* Dies ist bis zuletzt wohl der unbegreiflichste Fehler unserer früheren Regierung gewesen.

die die ganze Menschheit mit heißer und immer wachsender Inbrunst ersehnt.

Er glaubt, daß der Geist, in dem er spricht, und die Ziele, die er sucht, von allen Beteiligten verstanden werden; — und er hofft voller Vertrauen auf eine Antwort, die neues Licht in die Angelegenheiten der Welt bringen werde.



Wilson's Adresse
an den Amerikanischen Senat
Erfolg der Friedensnote Allgemeine Friedensziele
vom 22. 1. 1917

Meine Herren Senatoren!

Am 18. Dezember vorigen Jahres habe ich an die Regierungen der kriegführenden Nationen eine gleichlautende Note gerichtet, durch die ich sie ersuchte, genauer als dies bis jetzt durch beide Lager geschehen war, die Bedingungen festzulegen, unter denen sie den Friedensschluß für möglich erachteten.

Ich sprach im Namen der Menschlichkeit und für unsere Rechte und die aller neutralen Staaten, deren heiligste Güter der Krieg beständig gefährdet.

Die Mittelmächte stellten in einer übereinstimmenden Antwort lediglich ihre Bereitschaft fest, sich mit ihren Gegnern auf einer Konferenz zur Besprechung der Friedensbedingungen zu treffen.

Die Ententemächte haben weit eingehender geantwortet; sie haben, freilich nur in allgemeinen Wendungen, aber doch mit hinreichender, auch Einzelheiten umfassender Bestimmtheit, die Vorkehrungen, Garantien und Wiedergutmachungen festgestellt, die sie für unerläßliche Bedingungen einer befriedigenden Verständigung ansehen.

Wir sind dadurch einer endgültigen Erörterung des Friedens, der den gegenwärtigen Krieg beenden soll, näher gekommen.

Wir sind so auch der Erörterung des internationalen Einvernehmens näher, das dereinst der Welt den Frieden erhalten muß. Jede Erörterung des Friedens, die diesen Krieg wirklich beenden soll, setzt von vornherein, wie überall zugegeben wird,

voraus, daß dem Frieden ein endgültiges Einvernehmen der Mächte folgt, das nach menschlichem Ermessen die Wiederholung einer solch überwältigenden Katastrophe für alle Zeiten unmöglich macht.

Jeder Freund der Menschheit, jeder vernünftige und denkende Mensch muß dies für zugestanden annehmen.

Ich habe die Gelegenheit wahrgenommen, zu Ihnen zu sprechen, weil ich es für meine Pflicht hielt, Ihnen, meinem Beirat für die endgültige Beschlußfassung hinsichtlich unserer internationalen Verpflichtungen, ohne jeden Hinterhalt die Gedanken und Absichten zu enthüllen, die sich in meiner Brust über die Pflicht unserer Regierung für die kommenden Tage gestaltet haben, für die kommenden Tage, an denen der Grundstein eines Friedens unter den Völkern nach ganz neuen Gedanken gelegt werden muß. Es wäre unsäglich, daß das Volk der Vereinigten Staaten keine Rolle bei einem so gewaltigen Unterfangen spielen sollte.

Teilnahme an solchem Dienst aber wäre die ersehnte Gelegenheit, auf die sich unsere Bürger immer im Gedanken an die wahren Prinzipien und Grundsätze ihrer Politik und durch die von ihnen gebilligten Taten ihrer Regierung vorbereitet haben, schon seit jener Zeit, da sie ein neues Volk aufrichteten in der hohen und ehrenwerten Hoffnung, in allem, was sie waren und taten, der ganzen Menschheit den Weg zur Freiheit zu zeigen. Sie können sich gar nicht mehr in Ehren des Dienstes entschlagen, zu dem sie gerade jetzt aufgerufen werden. Sie können ja auch gar nicht wünschen, sich ihm fernzuhalten. Aber sie sind es sich selber und den andern Völkern der Welt schuldig, die Bedingungen festzulegen, unter denen sie den Dienst zu leisten mit Recht entschlossen sind.

Dieser Menschheitsdienst ist dies:

Verstärkung der Autorität und der Macht der andern Völker durch die ganze Macht und Autorität des amerikanischen Volkes zum Zwecke der Gewährleistung von Frieden und Gerechtigkeit in der ganzen Welt.

Solch ein Rechtszustand duldet heute keinen Aufschub mehr. Es ist recht und billig, daß die Regierung vor seiner Herbei-

führung offen die Bedingungen formuliert, unter denen sie unser Volk über seinen formellen und feierlichen Beitritt zu einem Friedensbunde befragen will und mit gutem Rechte befragen will. Ich bin hier, um eine Feststellung dieser Bedingungen zu versuchen:

Vor allen Dingen muß der Krieg beendet werden. Aber wir sind es der ehrlichen und gerechten Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung der ganzen Welt schuldig, zu sagen, daß es für uns, insofern unsere Teilnahme an den künftigen Friedensgarantien in Frage steht, von erheblicher und unterschiedlicher Bedeutung ist, auf welchem Wege und unter welchen Bedingungen der Krieg beendet wird.

Die Verträge und Vereinbarungen, die den Krieg abschließen, müssen Bedingungen enthalten, die einen Frieden, wirklich wert der Verbürgung und Gewährleistung, schaffen, einen Frieden, der die Zustimmung der ganzen Menschheit findet, und nicht bloß einen Frieden, der im Dienste der verschiedenen Interessen und unmittelbaren Kriegsziele der Kriegführenden steht.

Wir haben keine Stimme bei der Feststellung dieser Bedingungen. Aber wir haben, wie ich fest glaube, ein Stimmrecht darüber, ob sie durch die Garantien eines die Welt umfassenden Abkommens zu dauernden gemacht werden sollen oder nicht. Und unser Urteil über die wesentlichen und grundlegenden Vorbedingungen ihrer Dauerhaftigkeit muß jetzt, und nicht später, ausgesprochen werden; oder es könnte zu spät werden.

Ein kooperativer Friedensvertrag, der die Völker der neuen Welt außer dem Spiele läßt, kann niemals die Welt vor neuem Krieg bewahren. Und deshalb gibt es nur eine Art von Frieden, den die Völker Amerikas vereint mitverbürgen können. Die Elemente dieses Friedens müssen Elemente sein, die Vertrauen erzeugen und die Grundsätze der amerikanischen Regierung befriedigen; es müssen Elemente sein, die sich mit dem politischen Glauben und den durch die Tat bewiesenen Überzeugungen der Völker Amerikas im Einklang befinden, für deren Verteidigung sie sich seit jeher begeistert und eingesetzt haben.

Ich will nicht sagen, die amerikanische Regierung werde irgendwelchen Friedensbedingungen der kriegsführen-

den Regierungen Hindernisse in den Weg legen oder sie, wenn schon durchgesetzt, wieder umzustößen suchen, wie immer sie aussehen mögen. Ich halte es nur für ausgemacht, daß Friedensverträge, bloß zwischen den Kriegführenden abgeschlossen, nicht einmal diese selbst zufriedenstellen können. Alt-hergebrachte Friedensformeln können den Frieden nicht sichern.

Es wird unbedingt notwendig sein, eine Macht als Bürgschaft für die Dauerhaftigkeit des Friedensvertrags zu schaffen, so viel größer als die Macht irgend einer jetzt kriegführenden Nation oder irgend eines bisher gebildeten oder geplanten Bundes, daß keine Nation allein, ja keine auch nur mögliche Allianz ihr trozen oder Widerstand leisten kann.

Wenn der künftige Friede von Dauer sein soll, muß es ein von der organisierten Machtmehrheit der ganzen Welt gesicherter Friede sein. Aus den Bedingungen des Friedens selbst wird es unmittelbar hervorgehen, ob es ein Friede ist, für den solche Bürgschaft geleistet werden kann.

Die Frage, von der der ganze Friede der Zukunft und die ganze Politik der Welt abhängt, ist die: Ist der Krieg ein Kampf um einen gerechten und dauerhaften Frieden oder nur für ein neues Gleichgewicht der Macht? Ist er nur ein Ringen um ein neues Gleichgewicht der Macht, wer wollte dann, wer könnte auch nur für das Gleichgewicht der neuen Vereinbarungen bürgen?

Nur ein beruhigtes Europa kann ein Europa des Gleichgewichts sein. Das kann aber nicht ein Gleichgewicht der Macht, sondern nur eine Machtgemeinschaft sein. Keine organisierten Rivalitäten, sondern ein organisierter Gemeinschaftsfriede!*

Glücklicherweise haben wir sehr ausführliche Zusicherungen über diesen Punkt erhalten. Die Staatsmänner beider kriegführender Parteien haben in Ausdrücken, die gar nicht anders

* Der ganze Gedanke des europäischen Gleichgewichts ist durch das Heraufwachsen Englands und Rußlands aus Europa und das Auftreten der amerikanischen Großmacht rückgratlos geworden. Nur blinde Politiker konnten auf ihn noch Hoffnungen gründen.

gedeutet werden können, erklärt, daß die völlige Vernichtung ihrer Gegner nicht zu den ihnen vorschwebenden Kriegszielen gehöre. Aber der tiefere Inhalt dieser Zusicherungen mag nicht allen gleich klar, mag nicht der gleiche diesseits und jenseits des großen Wassers sein. Ich halte den Versuch für zweckdienlich, auseinanderzusetzen, wie wir sie verstehen.

Vor allen Dingen enthalten sie die **Voraussetzung**, daß ein **Frieden ohne Sieg** zustande kommt.

Ich bitte um die Erlaubnis, meine ureigene Interpretation hierüber geben zu dürfen, die wiederum nur so aufgefaßt werden darf, daß mir jede andere Deutung fernliegt. Ich suche nur, die Dinge zu sehen, wie sie wirklich sind, sie zu sehen ohne Zagen, und ohne den Kopf vor ihnen in den Sand zu stecken.

Sieg würde einen Frieden bedeuten, vom Sieger dem Verlierer aufgezwungen, würde Bedingungen bedeuten, vom Sieger dem Besiegten auferlegt. Ein solcher Frieden würde hingenommen werden in Erniedrigung, unter Härten, unter einem unerträglichen Opfer; er würde daher einen Stachel zurücklassen, das Gefühl der Rache, eine bittere Erinnerung. — Auf solchen Dingen würde der Frieden nicht ruhen wie auf Granit gebaut, sondern wie auf Treibsand.

Dauer haben kann nur ein Friede, zwischen Gleichberechtigten geschlossen, nur ein Friede, dessen vornehmster Grundsatz Gleichberechtigung und gemeinschaftliche Teilnahme an gemeinschaftlichem Vorteil ist. Der Geist des Rechts, das Gefühl für Recht zwischen den Nationen ist notwendig zur Erzielung eines Dauerfriedens, weil dieser die gerechte Regelung der qualvollen Territorialfragen und der völkischen und nationalen Zugehörigkeitsfragen bedingt.

Die Gleichheit der Völker, auf der allein ein dauerhafter Frieden gegründet werden kann, muß eine Gleichheit der Rechte sein. Die wechselseitigen Bürgschaften dürfen weder offen noch versteckt einen Unterschied anerkennen zwischen großen und kleinen Völkern, zwischen mächtigen und schwachen. Das Recht darf sich nicht auf die Kraft der Einzelvölker stützen, sondern auf die Kraft der Völkergemeinschaft, aus deren Schöpfung

der Friede spricht. Gleichheit der Völkergebiete und der natürlichen Hilfsquellen der Völker kann es naturgemäß nicht geben, nur Gleichheit, die die Frucht der wohlgeordneten, friedlichen und gesetzlichen Entwicklung der Völker ist. Aber kein Mensch verlangt oder erwartet mehr als Gleichheit der Rechte. Die Menschheit hält Ausschau nach Freiheit für das Leben, nicht nach einem Gleichgewicht der Macht.

Aber hierin liegt noch eine tiefere Weisheit als selbst die Rechtsgleichheit zwischen organisierten Völkern:

Kein Friede kann und darf dauern, der nicht das Prinzip anerkennt, daß die Regierungen alle ihre gerechte Machtfülle nur von der Zustimmung der Regierten herleiten, und daß nirgends das Recht beansprucht werden darf, Völker aus der Hand eines Potentaten in die eines andern zu geben, als seien sie Eigentum.

So halte ich es für ausgemacht — wenn ich mich nur an ein einziges Beispiel heranwagen darf —, daß alle Staatsmänner darüber einig sind, daß es ein einiges, unabhängiges, autonomes Polen geben sollte, und daß hinfort Unverletzlichkeit und Sicherheit des Lebens, des Glaubens und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung allen Volksplittern verbürgt werden sollten, die bisher unter der Macht andersgläubiger und feindseliger Regierungen gestanden haben.

Ich spreche hierüber nicht von dem Wunsche beseelt, einen schon immer von allen Bekennern der Freiheit in Amerika hoch und heilig gehaltenen abstrakten, politischen Grundsatz zu überspannen, sondern aus demselben Grunde, der mich veranlaßte, von den andern mir unerläßlich erscheinenden Friedensbedingungen zu sprechen; — denn ich will die Tatsachen offen und ehrlich aufdecken.

Jeder Friede, der diesen Grundsatz nicht anerkennt und annimmt, ist unvermeidlich zum Scheitern verurteilt.

Ich will nicht bei den Lieblingszielen und Überzeugungen der Menschheit verweilen. Der gärende Geist aller Völker wird mit Findigkeit und Hartnäckigkeit für dies Ziel kämpfen, und die Sympathie der ganzen Welt wird mit den Kämpfern sein. Die Welt kann nur in Frieden leben, wenn ihr Leben auf ge-

fundem Grunde ruht; und solcher Grund kann nicht vorhanden sein, wo unterdrückter Wille rebelliert, wo es keine Ruhe des Geistes, kein Gefühl für Gerechtigkeit, Freiheit und Recht gibt.

Ferner sollte, soweit irgend angängig, jedem großen Volke das jetzt nach voller Entwicklung seiner Mittel und Macht ringt, ein direkter Zugang zu den großen Verkehrsstraßen des Weltmeers zugebilligt werden. Durch eine recht entgegenkommende Vereinbarung* sollte kein Volk vom freien Zutritt zu den offenen Pfaden des Welthandels ausgeschlossen bleiben.

Und die Meeresstraßen müssen nach Gesetz und in Wirklichkeit frei sein. Die Freiheit der Meere ist die Bedingung, ohne die es keinen Frieden, keine Gleichberechtigung und keine Gemeinschaftsarbeit geben kann.

Zweifellos ist eine einigermaßen radikale Revision mancher Regeln der internationalen Gebräuche, die man bisher als unwandelbar erachtete, notwendig, um die Meere wirklich frei und unter allen Umständen auch tatsächlich für die gemeinschaftliche Benutzung durch die Menschheit zugänglich zu machen; aber der Grund für solchen Wandel ist überzeugend und zwingend. Es kann und darf nicht schwierig sein, den Begriff der Freiheit der Meere zu definieren oder sie zu sichern, wenn alle Regierungen der Welt ernstlich wünschen, zu einer darauf bezüglichen Verständigung zu gelangen.

Dies Problem ist eng verknüpft mit dem Problem der Begrenzung der Seerüstungen und der Zusammenarbeit der Flotten der Welt, um das Meer zugleich frei und sicher zu erhalten. Und die Frage der Begrenzung der maritimen Rüstungen öffnet das Für und Wider der noch schwierigeren Frage nach der Begrenzung der Heere und der ganzen militärischen Rüstungs-

* Wilson denkt nie an rohe Gewalt, durch die jetzt von Polen und Tschechen Tatsachen wider Recht und Freiheit geschaffen werden sollen. Dringen Wilsons Gedanken auf der Friedenskonferenz durch, dann werden derartige „Tatsachen“ keinen Bestand haben. Er richtete in diesem Sinne am 24. 1. 19 von Paris aus eine scharfe Note an die Regierung Paderewskis, in der er den Polen vorwirft, ihre Kräfte in Unternehmungen gegen Preußen verzettelt zu haben, anstatt sie geschlossen gegen die Bolschewisten zu verwenden.

programme. So schwierig und fein diese Fragen sind, sie müssen mit der größten Offenheit behandelt und im Geiste wirklicher gegenseitiger Anpassung entschieden werden, wenn der Friede Heil auf seinen Schwingen tragen und bestehen bleiben soll. Friede ist ohne Zugeständnisse und Opfer nicht zu haben.

Es kann das Gefühl der Sicherheit und Gleichberechtigung bei den Völkern nicht aufkommen, wenn große und überwuchrende Rüstungen künftig allerorten noch aufgerichtet und aufrechterhalten werden. Die Staatsmänner der Welt müssen nun am Frieden arbeiten, und die Völker müssen ihre Politik auf ihn einrichten und sich in ihn schicken, wie sie für den Krieg gearbeitet und sich auf erbarmungslosen Kampf und Streit eingerichtet haben. —

Die Frage der Rüstungen zu Lande und zu Wasser ist eine Frage von unmittelbarer und einschneidender Bedeutung für die zukünftige Wohlfahrt der Völker und der Menschheit.

Ich habe über diese großen Dinge ohne Rückhalt und mit größtmöglicher Deutlichkeit gesprochen, weil das mir notwendig erschien, wenn überhaupt der ganzen Welt sehnliches Verlangen nach Frieden freies Wort und -Ausdruck finden sollte.

Vielleicht bin ich der einzige Mensch in hoher Regierungsstellung unter allen Völkern der Welt, dem es freisteht, ohne Zurückhaltung zu reden.

Ich spreche als Mensch; aber ich spreche natürlich auch als Haupt einer mächtigen Regierung; und ich glaube zuversichtlich, daß, was ich sagte, den Wünschen des Volks der Vereinigten Staaten entspricht.

Darf ich noch hinzufügen, daß ich hoffe und glaube, tatsächlich für die fortschrittlich gesinnten Freunde der Menschlichkeit und aller freiheitlichen Bestrebungen in jedem Volke zu sprechen?

Nur zu gerne würde ich glauben, daß ich auch für die zum Schweigen verurteilten Massen überall in der Welt spreche, die bis jetzt weder eine Stelle noch die Möglichkeit hatten, ihre Herzensgefühle über das Sterben und den Untergang auszusprechen, den sie über die Menschen und Heimstätten kommen sehen mußten, die ihnen so teuer sind.

Und wenn ich der Erwartung Ausdruck verleihe, daß Volk

und Regierung der Vereinigten Staaten sich mit den übrigen zivilisierten Völkern der Welt zur Verbürgung eines dauernden Friedens unter solchen Grundsätzen, wie ich sie dargelegt habe, vereinen werden, so spreche ich mit um so größerer Kühnheit und um so lebhafterem Vertrauen, weil es für jeden denkenden Menschen klar ist, daß in diesem Versprechen weder ein Bruch mit unseren Überlieferungen noch mit unserer nationalen Politik liegt, sondern vielmehr eine Erfüllung alles dessen, wofür wir bis jetzt Bekenntnis abgelegt und gestritten haben.

Ich schlage also vor, daß die Völker einmütig die Doktrin des Präsidenten Monroe* annehmen, wonach keine

* Monroedoktrin vom 2. 12. 1823

Die Bürger der Vereinigten Staaten hegen die freundschaftlichsten Gefühle zugunsten der Freiheit und des Glücks ihrer Nebenmenschen auf jener Seite des Ozeans. Wir haben niemals teilgenommen an den Kriegen der europäischen Mächte wie an den Angelegenheiten, die sich auf diese beziehen; auch verträge sich das nicht mit unserer Politik. Nur wenn unsere Rechte angegriffen oder ernstlich bedroht werden, rächen wir Beleidigung oder treffen Vorbereitung zu unserer Verteidigung. Mit den Bewegungen auf dieser Hemisphäre sind wir notwendigerweise unmittelbar verknüpft, und zwar aus Gründen, die allen erleuchteten und unparteiischen Beobachtern offenbar sein müssen. Das politische System der (in der heiligen Allianz) verbündeten Mächte ist in dieser Beziehung von dem Amerikas wesentlich verschieden. Dieser Unterschied ergibt sich aus demjenigen, der in ihren bezüglichen Regierungen vorhanden ist. Und der Verteidigung unserer eigenen Regierung, die durch den Verlust von soviel Blut und Vermögen hergestellt und durch die Weisheit der erleuchteten Bürger reif geworden ist, unter der wir beispielloses Glück genossen haben, hat sich diese ganze Nation geweiht. Wir sind es deswegen der Aufrichtigkeit und den freundschaftlichen Beziehungen schuldig, die zwischen jenen Mächten und den Vereinigten Staaten existieren, zu erklären, daß wir irgendwelchen Versuch ihrerseits, ihr System auf irgendeinen Teil dieser Hemisphäre auszudehnen, als gefährlich für unseren Frieden und unsere Sicherheit betrachten würden. Mit den bestehenden Kolonien oder den von irgend einer europäischen Macht abhängigen Ländern haben wir uns nicht befaßt und werden wir uns nicht befassen. Aber was die Regierungen anlangt, die ihre Unabhängigkeit erklärt und behauptet haben, und deren Unabhängigkeit wir nach großer Überlegung und auf gerechte Prinzipien hin anerkannt haben, so könnten wir irgendeinen Versuch einer europäischen Macht, sie zu unterdrücken oder in irgendeiner anderen Weise ihr Geschick zu bestimmen, nur als die Kundgebung einer unfreundlichen Stimmung gegen die Vereinigten Staaten ansehen. In dem Kriege zwischen diesen neuen Regierungen und Spanien erklärten wir unsere Neutralität zu der Zeit ihrer Anerkennung, und hieran haben wir festgehalten und werden wir fortgesetzt festhalten, falls keine Veränderung eintritt, die nach dem Urteil der maßgebenden

Nation versuchen soll, ihre politische Macht auf ein anderes Volk oder eine andere Nation auszudehnen, sondern jedes Volk, mag es klein oder groß und mächtig sein, berechtigt sein soll, seine eigene Politik, seinen eigenen Entwicklungsgang zu bestimmen, ungehindert, unbedroht und ohne Furcht.

Ich schlage vor, daß künftig alle Nationen die Entwicklung in Bündnisse meiden möchten, die sie in ehrgeizige Machtkonflikte hineinziehen, in ein Netz von Intrigen und eigensüchtiger Nebenbuhlerschaft verstricken und ihre eignen Angelegenheiten durch von außen her kommende Einflüsse verwirren können. In einem Verein der Mächte gibt es Autoritäten dieser Regierung eine entsprechende Veränderung seitens der Vereinigten Staaten für ihre Sicherheit unerlässlich machen sollte.

Die Ereignisse, die sich kürzlich in Spanien und Portugal zugetragen haben, zeigen, daß es in Europa noch schwankende und ungeordnete Zustände gibt. Kein stärkerer Beweis dieser wichtigen Tatsache kann angeführt werden, als daß die verbündeten Mächte es für passend erachtet haben, nach einem für sie selbst befriedigenden Prinzip mit Gewalt sich in die inneren Angelegenheiten Spaniens zu mischen. Bis zu welcher Ausdehnung eine solche Eimischung durchgeführt werden mag nach demselben Prinzip, das ist die Frage, an der alle unabhängigen Mächte, deren Regierungen von den andern verschieden sind, Interesse haben, selbst die entferntesten, und sicherlich keine mehr als die Vereinigten Staaten. Unsere Politik im Hinblick auf Europa, die zu einer frühen Periode der Kriege angenommen wurde, die jenes Viertel des Erdballs so lange bewegt haben, bleibt nichtsdestoweniger dieselbe; sie besteht darin, sich nicht in die inneren Verhältnisse einer seiner Mächte zu mischen, jede de facto existierende Regierung als die für uns gesetzmäßige zu betrachten, freundliche Beziehungen mit ihr zu pflegen und diese Beziehungen durch eine offene, feste und männliche Politik zu erhalten, in allen Fällen den gerechten Ansprüchen jeder Macht entgegenzukommen und uns Beleidigungen von keiner zu unterwerfen.

Aber in Beziehung zu diesen Kontinenten sind die Umstände hervorragend und sichtbarlich verschieden. Es ist unmöglich, daß die verbündeten Mächte ihr politisches System auf irgend einen Teil eines der beiden Kontinente ausdehnen sollen, ohne unseren Frieden oder unser Glück zu gefährden; auch kann niemand glauben, daß unsere südlichen Brüder, sich selbst überlassen, es aus eigenem Antriebe annehmen würden. Es ist deshalb gleicherweise unmöglich, daß wir solche Eimischung, in irgendwelcher Gestalt, mit Gleichgültigkeit ansehen sollten. Wenn wir auf die verhältnismäßige Stärke und die Hilfsquellen Spaniens und jener neuen Regierungen und auf die Entfernungen, die sie trennen, blicken, muß es offenbar sein, daß es sie nie unterjochen kann. Es ist die richtige Politik der Vereinigten Staaten, die Parteien sich selbst zu überlassen, in der Hoffnung, daß andere Mächte denselben Weg einschlagen werden.

keine verstrickenden Bündnisse. Wenn sich alle vereinen, im gleichen Sinne und mit dem gleichen Ziele zu handeln, so handeln alle im gemeinsamen Interesse und können alle ihr eigenes Leben unter gemeinschaftlichem Schutze führen.

Ich schlage vor: Regierung durch die Zustimmung der Regierten, ferner jene Freiheit der Meere, auf die die Vertreter des Volkes der Vereinigten Staaten in einer internationalen Konferenz nach der andern mit der Beredsamkeit überzeugter Jünger der Freiheit gedrängt haben, — und schließlich eine solche Herabsetzung der Rüstungen, die Heer und Flotte zu einer Macht der Ordnung und nicht zu einem Werkzeug des Angriffs und der selbstsüchtigen Gewalttätigkeit macht.

Dies sind amerikanische Grundsätze, amerikanische Ziele der Politik. Für andere könnten wir nicht eintreten. Sind es doch Grundsätze und Richtlinien weitblickender Männer und Frauen überall, in jedem modernen Volke und in jeder aufgeklärten Gemeinschaft. — Denn es sind die Grundsätze der Menschheit. Und sie müssen siegen.



Ansprache an den Kongreß nach der Wiederwahl Wilsons zum Präsidenten

(Friedensziele)

am 5. 3. 1917

(Auszug)

Es war nicht zu vermeiden, daß der Krieg von Anfang an gleichermaßen unserem Geiste, unserer Industrie, unserem Handel und unserer Sozialpolitik seinen Stempel aufdrückte. Gleichgültig gegen ihn oder unabhängig von ihm zu bleiben, lag außerhalb des Bereichs der Möglichkeit. Und doch waren wir uns stets des Umstands bewußt, daß wir nicht Partei in ihm waren. In diesem Bewußtsein sind wir uns, trotz manchem Zwiespalt, nähergekommen. Wir haben auf dem Meere schweres Unrecht erlitten; aber wir haben nicht gewünscht, Unrecht mit Unrecht, Beleidigung mit Beleidigung zu vergelten. Wir haben immer das Bewußtsein aufrechterhalten, gewissermaßen beiseite zu stehen, in der Beobachtung eines Interesses, das jenseits der unmittelbaren Streitpunkte des eigentlichen Kriegs lag.

Noch als einige der uns zugefügten Kränkungen unerträglich geworden waren, sind wir uns klar darüber geblieben, daß wir nichts für uns selber wünschten, als was wir bereit waren, für die ganze Menschheit zu fordern — nämlich Redlichkeit im Handeln (fair dealing), Freiheit des Lebens und Sicherheit vor organisiertem Unrecht.

In diesem Sinne und mit solchen Gedanken sind wir mehr und mehr gewahr und immer sicherer geworden, daß die Rolle, die wir zu spielen gewillt sind, die Rolle von Verteidigern und Festigern des Friedens ist. Wir sind genötigt worden, uns zu wappnen, um unserem Anspruch auf ein gewisses Mindestmaß von Recht und

Handlungsfreiheit Wort zu haben. Wir beharren fest in bewaffneter Neutralität, da es scheint, daß wir in anderer Weise nicht zeigen können, worauf wir bestehen und bestehen müssen.

Möglicherweise werden wir, durch die Umstände gezwungen, nicht aus freiem Entschluß und Willen, zu einer mehr aktiven Verfechtung unserer Rechte, wie wir sie ansehen, veranlaßt werden, ja vielleicht sogar zu einer unmittelbaren Teilnahme an dem großen Ringen. Aber nichts wird unsere Gedanken und unseren Vorsatz ändern. Die sind zu klar, um verdunkelt werden zu können. Die sind zu tief verwurzelt mit den Grundsätzen unseres nationalen Lebens, um sich ändern zu können. Wir wollen keine Eroberung, keinen Vorteil. Wir begehren nichts, was nur auf Kosten eines andern Volkes zu haben wäre. Wir haben uns immer zu selbstlosen Absichten bekannt; und wir ersehnen die Gelegenheit zu beweisen, daß unser Bekenntnis aufrichtig ist.

Es ist noch viel in unserem Hause zu tun, um unsere eigenen politischen Richtlinien zu klären und unserem Wirtschaftsleben einen neuen Lebensimpuls zu geben; und wir werden diesen Aufgaben dienen, wenn die Stunde gekommen ist. Aber wir vergegenwärtigen uns, daß das Höchste, was getan werden muß, die ganze Welt in die Schranken fordert und unter Mitwirkung der Universalkraft der Menschheit getan werden muß; und wir machen unsere Seelen bereit für das große Werk. Dies Werk wird sozusagen im Kielwasser des Krieges kommen und wird die Wiederaufrichtung der Zivilisation zum Gegenstande haben.

Das tragische Geschehen der 30 Monde menschlichen Glends, die wir hinter uns haben, hat uns zu Weltbürgern gemacht. Da gibt es kein Zurück mehr. Unser eignes Schicksal als Nation steht auf dem Spiele, mögen wir es wollen oder nicht.

Und doch sind wir darum nicht weniger Amerikaner. Wir werden um so mehr Amerikaner sein, je treuer wir den Grundsätzen bleiben, in denen wir erzogen worden sind. Das sind nicht die Grundsätze einer Provinz oder eines einzelnen Erdteils. Es sind, wie wir immer gewußt und gerühmt haben, die Grundsätze einer befreiten Menschheit.

Hier sind die Dinge, für die wir in Krieg oder Frieden eintreten werden:

- a) Alle Nationen haben gleiches Interesse am Weltfrieden und an der politischen Unversehrtheit freier Völker; alle sind gleichermaßen verantwortlich für deren Aufrechterhaltung.
- b) Hauptprinzip eines Friedens ist tatsächliche Gleichberechtigung der Völker.
- c) Der Friede kann nicht sicher und gerecht ruhen auf einem bewaffneten Gleichgewicht der Mächte.
- d) Regierungen leiten alle rechtmäßige Macht von der Zustimmung der Regierten ab. — Die höchste Macht aber ist der Gemeinschaftswille, der Gemeinschaftszweck und die gemeinschaftliche Kraft der Völkerfamilie.
- e) Das Meer muß frei und seine Benutzung für alle Völker gleichermaßen sicher sein, nach kraft gemeinschaftlicher Vereinbarung und Zustimmung erlassenen Gesetzen; und, soweit durchführbar, sollten die Meere allen unter gleichen Bedingungen zugänglich sein.
- f) Nationale Rüstungen müssen so weit beschränkt werden, als es die Rücksicht auf Ordnung und Sicherheit eines Volkes zuläßt.
- g) Die Interessen- und Machtgemeinschaft, auf der der Friede künftig ruht, legt jeder Nation die Verpflichtung auf, alle von ihren Bürgern ausgehenden, auf die Ermütigung oder Unterstützung der Revolution in anderen Staaten gerichteten Bestrebungen streng und wirksam zu unterdrücken und zu verhindern.



Kriegsbotschaft an den Kongreß

(Die Kriegsziele) vom 2. 4. 1917

Lassen Sie uns selbst klar darüber sein und die ganze Welt darüber aufklären, welches unsere Kriegsgründe und welches unsere Kriegsziele sind. Mein eigenes Denken ist durch die unglückseligen Ereignisse der letzten zwei Monate nicht aus dem gewohnten Gleise getrieben worden, und ich vermag nicht zu glauben, daß das Denken des Volkes sich durch sie hat ändern oder trüben lassen. Ich habe jetzt genau dieselben Dinge im Sinne, die ich besann, als ich zum Senat am 22. Januar und als ich zum Kongreß am 3. Februar und am 26. Februar sprach:

Unser Ziel ist nach wie vor die Verteidigung der Grundsätze des Friedens und der Gerechtigkeit im Leben der Welt gegen selbstsüchtige und selbstherrliche Gewalten und die Aufrichtung eines Einvernehmens über Ziel und Vorgehen unter den wahrhaft freien und sich selbst regierenden Völkern der Welt, damit hinfort die Beobachtung dieser Grundsätze gesichert sei.

Wir stehen an der Pforte eines Zeitalters, das darauf bestehen wird, daß derselbe Maßstab hinsichtlich des Verhaltens und der Verantwortlichkeit für getanes Unrecht an Nationen und ihre Regierungen angelegt wird, wie er für die einzelnen Bürger der zivilisierten Staaten gilt.

Ein festes und beständiges Einvernehmen zur Erhaltung des Friedens kann es nur durch die Teilnahme demokratischer Völker geben. Keiner autokratischen Regierung könnte man trauen, daß sie ihm die Treue wahren oder seine Gesetze halten würde. Es muß ein Bund, gegründet auf Ehre, sein, eine Teilhaberschaft, gegründet auf gleicher Gesinnung. Intrigen würden

ihm den Lebensnerve zerfressen; das Ränkeschmieden innerer Kreise über besondere Pläne, über die sie niemandem Rechenschaft ablegen würden, würde den Keim des Verderbens ins Herz der Gemeinschaft legen. Freie Völker allein können Willen und Ehre unentwegt in den Dienst eines gemeinsamen Zieles stellen und die Interessen der Menschheit näherliegendem eigenem Vorteil vorziehen. Die Demokratie muß für die ganze Welt gesichert werden. Der Friede muß auf die erprobten Fundamente politischer Freiheit gegründet werden. Wir dienen nicht egoistischen Zielen. Wir erstreben nicht Eroberung noch Machterweiterung. Wir wollen keine Entschädigung für uns noch Ersatz für die Opfer, die wir freiwillig bringen werden. Wir sind nur Vorkämpfer für die Menschenrechte. Wir werden zufrieden sein, wenn diese Rechte so sicher gestellt sind, als die Treue freier Völker sie machen kann.

Gerade weil wir ohne Haß und ohne selbstisches Ziel kämpfen, nur das für uns erstrebend, was wir mit allen freien Völkern teilen wollen, werden wir, wie ich zuversichtlich glaube, unsere Operationen als Kriegsführende ohne Leidenschaft führen und mit stolzer Feinlichkeit die Grundsätze der Gerechtigkeit und des vornehm-redlichen Handelns (fair play) beobachten, für die wir zu kämpfen bekennen.*

Wir sind, lassen Sie es mich immer wieder sagen, aufrichtige Freunde des deutschen Volkes und wünschen nichts so sehr, als eine baldige Wiederherstellung naher Beziehungen zu gegenseitigem Vorteil zwischen ihm und uns, wie schwer es auch gerade jetzt für die Deutschen sein mag, zu glauben, daß diese Worte uns von Herzen kommen. Wir haben mit ihrer Regierung während all dieser bitteren Monate wegen dieser Freundschaft Nachsicht gehabt und Geduld und Zurückhaltung geübt, wie sie sonst unmöglich gewesen wären.

Es ist eine dringliche und drückende Pflicht, meine Herren, die ich erfüllt habe, indem ich so zu Ihnen sprach. Vor uns liegen

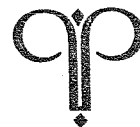
* Die Amerikaner haben Wort gehalten. Auch in den besetzten Gebieten ist das Vorgehen ihrer Truppen musterhaft; und amerikanische Kommandanten versuchen, harte französische Maßregeln zu mildern.

wohl viele Monate der Feuerprobe und der Opfer. Es ist furchtbar, dieses große, friedfertige Volk in den Krieg hineinzuführen zu müssen, in den schrecklichsten, verderblichsten aller Kriege, der die ganze zivilisierte Welt erschüttert. Aber das Recht ist kostlicher als der Friede. Und wir werden für die Dinge fechten, die unsern Herzen stets am teuersten waren:

für Demokratie; für das Recht derer, die sich einer Autorität willig fügen, wenn sie selbst eine Stimme in ihrer Regierung haben; für das Recht und die Freiheit der kleinen Nationen; für eine Weltherrschaft des Rechts, gestützt auf das Einvernehmen freier Völker, die allen Nationen Frieden und Sicherheit bringt und letzten Endes die ganze Welt befreien soll.

Solch einem Beginnen können wir Gut und Blut, was wir sind und was wir haben, weihen, mit dem Stolz von Männern, die da wissen:

Der Tag ist da, an dem Amerika Blut und Macht für die Grundsätze hingeben darf, die ihm Leben, Glück und Frieden gaben. Gott helfe Amerika! Es kann nicht anders!



Auszug aus einer Note an die provisorische Regierung von Rußland

vom 9. 7. 1917

Die Stellung Amerikas in dem Kriege ist so klar ausgesprochen, daß ein Mißverständnis unentschuldigbar ist. Amerika sucht keinen materiellen Nutzen noch Machtdehnung irgendwelcher Art. Es kämpft für keinen Vorteil, kein eigensüchtiges Ziel, sondern für die Befreiung aller Völker von Angriffsdrohungen autokratischer Mächte. Wir fechten für Freiheit, Selbstregierung und nicht aufgezwungene Entwicklung aller Völker. Und jeder Zug des Ausgleichs, der diesen Krieg beschließt, muß im Hinblick auf dies Ziel besonnen und getätigt werden. Unrecht muß vor allem gutgemacht und entsprechende Sicherungen müssen geschaffen werden, die eine Wiederbegehung von Unrecht von vornherein verhüten. Wir dürfen auf Heilmittel nicht bloß deswegen sinnen, weil sie einen gefälligen und tönenden Klang haben. Praktische Fragen können nur durch praktische Mittel gelöst werden. Redensarten führen zu nichts. Wirkungsvolle neue Rechtsgestaltungen werden, ja müssen, soweit sie notwendig sind, geschaffen werden.

Aber sie müssen einen Grundsatz verfolgen; und dieser Grundsatz liegt auf der Hand. Kein Volk darf unter eine Herrschaft gezwungen werden, unter der es nicht leben will. Kein Gebiet darf den Herrn wechseln, es sei denn, um seinen Bewohnern gute Möglichkeiten für freiheitliches Leben zu sichern. Auf Entschädigungen darf nur bestanden werden, wenn sie Bezahlung für begangenes offenes Unrecht darstellen. Machtverschiebungen dürfen nur dann geschehen, wenn sie den Frieden der Welt und die Wohlfahrt und das Glück der Völker in Zukunft sichern.

Und dann müssen die freien Völker der Welt sich in einem gemeinsamen Bunde zu redlicher und praktischer Mitarbeit zusammenfinden, wodurch sie tatsächlich ihre Kräfte vereinigen, um den Frieden und die Gerechtigkeit im wechselseitigen Verkehr der Nationen zu sichern. Brüderlichkeit darf in der Welt nicht länger ein schönes, aber leeres Wort sein; sie muß ein Bau von Kraft und Wirklichkeit werden. Die Nationen müssen ihr Gemeinschaftsleben verwirklichen und eine schöpferische Gemeinschaft zur Sicherung ihres Lebens gegen Angriffe autokratischer und selbstgefälliger Gewalten bilden. Für diese Dinge können wir Gut und Blut hingeben. Zu diesen Zielen haben wir uns immer bekannt. Aber wenn wir jetzt Gut und Blut ohne Erfolg für diese Dinge opfern, werden wir niemals wieder imstande sein, den Sieg vereinter Kräfte in dem großen Kampfe um die menschliche Freiheit zu zeigen. Die Stunde ist gekommen, da es Sieg oder Unterwerfung heißt. Können die Kräfte der Autokratie uns trennen, werden sie uns überwältigen; wenn wir fest zusammenstehen, ist der Sieg uns sicher und mit dem Sieg die Freiheit. Dann können wir es uns leisten, großmütig zu sein, aber wir können — nicht jetzt und nicht später — es uns leisten, schwach zu sein und auch nur eine einzige Garantie für Gerechtigkeit und Sicherheit außer Acht zu lassen.



Antwort auf die Friedensnote des Papstes

27. 8. 1917

Jedes Herz, das dieser schreckliche Krieg nicht verblendet und verhärtet hat, muß bewegt werden durch den rührenden Aufruf Sr. Heiligkeit des Papstes, muß die Würde und die Kraft der menschlichen und edlen Beweggründe, die ihn veranlassen, spüren und muß glühend wünschen, daß wir den so überzeugend vorgezeichneten Friedensweg beschreiten. Aber es wäre Torheit, ihn einzuschlagen, wenn er nicht wirklich zu dem vorausgesetzten Ziele führte. Unsere Antwort darf sich nur auf harte Tatsachen und nichts anderes gründen. Das Ziel ist nicht bloß eine Waffenruhe, sondern ein fester und dauerhafter Friede. Dieser Toteskampf darf niemals wiederkommen, und es muß Sache reiflicher Erwägung sein, was uns dagegen sichern kann. Se. Heiligkeit schlägt im wesentlichen vor, daß wir zu dem status quo ante bellum zurückkehren, und daß dann eine allgemeine Verzeihung stattfinden soll, Abrüstung, und ein Konzert der Mächte auf der allgemein angenommenen Grundlage der Schiedsgerichtsbarkeit; — daß durch ein ähnliches Einvernehmen die Freiheit der Meere herzustellen sei; und daß die Gebietsansprüche Frankreichs und Italiens, die verworrenen Probleme der Balkanstaaten und die Wiederherstellung Polens einer versöhnlichen Regelung überlassen bleiben mögen, wie sie in der gereinigten Luft eines solchen Friedens möglich sei, wobei auf die Bestrebungen der Völker, deren politisches Geschick und völkische Zusammenfassung in Frage stehen, die gebührende Rücksicht zu nehmen sei.

Es ist klar, daß auch nicht der kleinste Teil dieses Programms erfolgreich durchzuführen ist, wenn die Wiederherstellung des status quo keine sichere und befriedigende Grundlage dafür liefert. Verantwortliche Staatsmänner müssen jetzt überall sehen, wenn sie es wirklich vorher nicht gesehen haben, daß kein Friede sicher auf politischen und wirtschaftlichen Beschränkungen ruhen kann, die die Bevorzugung der einen, Lähmung und Behinderung der andern beabsichtigen, sowie auf Racheakten jeder Art oder auf Revanchegeanken oder gar auf vorbedachtem Unrecht. Das amerikanische Volk hat unerträgliche Ungerechtigkeiten durch die Kaiserlich Deutsche Regierung erlitten, aber es will keine Vergeltung am deutschen Volke üben, das selbst in diesem Kriege, den es nicht gewollt hat, so viel ertragen hat. Wir glauben, daß der Friede auf den Rechten der Völker ruhen muß, nicht auf den Rechten der Regierungen, auf den Rechten der Völker, mögen sie groß oder klein, schwach oder mächtig sein, auf ihren gleichen Rechten auf Freiheit, Sicherheit, Selbstbestimmung und auf der wohlberechtigten Teilnahme aller an den wirtschaftlichen Vorteilen der Welt, — das deutsche Volk selbstverständlich eingeschlossen, wenn es Gleichberechtigung annehmen und nicht Vorherrschaft suchen will.

Der Prüfstein jeder Friedensplanung ist die Frage, ob der Friede auf Treue und Glauben aller beteiligten Völker gegründet ist oder lediglich auf das Wort einer ehrgeizigen, ränkevollen Regierung einerseits und einer Gruppe freier Völker auf der andern Seite. Dies ist der Prüfstein, der Herz und Niere der Friedensfrage bloßlegt; das ist der Prüfstein, der angewendet werden muß. Die Absichten der Vereinigten Staaten in diesem Kriege sind der ganzen Welt und jedem Volke, zu dem die Stimme der Wahrheit dringen durfte, wohl bekannt. Sie brauchen nicht nochmals festgestellt werden. Wir suchen keinerlei materiellen Vorteil. Wir glauben, daß das unerträgliche Unrecht, das der Welt in diesem Kriege durch die rasende und brutale Macht der Kaiserlich Deutschen Regierung zugefügt worden ist, wieder gutgemacht werden muß, aber nicht auf Kosten der Souveränität

irgend eines Volkes, sondern vielmehr durch die Verteidigung der Souveränität der Schwachen und der starken Völker. Strafweisen Schadenersatz, die Aufteilung von Staaten, Errichtung von eigennützigen, exklusiven Wirtschaftsbündnissen halten wir für unzweckmäßig, weil sie letzten Endes schlimmer als nutzlos sind und daher keine geeignete Grundlage irgend eines Friedens, am allerwenigsten eines dauerhaften Friedens, bilden. Ein solcher muß gegründet sein auf Gerechtigkeit, Redlichkeit und die Gemeinschaft der Menschenrechte.

Wir können das Wort der gegenwärtigen Machthaber Deutschlands nicht als eine Bürgschaft für irgend etwas betrachten, das dauern soll, wenn es nicht ausdrücklich getragen ist durch einen so überzeugenden Ausdruck des Willens und der Absicht des deutschen Volkes selbst, daß die andern Völker es mit Recht annehmen können.

Ohne solche Bürgschaften kann sich jetzt kein Mensch und kein Volk auf Verständigungsverträge, Abrüstungsabkommen, Verträge über Schiedsgerichte statt Gewalt, Gebietsregulierungen, Wiederaufrichtung kleiner Völker einlassen, wenn die deutsche Regierung Vertragszeil ist. Wir müssen nun auf einen neuen Beweis für die Absichten der großen Völker der Zentralmächte warten. Gott gebe, daß er bald komme, und zwar so, daß er allüberall das Vertrauen der Völker auf die Glaubwürdigkeit der Nationen und die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens wiederherstellt.



Ansprache im Senat

(über die Kriegserklärung an Osterreich-Ungarn)

vom 4. 12. 1917

Ich komme nicht auf den Streit über die Kriegsgründe zurück. Das unerträgliche Unrecht, das die finsternen Machthaber Deutschlands uns angetan und zugebracht haben, ist schon lange jedem wahren Amerikaner zu augenscheinlich und zu verhasst, als daß es wiederholt zu werden brauchte. Aber ich möchte Sie auffordern, nochmals und mit sehr ernster Genauigkeit unsere Ziele und die Mittel zu überlegen, durch die wir sie zu erreichen trachten; denn der Zweck der Aussprache an dieser Stätte ist die Tat. Und unsere Taten müssen geradezu auf das Endziel losgehen. Unser Ziel ist natürlich, den Krieg zu gewinnen. Und wir werden nicht nachlassen und uns nicht beirren lassen, bis er gewonnen ist. Aber ist es nicht der Mühe wert, der Frage: „Wann dürfen wir den Krieg als gewonnen betrachten?“ die Antwort zu geben?

Von einem gewissen Gesichtspunkt aus ist es nicht nötig, diese Frage anzuschneiden. Ich zweifle nicht, daß das amerikanische Volk weiß, worum es in dem Kriege geht, und welches Ergebnis es als Verwirklichung seiner Ziele ansehen will. Als Nation sind wir einig im Geiste und im Ziel. Ich zolle denen wenig Achtung, die mir das Gegenteil sagen. Ich höre andere Meinungen — wer tut das nicht? Ich höre die Kritik und das Gezeter gedankenloser Schreier und Unruhmstifter. Ich sehe auch hier und da Leute, die sich in ohnmächtiger Treulosigkeit der ruhigen, unbezwinglichen Macht der Nation entgegenstemmen. Ich höre Männer über den Frieden sprechen, die weder seine Natur noch den Weg verstehen, auf dem wir ihn ohne nieder-

geschlagene Augen und mit aufrechtem Sinn erlangen können. Aber ich weiß, daß keiner von diesen Leuten im Namen der ganzen Nation spricht. Die rühren nicht an das Wesen der Sache. Die können ruhig ihrem Schicksal überlassen und vergessen werden.

Aber von einem anderen Gesichtspunkt aus, glaube ich, müssen wir offen sagen, was wir hier an leitender Stelle als Kriegsziel betrachten und welchen Standpunkt wir bei der Regelung seiner brennendsten Fragen einnehmen wollen. Wir sind die Wortführer der Amerikaner, und die haben ein Recht darauf, zu wissen, ob ihr Ziel auch das unsere ist. Die wollen Frieden durch Überwindung des Übels, durch die endgültige Niederlage der finsternen Mächte, die den Frieden brachen und unmöglich machen, und sie wollen wissen, wie sehr ihre Gedanken mit unseren übereinstimmen, und was wir zu tun vorschlagen.

Sie sind unwillig, tief und bitter unwillig über jeden, der Frieden durch Kompromisse will; aber sie werden gleichermaßen unwillig gegen uns sein, wenn wir ihnen nicht erklären, was unsere Ziele sind und was wir im Schilde führen, um den Frieden durch Waffengewalt zu erzwingen. Ich glaube im Namen aller zu sprechen, wenn ich zwei Tatsachen feststelle:

1. Das unerträgliche Etwas, dessen häßliches Angesicht uns die Machthaber Deutschlands gezeigt haben, diese drohende Mißgeburt aus Ränkepiel und Gewalt, als die wir jetzt die deutsche Macht so klar vor Augen sehen, dies Etwas ohne Gewissen, ohne Ehre, ohne Fähigkeit zu einem Verständigungsfrieden, muß zerschmettert und, wenn es noch nicht völlig vernichtet werden kann, wenigstens von jedem freundschaftlichen Verkehr der Völker ausgeschlossen werden.
2. Ist dies Etwas und seine Macht wirklich unterlegen und die Zeit für eine Friedensbesprechung gekommen (wenn nämlich das deutsche Volk Wortführer hat, deren Wort wir Glauben schenken können, und wenn diese Sprecher bereit sind, im Namen ihres Volkes das gemeinschaftliche Urtheil der Völker darüber anzunehmen, was künftig die Grundlage von Recht und Vertrag im Leben der Welt sein soll) —, dann

werden wir voll frohen Willens sein, den ungekürzten Preis für den Frieden zu zahlen und ihn ohne Groll zu zahlen. Wir wissen, welches der Preis sein wird. Es wird volle unparteiische Gerechtigkeit sein, Gerechtigkeit in jedem Punkt und gegen jede Nation, so daß das Endergebnis Feind wie Freund zufriedenstellt.

Sie hören mit mir die Stimmen edler Menschlichkeit in den Lüften klingen. Täglich tönen sie lauter, deutlicher, überzeugender, und sie kommen überall aus der Menschen Herzen. Sie bestehen darauf, daß der Krieg nicht enden darf in irgend einem Racheakt,

daß keine Nation und kein Volk bestraft oder beraubt werden darf, weil unverantwortliche Machthaber eines einzelnen Landes schweres und abscheuliches Unrecht getan haben. Es ist dies der Gedanke, der durch die Formel: „Keine Annexionen, keine Kontributionen, keine strafweisen Entschädigungen“ ausgedrückt worden ist.

Gerade weil diese rohe Formel überall das instinktive Rechtsempfinden des einfachen Mannes zum Ausdruck bringt, haben sie die Meister deutscher Intrige sorgfältig dazu verwendet, um das Volk Rußlands und jedes andern ihren Agenten erreichbaren Landes zur Herbeiführung eines vorzeitigen Friedens irre zu leiten, ehe die Autokratie ihre endgültige und überzeugende Lektion erhalten hatte, und jedes Volk in der Welt zur Leitung seiner eigenen Geschicke instand gesetzt war.

Aber die Tatsache, daß eine gerechte Idee mißbraucht worden ist, ist kein Grund dafür, daß von ihr kein rechter Gebrauch gemacht werde. Sie muß in die Obhut ihrer wahren Freunde gebracht werden. Lassen Sie es mich nochmals sagen: Zuerst muß der Autokratie die völlige Nichtigkeit ihrer Ansprüche auf Macht oder Führerschaft in der modernen Welt gezeigt werden. Es ist unmöglich, die Fahne der Gerechtigkeit aufzupflanzen, solange solche Mächte wie die der gegenwärtigen Herrscher von Deutschland nicht in Fesseln geschlagen und niedergeworfen sind. Bevor dies nicht geschehen ist, kann das Recht nicht Schiedsrichter und Friedensstifter unter den Völkern werden.

Aber wenn das geschehen ist — und, so Gott will, wird es gewiß geschehen —, werden wir endlich etwas Unerhörtes und Beispiellostes tun können. Und die Stunde ist da, unsern festen Willen dazu zu bekennen.

Wir werden den Frieden gründen können auf Großmut und Gerechtigkeit, unter Ausschluß aller selbstsüchtigen Ansprüche zum Vorteil selbst des siegreichen Teils.

Ich bitte, dies nicht falsch zu verstehen. Unsere dringendste Aufgabe jetzt ist es, den Krieg zu gewinnen, und nichts darf uns von dieser Aufgabe ablenken, ehe sie erfüllt ist. All unsere Macht und Kraft an Menschen, Geld und Gut ist und wird fort und fort diesem Ziel geweiht, bis es erreicht ist. Denen, die den Frieden bringen wollen, bevor dies Ziel erreicht ist, denen rate ich, ihre Ratschläge anderswo anzubringen. Wir werden sie nicht annehmen. Wir werden den Krieg nur dann als gewonnen betrachten, wenn uns das deutsche Volk durch ordnungsmäßig beglaubigte Vertreter sagen läßt, daß es zu einer Verständigung auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Wiedergutmachung des durch seine Machthaber begangenen Unrechts bereit ist. Die haben Belgien ein Unrecht zugefügt, das wieder gutgemacht werden muß. Die haben eine Gewaltherrschaft über fremde Länder und Völker eingerichtet — über das große Kaiserreich Osterreich-Ungarn, über früher freie Balkanstaaten, über die Türkei und bis weithin über Asien —, die aufgegeben werden muß.

Wir haben die Erfolge deutscher Geschicklichkeit, deutschen Fleißes, deutschen Wissens, deutschen Unternehmungsgeistes nie aus Neid behindert, eher wohl bewundert. Die Deutschen hatten sich ein wahres Handels- und Einfluß-Weltreich, gesichert durch den Weltfrieden, aufgebaut. —

Wir hatten uns darein gefunden, den Wettbewerb ihrer Industrie, ihres Wissens und ihres Handels, den ihre Erfolge für uns mit sich brachten, hinzunehmen, und in dem Wettbewerb entweder zu stehen oder zu fallen, je nachdem wir Geist und Tatkraft besaßen, Deutschland zu übertreffen oder nicht. Aber in dem Augenblick, da Deutschland offensichtlich friedliche

Triumphe feierte, warf es sie weg, um an ihrer Stelle eine militärische und politische Zwangsherrschaft durch Waffengewalt aufzurichten, wie sie die Welt nicht mehr zugeben kann, — um durch sie die gefürchtetsten und verhaßtesten Nebenbuhler, die es nicht übertreffen konnte, zu vertreiben. Unser Friede soll dies Unrecht wieder gutmachen. Er soll die einst so stolzen und glücklichen Lande und Bevölkerungen von Belgien und Nordfrankreich von der preußischen Eroberung und der preußischen Bedrohung befreien. Aber er muß auch die Völker Osterreich-Ungarns, die Völker des Balkans und der europäischen und asiatischen Türkei von der unverschämten Fremdherrschaft der preußischen Militär- und Wirtschaftsautokratie befreien. —

Wir sind uns indessen selbst die Erklärung schuldig, daß wir keinerlei Schwächung oder Umgestaltung Osterreich-Ungarns wollen. Es geht uns nichts an, wie Osterreich seine Wirtschaft und Politik ordnet. Wir wollen und wünschen nicht, ihm Zwang aufzuerlegen. Wir wollen nur, daß seine Angelegenheiten in jeder Beziehung, ob wichtig oder nicht, ihm selbst überlassen bleiben. Wir hoffen, den Völkern der Balkanhalbinsel und der Bevölkerung des Türkischen Reichs das Recht und die Möglichkeit zu sichern, ihr eignes Leben, ihr eignes Schicksal vor ungerechter Vergewaltigung durch die Diktatur fremder Höfe oder Parteien zu schützen.

Und unsere Stellung und Absicht gegenüber Deutschland selbst sind gleicher Art. Wir haben kein Unrecht gegen das Deutsche Reich vor und keine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Wir halten beides für völlig unverantwortlich, völlig unvereinbar mit den von uns bekannten heiligsten Lebensgrundsätzen unserer Nation. Dem deutschen Volke haben die Männer, die jetzt sein Schicksal entscheiden und sich als seine Herren gebärden dürfen, gesagt, es kämpfe für Dasein und Existenz des Reichs einen verzweiflungsvollen Verteidigungskampf gegen heimtückischen Überfall. Es gibt keine gröbere und ausschweifendere Lüge. Und wir müssen versuchen, durch die freimütigste Offenheit und Lauterkeit unserer wirklichen Ziele die Deutschen von der Falschheit dieser Vorstellungen zu über-

zeugen. Wir kämpfen in der That dafür, sie gleich uns zu befreien von tatsächlichem oder zu befürchtendem Angriff ungerechter Nachbarn, Nebenbuhler und wahnsinniger Cäsaren. Kein Mensch bedroht das Dasein oder die Unabhängigkeit und die friedlichen Unternehmungen des Deutschen Reichs.

Das Schlimmste, was zum Schaden des deutschen Volkes geschehen kann, ist das: Müßte es nach dem Kriege weiter unter ehrgeizigen, ränkevollen, auf Störung des Weltfriedens ausgehenden Gewalthabern oder unter der Herrschaft von Männern oder Klassen leben, denen die anderen Völker der Welt nicht trauen könnten, dann dürfte es unmöglich sein, es zu der Völkergesellschaft zuzulassen, die hinfört den Weltfrieden garantieren soll. Diese Gesellschaft soll ein Bund von Völkern, nicht bloß von Regierungen sein. Es dürfte bei so widrigen Verhältnissen auch unmöglich sein, Deutschland zu dem freien Wirtschaftsverkehr zuzulassen, der unvermeidlich die Frucht der Teilnahme der übrigen Völker an einem wahrhaftigen Frieden sein wird. Aber dies würde nicht als Angriff gemeint sein. Und eine solche Lage, als unvermeidliche Folge des Mißtrauens, würde sich nach der Natur der Sache früher oder später von selber durch mit Sicherheit zu erwartende Lebensvorgänge heilen.

Das schwere, sehr schwere, in diesem Kriege begangene Unrecht wird wieder gutgemacht werden müssen. Darüber kein Zweifel. Aber es kann und darf nicht durch die Begehung ähnlichen Unrechts gegen Deutschland und seine Bundesgenossen wieder gutgemacht werden. Die Welt wird niemals die Begehung gleichen Unrechts als Mittel der Wiedergutmachung und Verständigung zugeben. Die Staatsmänner müssen in diesen Zeitläuften gelernt haben, daß die öffentliche Meinung der Welt überall völlig wach geworden ist und die großen Fragen des Tages wohl begreift. Kein Vertreter eines freien Volkes wird es wagen, sie durch die Herbeiführung von selbstfüchtigen und kompromißhaften Verträgen zu mißachten, wie sie der Wiener Kongreß brachte. Die Meinung der Massen hier und allerwärts in der ganzen Welt, die Meinung der Massen, die keine Vorrechte kennen und ganz einfache und ungekünstelte Maß-

stäbe für Recht und Unrecht haben, ist die Luft, die hinfört alle Regierungen atmen müssen, wenn sie leben wollen. Nur im hellen, unversperrten Lichte dieser Meinung darf künftig Politik geplant und ausgeführt werden, in dieser Mittagsstunde der Menschenerde. Die deutschen Machthaber waren nur deshalb imstande, den Weltfrieden zu brechen, weil unter ihrer Bevormundung das deutsche Volk weder in Gedanken noch Zielen die Kameradschaft der andern Völker der Welt teilen durfte. Es durfte keine eigne Meinung haben, die seinen Behörden als Richtschnur hätte dienen müssen.

Aber der Kongreß, der diesen Krieg beschließt, wird die volle Kraft der Springflut spüren, die jetzt Herz und Gewissen aller freien Männer durchbraust. Und er wird in seinen Entscheidungen mit dem Strome der Springflut schwimmen.

Alle diese Wahrheiten standen schon beim Beginn dieses schrecklichen Krieges fest. Und ich kann nicht umhin, zu denken: Wären sie gleich von allem Anfang an klargestellt worden, dann würden die Zuneigung und die Begeisterung des russischen Volks ein für allemal den Alliierten erworben, Verdacht und Mißtrauen weggefegt worden und ein wirklicher, dauerhafter Zweckverband die Folge gewesen sein. Hätten die Russen auf dem Höhepunkt ihrer Revolution an diese Dinge geglaubt,* und wären sie alsdann in diesem Glauben bestärkt worden, dann hätten sich die trüben Ereignisse vermeiden lassen, die jüngst ihren Fortschritt auf dem Wege zu einer geordneten, festen Regierung freier Männer gehemmt haben. Das russische Volk ist durch dieselben Lügen vergiftet worden, die das deutsche Volk im Dunkel gehalten haben. Und ganz dieselben Hände haben ihm das Gift beigebracht. Das einzig mögliche Gegengift ist die Wahrheit. Sie kann nicht offen und oft genug ausgesprochen werden.

Von jedem Gesichtspunkte aus schien mir's deshalb Pflicht, diese Erklärung über die Kriegsziele abzugeben und meiner im Januar vor dem Senate gehaltenen Rede diese ins einzelne gehende Auslegung hinzuzufügen. Unser Eintritt in den Krieg hat unsere Stellungnahme zu der Verständigung, die ihm folgen muß, nicht

* Glauben die Deutschen auf dem Höhepunkt ihrer Revolution daran?

berührt. Wenn ich im Januar betonte, die Völker der Welt hätten ein Recht nicht nur auf freie Schifffahrtswege auf dem Meere, sondern auch auf sicheren und unbehinderten Zugang zu diesen Schifffahrtswegen, dachte ich — und ich denke auch heute noch so — an die schwächeren und kleineren, unserer Unterstützung und Hilfe bedürftigen Völker, wie auch an die großen und mächtigen Nationen, an unsere gegenwärtigen Feinde wie an unsere Verbündeten in dem Kriege. Ich dachte damals und denke heute an Oesterreich* und schließlich auch an Serbien und Polen. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung ist nur um einen hohen Preis zu haben. Wir suchen dauernde, nicht nur zeitweilige Grundlagen für den Weltfrieden und müssen sie ehrlich und furchtlos suchen. Und wie stets wird das Rechte sich auch als das Zweckdienliche erweisen. *

Was haben wir nun zu tun, um den großen Krieg um Freiheit und Recht zu seinem gerechten Abschluß zu bringen? Wir müssen mit fester Hand alle Hindernisse aus dem Wege zum Erfolge wegräumen, und wir müssen alle Gesetzesänderungen durchführen, die den vollen und freien Gebrauch unserer Leistungsfähigkeit und Stärke als kriegführende Macht erleichtern können.

Weil der Krieg, in dem sich alle freien Völker der Welt zur Verteidigung des Rechts zusammengeschlossen haben, für uns ein Krieg um ein hohes, ideales Ziel ist, ein Krieg zur Rettung unserer Nation und aller ihrer heiligen Grundsätze, deshalb fühlen wir uns doppelt verpflichtet, für seine Beendigung nur von Rechtlichkeit und Lauterkeit getragene Vorschläge zu machen, von Rechtlichkeit und Lauterkeit gegen Feind und Freund. Ist die Sache gerecht und heilig, so soll auch das dereinstige Ergebnis von gleicher Art sein und auf gleichen Beweggründen ruhen. Dafür können wir sechten, aber für nichts, was weniger edel und weniger wert unserer Traditionen wäre. Dafür gehen wir in den Krieg und dafür wollen wir kämpfen bis zum letzten Kanonenschuß.

Ich habe offen gesprochen, weil es mir hohe Zeit schien, offen

* Für Deutschösterreich käme also der freie Zugang zur Adria, zum Mittelmeer und zum Schwarzen Meer in Frage.

zu sprechen, damit die ganze Welt inne werde, daß wir auch in der Hitze des Gefechts, wo all unser Sinnen und Trachten auf die Durchführung des Krieges gerichtet ist, keines Ideals und keines Grundsatzes vergessen haben, um daretwillen der Name Amerika unter den Völkern in Ehren gehalten wird, und für die zu unserer Ruhme das große Geschlecht unserer Ahnen vor uns gekämpft hat. Ein Höhepunkt der Geschichte ist gekommen. Die Augen der Massen haben sich weit aufgetan, zu sehen. Die Hand Gottes liegt schwer auf den Völkern. Er wird — ich glaube voller Inbrunst daran — nur dann ihnen gnädig sein, wenn sie sich zu den lichten Höhen seiner Gerechtigkeit und Güte erheben.



Ansprache an den Kongreß

(Die vierzehn Punkte) vom 8. 1. 1918

Noch einmal, wie schon oft, haben die Wortführer der Mittelmächte den Wunsch geäußert, die Kriegsziele und die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens zu erörtern. In Brest-Litowsk waren Verhandlungen zwischen Vertretern Rußlands und der Zentralmächte im Gange, auf die die Aufmerksamkeit aller Kriegführenden zum Zwecke der Auffindung eines Weges gelenkt wurde, diese Verhandlungen zu einer allgemeinen Konferenz über einen Verständigungsfrieden auszugestalten. Die russischen Vertreter haben nicht nur ein klar umrissenes Programm der Grundsätze vorgelegt, auf Grund deren sie zu einem Friedensschlusse bereit waren, sondern auch ein klar umrissenes Programm ihrer Anwendung in den einzelnen Fällen. Die Vertreter der Mittelmächte legten ihrerseits einen Vertragsentwurf vor, der zwar viel weniger bestimmt war, doch eine liberale Auslegung nicht auszuschließen schien, bis ihr Spezialprogramm über die Ausführungsbestimmungen hinzukam. Dies Programm machte weder zugunsten einer Souveränität Rußlands, noch zugunsten der in ihren Geschicken berührten Bevölkerungen irgendwelche Zugeständnisse; — es bedeutete, kurz gesagt, daß die Mittelmächte jeden Fußbreit Bodens, den ihre Streitkräfte besetzt hatten, jede Provinz, jede Stadt, jeden Vorteil behalten sollten zur dauernden Vermehrung ihrer Gebiete und ihrer Macht. Es ist eine billige Schlußfolgerung, daß Schöpfer ihrer anfänglichen Verständigungsvorschläge die freiheitlicher gesinnten Staatsmänner von Deutschland und Osterreich waren — Männer, die die Macht der öffentlichen Meinung ihrer Völker zu ahnen begannen —, während der Inhalt der Ausführungs-

bestimmungen von den militärischen Führern ausging, die keinen andern Gedanken kennen, als ihre Eroberungen festzuhalten. Die Verhandlungen sind abgebrochen worden. Die russischen Vertreter waren aufrichtig und meinten es ernst. Sie können solche Vorschläge der Eroberung und Gewaltherrschaft nicht annehmen.

Der ganze Vorfall ist in seiner Verworrenheit sehr bezeichnend. Mit wem haben die russischen Vertreter verhandelt? Für wen haben die Vertreter der Zentralmächte gesprochen? Sprachen sie für die Majoritäten ihrer Volksvertretungen oder die Minderheitsparteien, jene militaristischen und imperialistischen Minderheiten, die ihre ganze Politik beherrscht und die Angelegenheiten der Türken und des Balkans, ihrer Zwangsbundesgenossen in dem Krieg, kontrolliert haben? Die russischen Vertreter haben in gerechter Weisheit und im wahren Geiste moderner Demokratie darauf bestanden, daß ihre Verhandlungen mit den teutonischen und türkischen Staatsmännern bei offenen, nicht hinter verschlossenen Türen stattfänden. Und die ganze Welt konnte wunschgemäß zuhören. Wen haben wir nun sprechen hören? Jene, die die geistigen Ziele der Resolution des Deutschen Reichstags vom 9. Juli 1917 vertreten, den Geist und den Willen der freiheitlichen Führer und Parteien Deutschlands, oder jene, die diesem Geist und seinen Absichten trotzig widerstehen und Eroberung und Unterjochung erzwingen wollen? Oder hörten wir sie tatsächlich beide, unveröhnbar und in offenem, hoffnungslosem Widerspruch? Das sind sehr ernste und inhaltsschwere Fragen. Ihre Beantwortung entscheidet den Frieden der Welt.

Aber wie auch immer die Ergebnisse der Verhandlungen in Brest-Litowsk ausfallen mögen, welche Verworrenheit der Pläne und Absichten auch immer in den Äußerungen der Sprecher der Zentralmächte liegen mag, die Mittelmächte haben wiederum versucht, der Welt ihre Kriegsziele mitzuteilen, sie haben abermals ihre Gegner zur Bekanntgabe ihrer Kriegsziele und ihrer Ansichten über eine gerechte und befriedigende Lösung der Fragen herausgefordert. Es liegt kein Grund vor, warum diese Heraus-

forderung nicht beantwortet werden sollte, und zwar mit der größten Offenheit. Wir haben nicht auf sie gewartet. Nicht bloß einmal, sondern immer und immer wieder haben wir all unsere Gedanken und Absichten der ganzen Welt vorgelegt, nicht nur in allgemeinen Wendungen, sondern jedesmal mit hinreichender Genauigkeit zur Klarstellung der endgültigen Verständigungsbedingungen, die ihre notwendige Folge sein müßten. Vergangene Woche hat Herr Lloyd George* mit bewunderungswürdiger Aufrichtigkeit und in bewunderungswertem Geiste für Volk und Regierung von Großbritannien gesprochen. Es gibt keine Verworrenheit der Pläne, keine Unsicherheit über die Grundfragen, keine Unbestimmtheit in den Einzelheiten bei den Gegnern der Mittelmächte. Allein bei Deutschland und seinen Verbündeten gibt es Heimlichkeit der Pläne, Mangel an furchtloser Offenheit, Fehlen einer endgültigen Festlegung der Kriegsziele. Sein oder Nichtsein hängt an diesen Erklärungen. Kein Staatsmann, der auch nur den mindesten Begriff von seiner Verantwortlichkeit hat, dürfte auch nur einen Augenblick diese tragische und schreckliche Verschwendung von Gut und Blut zugeben, wenn es ihm nicht über jeden Zweifel erhaben schiene, daß die Ziele der Todesopfer untrennbar mit dem Lebensschicksal der Menschengesellschaft verknüpft sind, und daß sein eignes Volk sie für ebenso richtig und zwingend hält.

Noch eine Stimme ruft, deucht mich, schauerlicher und eindringlicher nach diesen Erklärungen über die grundsätzlichen Kriegsziele, als all die andern rührenden Stimmen, die die Welt durchzittern. Es ist die Stimme des Russenvolks. Es liegt, so scheint es, hilflos im Staube vor der grimmigen Macht Deutschlands, die bisher weder Erbarmen noch Mitleid gekannt hat. Seine Kraft ist offenbar erschüttert; aber seine Seele ist nicht unterworfen. Es will weder im Prinzip, noch in der Sache nachgeben. Seine Auffassung darüber, was recht, was mensch-

* Wilson meint die vom Premierminister Lloyd George vor den Vertretern der Gewerkschaften am 5. 1. 18 gehaltene Rede über die Friedensziele, in der er sich zu den drei Grundsätzen der Heiligkeit der Verträge, des Selbstbestimmungsrechts der Völker und eines internationalen Abkommens zum Zwecke der Abrüstung bekannte.

lich, was in Ehren annehmbar ist, hat es mit einer Offenheit und Weite des Blicks, mit einer Großmut des Geistes und einem allgemein menschlichen Gefühl bekundet, die die Bewunderung jedes Menschenfreundes herausfordern. Es hat sich geweigert, Ideale zu schmälern oder aufzugeben, um sich zu retten. Es ruft uns zu: „Sagt uns, was Ihr wollt; worin die Ziele Eures Geistes vielleicht von den unseren sich unterscheiden!“ — Und ich glaube, das Volk der Vereinigten Staaten wünscht, daß ich ganz einfach und offen antworte: Mögen seine heutigen Führer es glauben oder nicht, es ist unser herzlichster Wunsch und unsere Hoffnung, irgend ein Weg möge sich öffnen, daß wir dem russischen Volk in der Erfüllung seiner tiefen Sehnsucht nach Freiheit und einem Frieden der Ordnung beistehen könnten.

Wir wünschen und fordern, daß vom Beginn der Friedenserörterung an volle Offenheit und Öffentlichkeit herrsche und fortan Geheimabkommen irgendwelcher Art nicht mehr geduldet werden. Wie die Zeit des Eroberns und der Gebietsdehnung, so liegt auch die geheime Verträge hinter uns; solche Verträge, die einzelnen Regierungen Sondervorteile sichern sollten, konnten plötzlich, wider alles Erwarten, den Erdfrieden gefährden. Daß diese Zeit entschwunden ist, muß, als eine beglückende Tatsache, jedem öffentlich wirkenden Mann klar geworden sein, der nicht im Gedankenkreis abgestorbener Tage lebt. Jede Nation darf fortan jede mit der Gerechtigkeit und dem Erdfrieden vereinbare Absicht offen ankündigen und sich stets zu den Zielen bekennen, die ihrem Streben notwendig und mit Menschenheitsrecht vereinbar scheinen. Wir sind in den Krieg eingetreten, weil das Recht verleßt, unser eignes Leben dadurch schmerzhaft berührt worden war und unerträglich geworden wäre, wenn das Unrecht nicht gesühnt, die Welt nicht vor Rückfall gesichert würde. Wir erwarten und verlangen von diesem Krieg nicht irgendwelchen Sondervorteil. Wir verlangen nur: Weltordnung, die das freie Leben der Völker schirmt und jedem Volk, nicht nur unserem, das Recht verbürgt, sein Leben nach ungehemmtem Ermessen einzurichten, jedem das gerechte Wohlwollen der

ändern sichert, jedes vor eigennützigem Angriff und Überwältigung schützt. Dahin müssen alle Völker streben; dahin weist aller Interesse. Uns wenigstens ist durchaus klar, daß wir gerechter Behandlung nur sicher sein dürfen, wenn sie allen Völkern gesichert ist. Unser Programm* fordert Weltfrieden; und kein anderes dünkt uns heute noch möglich.

Punkt 1

Alle Friedenserörterung muß öffentlich, jeder Friedensvertrag öffentlich nachprüfbar sein; internationale Geheimabkommen soll es nicht mehr geben, und die Diplomatie soll ihr Geschäft vor aller Augen treiben.

Punkt 2

Unge schmälerte Freiheit der Seeschiffahrt (außer in Territorialgewässern) in Friedens- und Kriegszeit. Gesperrt ist ihr nur die See, die durch internationalen Beschluß zur Sicherung internationaler Übereinkunft allen verschlossen ist.

Punkt 3

Fall aller entbehrlichen Wirtschaftsschranken. Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Völker, die Frieden wollen und zu seiner Wahrung bereit sind.

Punkt 4

Sinreichende gegenseitige Bürgschaft für gleiche Minderung der Wehrmacht bis auf den niedrigsten Rüstungsstand, der die innere Ordnung sichert.

Punkt 5

Aufrichtige und vollkommen unparteiische Schlichtung allen Streits um Kolonien; als unerschütterliche Grundlage aller Entscheidung über Hoheitsrechte das Bewußtsein, daß die Interessen der Ureinwohner dasselbe Gewicht haben wie die Rechte der Regierung, deren Souveränität abgegrenzt werden soll.

* Die 14 Punkte Wilsons, die wir in unserem Waffenstillstandsangebot angenommen haben, werden in der Übersetzung der Zukunft vom 14. 12. 18 gegeben.

Punkt 6

Räumung des Rußland gehörigen Landes. Allen Rußland berührenden Fragen ist die Antwort zu suchen, die diesem Reiche Unabhängigkeit, freie Entwicklung und Wahl seiner nationalen Einrichtung, freie und gedeihliche Gemeinschaftsarbeit mit den andern Völkern der Erde sichert. Rußland muß freundlicher Aufnahme in die Gesellschaft der freien Völker gewiß sein, selbst sich die Gesetze geben, die es wünscht, und mehr als das, stets Beistand finden, wenn es ihn ersehnt. Die Behandlung, die im Laufe der nächsten Monate dem Russenvolk von den Brudervölkern gewährt wird, muß den guten Willen dieser Völker und ihr selbstloses Verständnis für Rußlands Nöte erweisen: und damit eine Probe für das später von ihnen zu Erwartende sein.

Punkt 7

Der ganze Erdball ist in der Überzeugung einig, daß Belgien geräumt, wiederhergestellt werden und in seinen souveränen Rechten so unangetastet bleiben muß wie jedes freie Volk, das sich solcher Rechte erfreut. Keine andere Einzelhandlung vermag so viel wie diese zur Erneuerung des Völkervertrauens auf die Haltbarkeit der Gesetze, die nach dem Willen der Völker den internationalen Verkehr regeln sollen. Alles Völkerrecht wäre ohne solche Heilwirkung für immer entkräftet.

Punkt 8

Frankreichs Land muß frei und dessen verheerter Teil wieder aufgebaut werden. Damit, im Interesse aller Völker, der Friede gesichert sei, muß das Unrecht, das Preußen 1871 tat, als es den Franzosen Elsaß-Lothringen nahm, und das fast ein Halbjahrhundert lang diesen Frieden gefährdete, in Ordnung gebracht werden.

Punkt 9

Die deutlich erkennbare Linie des nationalen Bestandes muß Italiens Grenzen bestimmen.

Punkt 10

Stösterreich-Ungarn, dem wir in der Nationengesellschaft einen geschützten Platz sichern wollen, muß, so schnell es irgend kann, seinen Völkern die Gewißheit freier Entwicklung verbürgen.

Punkt 11

Räumung und Wiederherstellung Rumäniens, Serbiens, Montenegros. Serbien erhält freien und sicheren Ausgang ins Meer. In freundschaftlicher Aussprache sollen, auf dem festen Boden historischer Überlieferung, die Balkanstaaten sich über Verwandtschaft und Nationalbedürfnis verständigen. Allen ist der Gebietsstand, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit international zu verbürgen. Auch zu dieser Verständigung soll der Rat der Nationen mitwirken.

Punkt 12

Sicherung der Osmanen souveränität über alle türkischen Reichsteile. Aber auch Sicherung des selbständigen Lebens und ganz unbelästigter Entwicklung für die nicht türkischen Völker, die bisher unter Osmanenherrschaft standen.

Allen Schiffen und dem Handel aller Völker sind, unter internationaler Bürgschaft, die Dardanellen stets offen.

Punkt 13

Das freie Polenreich muß alle von unbestreitbarer Polenmehrheit bewohnten Gebiete umfassen, freien Ausgang ins Meer haben und durch internationale Bürgschaft in seinem Landbesitzstand und seiner Wirtschaftsfreiheit geschützt sein.

Punkt 14

Ein Völkerbund muß, in klaren Vertragsvorschriften, großen und kleinen Völkern unantastbaren Besitzstand und politische Freiheit durch Gemeinbürgschaft sichern.

Im Hinblick auf diese wesentlichen Versuche zu Unrechtsföhrung und Rechtsficherung fühlen wir uns als treue Gefährten aller gegen die Imperialisten vereinten Völker und Regierungen. Sonderinteressen können uns nicht spalten; im Hinblick auf den Grundgedanken unserer Ziele sind wir unzertrennlich. Bis ans Ende sind wir geeint.

Und wir werden kämpfen, bis die Abkommen und Verträge erlangt sind, die uns notwendig erscheinen. Und wir kämpfen nur, weil wir die Herrschaft des Rechts und einen haltbaren Frieden wollen, und weil gerechter Friede unerreichbar ist, wenn nicht die Hauptursachen des Krieges auf dem von unserem Programm vorgezeichneten Weg fortgeräumt werden. Wir hegen keine Eifersucht auf Deutschlands Größe. Und durch unser Programm würde sie nicht verkleinert. Wir neiden ihm weder wissenschaftliche Erfolge und Ehren, noch irgendein friedfertiges Unternehmen, das seinem Namen Klang und Glanz erwarb.

Wir wollen es nicht kränken, noch seine Macht, seinen Einfluß da schmälern, wo sie berechtigt sind. Will es sich durch gerechte Verträge uns und anderen friedlichen Völkern zu aufrichtiger Achtung der Gesetze und nationalen Anstandspflichten gesellen, so denken wir nicht daran, es mit der Waffe oder mit feindseliger Wirtschaftsvereinbarung zu bekämpfen. Wir wünschen nur, daß es auf seinem Platz in der Welt, in der neuen Welt unserer Tage, anderen Völkern gleiches Recht gewähre. Fern ist uns das Erdreisten, ihm Umsturz oder Umbildung seiner Inneneinrichtung aufzuzwingen. Offen aber müssen wir aussprechen: Vorbedingnis jeder vernünftigen Friedenserörterung ist Klarheit darüber, ob hinter seinen Wortführern die Reichstagsmehrheit steht, ob die Militärpartei und die Schar, in der noch die Hoffnung auf Weltbeherrschung lebt. Ich habe nun wohl so unzweideutig klar gesprochen, daß für Zweifel und Frage nicht der winzigste Raum mehr bleibt. Das ganze Programm, das ich verkündete, rankt sich um den einen Grundsatz: Allen Völkern, starken und schwachen, allen Stämmen, großen und kleinen, gleiches Recht, in gesicherter Freiheit so zu leben, wie ihnen beliebt. Der Bau internationalen Rechtes kann weder ganz noch in irgendeinem Teil standhaft dauern, wenn ihn nicht dieser Grundsatz als Grundmauer stützt. In diesem gewaltigsten, in diesem letzten Krieg für die Freiheit des Menschengeschlechtes ist der Gipfelpunkt sittlichen Empfindens erklimmen. Unsere Kraft, unser reiner Wille, die Lauterkeit unserer Umgebung und ihres Zweckes muß nun die Probe bestehen.

Ansprache an den Kongreß

(über Czernin und Hertling) vom 11. 2. 1918

Am 8. Januar hatte ich die Ehre, zu Ihnen über die Kriegsziele zu sprechen, wie unser Volk sie auffaßt. Der Premierminister von Großbritannien hatte in ähnlicher Weise am 5. Januar gesprochen. Auf diese Reden antwortete der deutsche Reichskanzler am 24. Januar und an demselben Tage für Österreich Graf Czernin. Es bereitet uns Genugtuung, unsern Wunsch — aller Gedankenaustausch über diese bedeutenden Dinge möchte vor den Ohren der ganzen Welt geschehen — so rasch verwirklicht zu sehen.

Graf Czernins Antwort, die sich in der Hauptsache auf meine Rede vom 8. Januar bezieht, ist auf einen sehr freundlichen Ton abgestimmt. Er findet in meiner Darlegung eine ausreichende und ermutigende Annäherung an die Gesichtspunkte seiner eigenen Regierung und wird in seinem Glauben bestärkt, sie werde die Grundlage zu einer eingehenderen Besprechung der zwei Regierungen über die Friedensbedingungen liefern. Er soll haben verlauten lassen, seine Auffassung sei mir vorher mitgeteilt worden, so daß ich zur Zeit seiner Rede bereits darüber unterrichtet gewesen wäre. Hierin irrt er bestimmt. Ich hatte keine vertrauliche Mitteilung über den Inhalt der beabsichtigten Rede erhalten. Es lag auch selbstverständlich kein Grund zu einem vertraulichen Verkehr mit mir vor. Ich bin mit einem Platz in seiner öffentlichen Zuhörerschaft ganz zufrieden.

Graf Hertlings Antwort ist, wie ich gestehe, sehr unbestimmt und verworren. Sie ist voll zweideutiger Redensarten und gibt keinen Fingerzeig, wo sie hinaus will. Sie unterscheidet sich sicher im Ton von der Rede des Grafen Czernin und verfolgt

offenbar entgegengesetzte Ziele. Sie beseitigt nicht, sie vertieft vielmehr den unglückseligen Eindruck der Verhandlungen von Brest-Litowsk. Seine zustimmende Erörterung unserer Hauptgrundsätze führen ihn nicht zu praktischen Folgerungen. Er weigert sich, sie auf den Hauptinhalt einer endgültigen Verständigung anzuwenden. Er steht voller Mißtrauen internationalen Rat und internationaler Tat gegenüber. Er nimmt den Grundsatz der Öffentlichkeit diplomatischen Verkehrs an. Aber er scheint auf ihre Beschränkung auf allgemeine Dinge zu bestehen — wenigstens im gegenwärtigen Streit —, während die übrigen Einzelfragen über Gebiet und Gebietshoheit, von deren Vereinigung der Friede für die 23 kriegführenden Staaten abhängt, nicht in allgemeiner Beratung besprochen und geregelt werden sollen, sondern nur von den unmittelbar beteiligten Völkern. Er stimmt der Freiheit der Meere zu; aber er sieht zweifelnd auf jede Beschränkung dieser Freiheit durch internationale Maßnahmen im Interesse der Gemeinschaftsordnung. Mit rückhaltloser Freude wird er die Wirtschaftsschranken zwischen den Nationen fallen sehen, weil das in keiner Weise dem Ehrgeiz der Militärpartei im Wege steht, mit der er offensichtlich ein Herz und eine Seele ist. Er erhebt keine Einwendung gegen eine Begrenzung der Rüstungen. Die ganze Frage wird sich seiner Meinung nach durch die dem Krieg folgende Wirtschaftslage von selber regeln. Aber er verlangt, daß die deutschen Kolonien debattelos zurückgegeben werden. Mit den Vertretern Rußlands allein will er die Maßnahmen hinsichtlich der Baltischen Provinzen besprechen; nur mit der Regierung Frankreichs die Bedingungen, unter denen französisches Gebiet geräumt werden soll; nur mit Österreich, was mit Polen zu geschehen hat. Die Erledigung der Balkanstaaten-Fragen weist er, wie ich ihn verstehe, Österreich und der Türkei zu, die notwendige Neuordnung der nicht-türkischen Völker im Osmanenreiche den türkischen Behörden allein. Nach einer in solcher Weise durch Tauschhandel und Nachgeben in Einzelverhandlungen getroffenen Neuordnung wird er, wenn ich seine Darlegung richtig auslege, nichts mehr gegen eine Liga der Nationen haben,

deren Aufgabe die Sicherung des neuen Gleichgewichts der Mächte gegen Störung von außen ist. Keinem, der die Umwälzung der öffentlichen Meinung der Welt versteht, kann es verborgen sein, daß ein allgemeiner Friede, wert der unendlichen Opfer dieses jahrelangen Leidens, auf solche Weise erlangbar ist. Der deutsche Kanzler schlägt die Methode des Wiener Kongresses vor. Wir können und wollen nicht dahin zurückkehren. Der Weltfriede steht jetzt auf dem Spiele. Wir streben nach einer neuen Weltordnung, gegründet auf Recht und Gerechtigkeit, nicht nach einem Frieden aus Flecken und Flickern. Ist es möglich, daß Graf Hertling dies nicht sieht und begreift? Lebt er wirklich mit seinen Gedanken in einer längst gestorbenen Welt? Hat er die Reichstagsentschließung vom 19. Juli vergessen oder ignoriert er sie mit voller Überlegung? Die Sprach von den Bedingungen eines allgemeinen Friedens, nicht von nationaler Machterweiterung oder Mächeleien zwischen Staat und Staat. Der Weltfriede hängt von der gerechten Erledigung aller der Probleme ab, auf die ich in meiner letzten Ansprache an den Kongreß hinwies. Ich meine natürlich nicht, daß der Weltfriede von der Annahme einer Reihe einzelner Vorschläge abhängt. Ich meine nur, daß diese Probleme einzeln und in ihrer Gesamtheit Weltprobleme sind. Ich meine, daß kein Dauerfriede erreichbar ist, wenn sie nicht im Geiste selbstloser und vorurteilsfreier Gerechtigkeit, mit Verständnis für die Wünsche, die natürliche Zusammengehörigkeit, die Rassenansprüche, die Sicherheit und den Seelenfrieden der beteiligten Völker behandelt werden. Diese Probleme können nicht einzeln und im geheimen besprochen werden. Keins von ihnen erschöpft sich in einem privaten Einzelinteresse, das die öffentliche Meinung der Welt nichts angeht. Was auch immer diesen Frieden betrifft, ist Menschheitsfrage. Und kein militärischer Erfolg ist, wenn er Unrecht erzwingt, eine endgültige Regelung. Er würde sofort eine andere Lösung verlangen. Ist Graf Hertling nicht inne, daß er vor dem Gerichtshof der Menschheit spricht, daß alle die wachgewordenen Völker der Welt zu Gerichte sitzen über jedes Wort jedes Mannes in öffentlicher Stellung über das Wesen eines

Kampfes, der sich durch alle Teile der Welt ausbreitete? Die Reichstagsresolution vom Juli nahm die Entscheidung solchen Gerichtshofs ruhig an. Es soll keine Annerkennung, keine Kontributionen, keine strafweisen Entschädigungen geben. Völker sollen nicht von einer Herrschaft unter die andere wandern infolge Beschlusses internationaler Konferenzen oder infolge einer Abrede zwischen streitenden Nebenbuhlern. Nationale Ansprüche sollen geachtet sein. Herrscher und Regent der Völker soll fortan ihr eigener Wille sein. Selbstbestimmungsrecht ist nicht bloß ein schöner Wahn. Es ist ein gebieterischer Grundsatz des Handels, das Staatsmänner hinfort nur auf ihre eigne Gefahr verleugnen dürfen. Wir können einen allgemeinen Frieden nicht schon darum haben, weil wir ihn haben wollen oder eine allgemeine Friedenskonferenz veranstalten. Er kann nicht aus Einzelvereinbarungen mächtiger Staaten zusammengeflickt werden. Alle Kriegsparteien müssen jede Frage vereint lösen; denn unser Ziel ist ein Friede, den wir alle zusammen verbürgen und aufrechterhalten wollen, als Ausfluß der Gerechtigkeit und nicht als Ergebnis eines Schacherhandels zwischen Souveränen. Deshalb muß jeder Teil von ihm dem Gemeinschaftsrichtspruch unterbreitet werden, ob er recht und billig ist.

Die Vereinigten Staaten wollen sich nicht in europäische Angelegenheiten einmischen, noch gar als Schiedsrichter in europäischen Gebietsstreitigkeiten auftreten. — Sie würden es weit von sich weisen, Nutzen aus der Schwäche oder inneren Unordnung ziehend, einem fremden Volke ihren Willen aufzuzwingen. Sie sehen sogar bereitwillig dem Beweise entgegen, daß die von ihnen vorgeschlagenen Lösungen nicht die besten oder dauerhaftesten sind. Die sollen nichts sein als eine provisorische Skizze ihrer Grundsätze und deren Ausführung. — Sie sind in den Krieg eingetreten, weil sie, mochten sie nun wollen oder nicht, von den militärischen Gewalthabern Deutschlands durch deren Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit mitgetroffen und mitbeleidigt wurden; die Friedensbedingungen berühren sie daher ebenso nahe wie jede andere Nation, der das Schicksal eine Führerrolle bei Aufrechterhaltung der Zivilisation zugewiesen

hat. Sie vermögen keinen Weg zum Frieden zu sehen, ehe denn die Ursachen des Kriegs beseitigt sind, und seine Wiederkehr nach Kräften unmöglich gemacht ist.

Die Ursache des Kriegs liegt in der Mißachtung der Rechte kleiner Nationen und Nationalitäten, denen Einigkeit und Kraft zur Durchsetzung ihrer Zusammengehörigkeit und eigner politischer Lebensform fehlte. Das kommende Völkerrecht muß solch Geschehen künftig hindern. Und dies Recht muß durch die vereinte Macht aller Gerechtigkeit liebenden Völker gestützt werden, die guten Willens sind, es um jeden Preis durchzusetzen. Wenn Gebietsstreitigkeiten und politische Beziehungen großer Bevölkerungen, die über keine organisierte Widerstandskraft verfügen, durch Verträge der nach ihrer Meinung am meisten in Mitleidenschaft gezogenen großen Völker geschlichtet werden sollen, wie Graf Hertling vorschlägt, warum nicht auch wirtschaftliche Fragen? — Es ist endlich in der veränderten Welt von heute so weit gekommen, daß Gerechtigkeit und Völkerrecht das ganze Gebiet internationalen Lebens ebenso angeht, wie der Anspruch auf Rohstoffe und auf anständige Gleichheit der Handelsbedingungen.

Graf Hertling wünscht den Schutz der wichtigen Grundlagen des Wirtschafts- und Handelsverkehrs durch Gemeinschaftsvereinbarung und -bürgschaft. Aber er kann nicht darin Nachgiebigkeit erwarten, wenn die übrigen Friedensaufgaben nicht in gleicher Weise als Posten in die Schlußrechnung eingestellt und behandelt werden. Er kann den Vorzug der Gemeinschaftsbürgschaft auf der einen Seite nicht beanspruchen, ohne ihn auf der andern zu gewähren. Er sieht ohne Zweifel, daß Sonderverträge voller Scheelsucht keine Friedensgrundlage für Handels- und wichtigste Wirtschaftsfragen sein würden. Er mag versichert sein, daß eigennütziges Sonderverträge es auch nicht in Länder- und Völkerfragen sein würden.

Graf Czernin durchschaut offenbar die grundlegenden Friedensfragen mit klarem Blick und versucht nicht, sie zu verdunkeln. Er sieht, daß ein unabhängiges Polen, aus allen unzweifelhaft von polnischer Bevölkerung bewohnten, zusammenhängenden (!) Gebieten bestehend, als Gegenstand des Inter-

esses von ganz Europa bewilligt werden muß, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muß, koste es an Opfern und Zugeständnissen, was es wolle, ja, daß auch in Osterreich selbst im gemeinschaftlichen Interesse von Europa und der ganzen Menschheit die Bestrebungen der Nationalitäten befriedigt werden müssen. Wenn er schweigt über Fragen, die die Interessen und Absichten seiner Verbündeten näher berühren als die Osterreichs, und sie Deutschland und der Türkei anheimstellt, so tut er das vermutlich nicht ohne Zwang. Wenn er so die Hauptgrundsätze und die Notwendigkeit ihrer großzügigen Verwirklichung anerkennt, so tut er das naturgemäß aus dem Gefühl heraus, daß Osterreich sich dem Friedensvorschlage der Vereinigten Staaten weit leichter nähern kann als Deutschland. Er wäre wohl noch weiter gegangen, wenn ihm nicht die Bündnisse Osterreichs und seine Abhängigkeit von Deutschland Verlegenheit bereitet hätten. Nach alledem ist die Probe einfach und klar, ob für beide Regierungen der Versuch weiteren Austausches ihrer Ansichten lohnt. —

Die Grundsätze sind die folgenden:

1. Jeder Teil des endgültigen Vertrags muß auch für jeden besonderen Fall auf Gerechtigkeit beruhen und eine so gerechte Lösung der Streitfrage darstellen, daß Friedensdauer verbürgt ist.
2. Völker und Länder dürfen nicht wie Waren oder Schachspielsteine aus Gebietshoheit in Gebietshoheit gestoßen werden, auch nicht in dem hohen, nun für ewig in Verzug getanen Spiel ums Gleichgewicht der Mächte.
3. Alle Gebietsneuordnung, die der Krieg mit sich bringt, muß im Interesse und zum Vorteil der betroffenen Bevölkerung geschehen und nicht in Ausführung eines erzwungenen Vertrags zwischen streitenden Staaten.
4. Wohlberechtigten Ansprüchen der Nationalitäten soll, soweit möglich, Befriedigung werden. Nur darf dadurch nicht neuer Streitstoff geschaffen, alter verewigt und durch die heimlich schwärenden Wunden der Friede Europas und damit der Welt aufs neue in Frage gestellt werden.

Ein auf solchem Grunde errichteter allgemeiner Friede kann erörtert werden. Bis er gesichert ist, bleibt uns keine Wahl, als vorwärts zu gehen. Soweit wir es beurteilen, sind unsere Grundfälle bereits von allen außer den Wortführern der deutschen Militaristen und Annexionisten als gebieterische Notwendigkeit angenommen. Sollten sie irgendwoanders zurückgewiesen werden, so verhalten die Stimmen ihrer an Zahl und Einfluß schwachen Widersacher. — Tragisch ist nur, daß diese eine Partei in Deutschland offenbar entschlossen und imstande ist, Millionen von Männern in den Tod zu senden, um zu verhindern, was jetzt alle Welt für recht hält.

Ich wäre nicht ein wahrer Sprecher des Volks der Vereinigten Staaten, wenn ich nicht nochmals sagen würde: Wir sind nicht um kleiner Dinge willen in den Krieg gezogen und können nicht auf dem Wege umkehren, den wir nach unseren heiligsten Grundfällen wählten. Unsere Hilfsquellen sind jetzt teilweise mobilisiert; wir werden nicht ruhen, bis sie ganz im Dienst des Krieges stehen. Unsere Heere gehen rasch und immer rascher zur Front. Unsere ganze Kraft wird in diesem Freiheitskriege eingesetzt werden, in diesem Kriege der Befreiung von der Drohung angemachter Gewaltherrschaft egoistischer Selbstherrscher, trotz allen Schwierigkeiten und den teilweisen Verzögerungen des Tags. Wir sind in der Kraft unserer Unabhängigkeit unüberwindlich und werden nie und nimmer mit dem Leben in einer Welt, regiert durch Trug und Gewalt, einverstanden sein. Wir glauben, daß unser Wunsch nach einer neuen Weltordnung, in der Vernunft, Gerechtigkeit und das Gemeinschaftsinteresse der Menschheit entscheiden, die Sehnsucht aller erleuchteter Menschen ist.

Ohne diese neue Weltordnung wird kein Friede kommen, das Menschenleben unerträglich und seine Entwicklung hoffnungslos sein. Wir haben unsere Hand ans Werk gelegt. Es gibt kein Zurück.

Ich brauche hoffentlich nicht hinzuzufügen, daß keines meiner Worte als Drohung gemeint ist. Das ist nicht Art unseres Volks. Ich habe lediglich so gesprochen, damit die ganze Welt den wahren Geist Amerikas kennen lerne, damit man allerwärts erkenne,

daß unsere Leidenschaft für Gerechtigkeit und Selbstregierung nicht bloß eine Leidenschaft für Worte, sondern eine Leidenschaft ist, die zur Wirklichkeit werden muß, wenn sie einmal in Bewegung gekommen ist. Die Macht der Vereinigten Staaten bedroht weder Volk noch Staat. Nie wird sie zu Angriff oder im Dienste eigennütziger Interessen mißbraucht werden. Ihre Wurzel ist Freiheit, und sie dient der Freiheit.

Werberede für die Freiheitsanleihe in Baltimore

6. 4. 1918*

Ich rufe Euch, Mitbürger, zu Zeugen dafür auf, daß ich in jeder Lage dieses schrecklichen Geschehens die Absichten Deutschlands leidenschaftslos beurteilt habe. Ich würde mich schämen, wenn ich, angesichts so gewaltiger Dinge, behürdet mit dem Schicksal der Erdenbewohner, die Sprache der Roheit, die schwache Sprache des Hasses und der Rachsucht sprechen sollte. Wir müssen urteilen, wie wir selbst beurteilt werden wollen. Ich habe mich bestrebt, die Kriegsziele Deutschlands aus dem Munde seiner eigenen Wortführer kennen zu lernen und so offen gegen sie zu sein, wie ich wünschte, sie wären es gegen mich. Ich habe unsere Ideale, unsere Ziele klargelegt, ohne Rückhalt und listige Zwiespältigkeit, und habe jene aufgefordert, ebenso offen zu sagen, was sie erstreben. Wir selbst haben keine Ungerechtigkeit, keinen Angriff vor.

Wir sind bereit, bei der Endabrechnung gerecht gegen das deutsche Volk zu sein und mit dem Deutschen Reich ebenso redlich wie mit allen andern zu

* Jahrestag der amerikanischen Kriegserklärung

verfahren. Das Endurteil darf, will es wirklich gerecht sein, keinen Unterschied zwischen den Völkern kennen. Wenn wir Deutschland jemals etwas anderes als Gerechtigkeit, unparteiische, leidenschaftslose Gerechtigkeit zuteil werden ließen, mag der Krieg ausgehen, wie er will, würden wir unsere eigene Sache verleugnen und entehren. Darum fordern wir nichts, was wir nicht bereitwilligst auch gewähren wollen.

In einem Programm, wie es die Mittelmächte vorzuhaben scheinen, sind unsere Ideale der Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Freiheit und der Grundsatz des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker, ohne den die moderne Welt nicht mehr leben kann, Schall und Rauch. Diese Ideale treten zurück hinter die Ideen der Macht, hinter die Grundsätze: „Der Starke beherrscht den Schwachen; der Handel folgt der Flagge, mag die verpflanzte Flagge nun willkommen sein oder nicht; die Völker der Welt sind untertan der Vormundschaft und Oberherrlichkeit derer, die die Macht haben, sie aufzuzwingen.“

Sollte dies Programm einmal durchgeführt werden, dann müßten Amerika und alle, die es noch wagen dürften, sich zum Kampf gegen die Weltzwingherrschaft rüsten, von deren nichtsachtendem Fuß die Rechte der Männer, der Frauen, der Schwachen zertreten werden. Und der alte, jahrhundertelange Kampf für Freiheit und Recht begänne wieder von vorn. Aller Inhalt des Lebens, der Liebe, der Größe und des siegreichen Verteidigungskampfes Amerikas würde in Trümmer gehen und die Tore der Gnade mitleidlos der Menschheit wieder verschlossen sein.

Was also sollen wir tun? Ich bin nach wie vor bereit, jederzeit über ein rechtschaffen, gerecht und ehrlich gemeintes Friedensangebot, das Starke und Schwache gleich behandelt, zu sprechen. Aber die Antwort auf meinen dahinzielenden Friedensvorschlag haben die deutschen Generäle in Rußland gegeben. Und ich kann den Sinn dieser Antwort nicht mißverstehen.

Ich nehme die Herausforderung an. Und ich weiß, daß auch Ihr sie annehmt. Die ganze Welt soll das erfahren. Es soll sich in höchster Opferwilligkeit und Selbstentäußerung offenbaren, mit der wir unser Liebstes und Bestes hingeben, um die Welt zu

erlösen und uns und andern freien Männern in ihr Lebensmöglichkeiten zu bereiten. Das ist jetzt der Inhalt unseres Tuns.

Lassen Sie jedes Wort, Landsleute, jeden Plan und jede Tat hinfert diesem Gedanken gelten, bis die hoheitsvolle Macht unserer geeinten Kraft auch den Geist derer erfüllt oder deren Macht vernichtet hat, die verhöhnen und verspotten, was wir verehren. Deutschland hat abermals gesagt, Gewalt, Gewalt allein solle entscheiden, ob Gerechtigkeit und Friede die Beziehungen der Menschen regieren, ob Recht, wie Amerika, oder Gewalt, wie Deutschland meint, das Schicksal der Menschheit entscheiden soll.

Darauf gibt es für uns nur eine Antwort: Gewalt, Gewalt bis zum Äußersten, Gewalt ohne Maß und Grenzen, gerechte und triumphierende Gewalt, die das Recht zum Weltgesetz erheben und jede Zwingherrschaft in den Staub werfen soll.

Aus der Ansprache an die mexikanischen Journalisten

vom 9. 7. 1918

Jedenfalls heute — und ich hoffe nicht nur für heute — durchdringt der Einfluß der Vereinigten Staaten die An-
gelegenheiten der Welt, meiner Ansicht nach, weil die minder mächtigen Völker der Welt anfangen, an unseren aufrichtigen Willen, ihnen uneigennützige Dienste zu leisten, zu glauben. Wir sind die Vorkämpfer der Völker, deren militärische Schlagfertigkeit zur Bekämpfung des stärksten Volkes in der Welt nicht genügte, und mit Stolz sehe ich die ersehnte Stunde kommen, wo uns der tatsächliche Beweis gestattet ist, daß wir keinen Vorteil in diesem Kriege wünschen, ja selbst keinen annehmen werden, — daß es ein Fall uneigennütigen Handelns ist.

Und unser Vorgehen ist völlig ohne Eigennutz. Wenn Sie mit Sorgfalt die Haltung unseres Volkes beobachten, werden Sie finden, daß nichts es so mächtig vorwärts reizt als die Gewißheit, daß wir für unseren Teil wenigstens diesen Krieg um rein idealistischer Ziele willen unternommen haben. Es war eine der schwierigen Aufgaben auf meinem Wege während der ersten drei Kriegsjahre, als die Vereinigten Staaten noch außerhalb des Kampfes standen, den Auswärtigen Ämtern der europäischen Staaten verständlich zu machen, daß unsere Neutralität nicht voller Eigennutz war, und daß wir, wenn wir in den Krieg eintreten müßten, keine Absichten auf Erzielung materieller Gewinne an Gebiet oder anderen Vorteilen mitbrächten.

Vor einiger Zeit schlug ich eine Art Panamerikanischen Abkommens vor.* Eine der Hauptschwierigkeiten unserer bisherigen Beziehungen zu Lateinisch-Amerika war der Umstand, daß die berühmte Monroe-Doktrin ohne seine Zustimmung angenommen worden war. Wir sagten — wenn ich es volkstümlich ausdrücken soll —: „Wir wollen Dein großer Bruder sein, Du magst uns wollen oder nicht.“ —

Nichts war in der Doktrin, was Euch vor unserem Angriff schützte, und ich habe wiederholt auf Seiten mittel- und südamerikanischer Vertreter das ängstliche Gefühl gespürt, daß unsere selbstgemachte Protektion nur unserem Nutzen und Interesse diene, nicht aber dem unserer Nachbarn. Daher sagte ich: „Gut! — laßt uns eine Verständigung schaffen, durch die wir Verpflichtungen übernehmen wollen. Laßt es eine Gemeinschaftsbürgerschaft sein, durch die wir alle eine Anerkennung unserer Unabhängigkeit und territorialen Integrität gegenseitig aussprechen wollen. Laßt uns vereinbaren, daß, wenn einer von uns — also auch die Vereinigten Staaten — die politische Unabhängigkeit oder die territoriale Unversehrtheit eines

* Wilson doktrin, zuerst in einer Rede in Mobile (Alabama) im Oktober 1913 erwähnt, und im Dezember 1915 in einer Kongreßbotschaft zum Staatsprinzip erhoben. „Befreiung der südamerikanischen Staaten aus der drückenden wirtschaftlichen Abhängigkeit von Europa“.

andern verletzt, alle andern sich auf ihn stürzen sollen.“ Das hieß in der Tat, auf Seiten der Vereinigten Staaten Verpflichtungen dafür übernehmen, daß wir eine Ordnung der Dinge wollten, die Euch wirklich unsern Schutz verlieh.

Ein Schutzvertrag dieser Art wird die künftige Grundlage des Völkerlebens in der Welt sein. Die ganze Völkerfamilie wird jedem Volke dafür zu bürgen haben, daß kein anderes seine politische Unabhängigkeit und seine territoriale Unversehrtheit verletzt.

Das ist die einzig faßbare Grundlage des künftigen Weltfriedens.

Und ich gebe zu, ich war ehrgeizig genug, daß gerade die Staaten der beiden amerikanischen Kontinente der übrigen Welt den Weg weisen sollten, wie man Friedensgrundlagen schafft.* Der Friede kann nur durch Vertrauen kommen. Gegenseitiger Argwohn führt zu Mißverständnis, Mißverständnis zu Beunruhigung. Ist aber einmal Vertrauen da, dann ist auch Platz für einen Frieden von Bestand.

Deshalb ist jeder von uns als Patriot seinem Vaterlande gegenüber verpflichtet, die Saat wahrhaftigen Vertrauens, und nicht die Saat argwöhnischer Interessengegenätze, auszustreuen.



* Am 18. Januar 1919 haben die südamerikanischen Staaten ihre Stimmen auf der Friedenskonferenz in Paris in allen Fragen der Weltpolitik dem Präsidenten Wilson zur freien Verfügung gestellt, dessen Machtposition dadurch bedeutend gestärkt worden ist.

Rede in Mount Vernon*

(Die Herrschaft des Rechts) 4. 7. 1918**

Ich bin glücklich, mich mit Ihnen an diesen ruhigen Ort alter Überlegung zurückzuziehen, um ein wenig über die Bedeutung dieses Tages unserer nationalen Unabhängigkeit zu plaudern. Der Platz ist still und abgelegen. Er ist noch so ruhig und unberührt vom Treiben der Welt wie in jenen großen, längst vergangenen Tagen, da General Washington hier gemächlich mit den Männern beratschlagte, die sich ihm zur Schaffung einer Nation gesellt hatten. Von diesen sanften Abhängen aus lugten sie weit in die Welt und sahen sie ganz, bestrahlt vom Lichte der Zukunft, sahen sie mit neuen Augen, weggewandt von einer Vergangenheit, deren Last Männer befreiten Geistes nicht länger ertragen konnten. Gerade darum fühlen wir hier, unmittelbar an dem geweihten Grabe, nichts von einer Totenstätte. Es ist die Stätte eines Riesenwerks. Ein großes Gelübde an die Menschheit wurde hier erdacht und verwirklicht. — Was uns hier umgibt, ist der Geist edlen Todes, der nur glorreiche Vollendung war. Von diesem grünen Hügel aus müssen und können auch wir mit verstehenden Augen die Welt rings um uns sehen und aufs neue den alle Menschen befreienden Willen erfassen.

Es ist bedeutsam für den Charakter und den Willen Washingtons und der Männer um ihn, und für die von ihnen in Bewegung gebrachten Kräfte, daß sie, wie die Barone bei Runnymede, nicht für eine Klasse, sondern für ein Volk sprachen und handelten. Uns blieb zu tun noch übrig, daß ihre Taten und Worte nicht einem Volke allein, sondern der Menschheit gelten. Sie dachten nicht an sich noch an die auf kleine Gruppen von Landwirten, Kaufleuten und Agenten, mit denen sie in Virginia und den Kolonien nördlich und südlich gewöhnlich zu tun hatten, beschränkten materiellen Interessen, sondern sie dachten an ein Volk,

* Stadt im Staate New York mit dem Landsitze und der Grabstätte Washingtons.

** 4. 7. 1776 Unabhängigkeitserklärung der (anfängl. 13) Vereinigten Staaten.

das endlich ein Ende zu machen wünschte mit Klassen- und Sonderinteressen und mit der Selbstherrlichkeit von Behörden, die es sich nicht selber gewählt hatte. Sie dienten nicht privaten Zielen, wollten keine Sondervorrechte. Sie strebten bewußt dahin, daß Menschen aller Klassen frei sein sollten, und Amerika eine Zufluchtsstätte für Menschen aller Nationen werde, die der Rechte und Privilegien freier Männer teilhaftig werden wollten. Und nicht wahr? Wir nehmen diese Männer zum Vorbild! — Wir wollen, was sie wollten. Wir hier in Amerika halten unsere Teilnahme am Krieg nur für eine Frucht ihrer Pläne. Unser Fall unterscheidet sich von dem ihren nur durch unser unschätzbares Vorrecht, mit allen andern Nationen nicht nur die Sicherung der Freiheiten Amerikas, sondern ebenso die Freiheiten jedes andern Volkes zu bedenken. Wir sind glücklich, handeln zu dürfen, wie sie an unserer Stelle gehandelt hätten. Jetzt muß ein für allemal geordnet werden, was für Amerika in dem großen Zeitalter erreicht wurde, dessen Begeisterung uns heute noch erfüllt. Hier ist sicher ein Ort, wie geschaffen zum bedächtigen Ausblick auf unsere Aufgabe, daß wir unsern Geist für die Erfüllung stärken. Und dies ist die geeignete Stelle, um unseren Freunden, die nur zuzuschauen, und den Freunden unserer Kampfgenossenschaft das treue Festhalten an unseren Zielen zu verkünden.

Seht, hier ist unsere Auffassung von dem großen Ringen, in das wir verstrickt sind. Die Rollenverteilung in jedem Akt und jeder Szene der erhabenen Tragödie ist mit offenen Lettern geschrieben. Auf der einen Seite stehen die Völker der Welt, — nicht nur die tatsächlich beteiligten, auch noch viele andre, die wehrlos Gewalt erdulden, Völker aller Rassen in der ganzen Welt! Rußlands hart getroffenes, hilfloses Volk in seiner augenblicklichen Unordnung darunter. — Ihnen gegenüber stehen die Herren vieler Heere, steht eine einsame Gruppe von Regierungen, ohne Freunde, die nicht Ziele der Allgemeinheit, sondern nur Ziele selbstfüchtigen Ehrgeizes verfolgt, die nur ihnen selbst nützen sollen; — diesen Regierungen sind ihre Völker nur Brennstoff; obwohl sie ihre Völker fürchten, sind sie zurzeit noch ihre unumschränkten Herrscher, für sie entscheidend, nach Willkür

über ihr Leben und Glück verfügend wie über Leben und Glück jedes Volkes, das unter ihre Gewalt gerät; Regierungen, ange-
tan mit dem seltsamen Schmuck halbwilber Gewalten eines Zeit-
alters, das fremd und feindselig dem unseren ist.

Vergangenheit und Gegenwart liegen im tödlichen
Kampfe. Und die Völker der Welt sind zwischen ihnen dem
Tode ausgeliefert. Nur ein Ziel kann es geben. Das Ergebnis
muß endgültig sein. Von Kompromissen darf keine Rede sein.
Eine halbe Entscheidung würde unerträglich sein.

Dies sind die Endziele, für die die verbündeten Völker
der Welt fechten, und die ihnen zugestanden werden müssen,
wenn Friede werden soll:

1. Vernichtung jeder bestehenden Willkür-Macht, die für sich
allein, im geheimen, und nach eigener Wahl den Frieden der Welt
stören kann. Oder, wenn sie gegenwärtig nicht beseitigt werden
kann, wenigstens ihre Beschränkung in tatsächliche Ohnmacht.
2. Ordnung der Fragen des Gebietsstands, des Hoheitsrechts,
wirtschaftlicher Verträge oder politischer Beziehungen auf der
Grundlage freier Zustimmung der unmittelbar
beteiligten Völker, nicht aber auf der Grundlage des
materiellen Interesses und Vorteils irgend eines andern
Staates oder Volkes, das eine andre Lösung zur Stärkung
seines eignen Einflusses nach außen hin oder seiner Herrschafts-
stellung erstrebt.
3. Einwilligung aller Völker, sich in ihrem Verhalten gegenein-
ander von denselben Grundsätzen der Ehre und der Achtung
vor den Gesetzen zivilisierter Rechtsgemeinschaft leiten zu lassen,
die die Beziehungen der einzelnen Bürger zueinander in allen
modernen Staaten beherrschen. Alle Versprechungen und Ver-
einbarungen sollen hoch und heilig gehalten werden. Kein
Sonderkomplott, keine Sonderverschwörung darf angezettelt,
kein Frevel aus Eigennutz straflos verübt werden. Wechsel-
seitiges Vertrauen soll auf dem edlen Grunde gegenseitiger
Achtung vor dem Rechte ruhen.
4. Aufrichtung einer Organisation des Friedens, die
ihn so verbürgt, daß die vereinte Macht freier Völker jede

Rechtsschmälerung verhindert. Ein Schiedsgericht der
öffentlichen Meinung, dem alle unterworfen sind, und
dessen Bestätigung jede internationale Rechtswandlung unter-
liegt, die nicht in Güte durch die unmittelbar beteiligten
Völker geordnet werden kann, muß Frieden und Gerechtig-
keit sicherstellen.

Diese großen Ziele lassen sich in einen einzigen Satz zu-
sammenfassen:

Wir erstreben die Herrschaft des Rechts, des auf
die Zustimmung der Regierten gegründeten, von
der organisierten öffentlichen Meinung der Mensch-
heit verbürgten Rechts.

Diese großen Ziele sind nicht durch Verhandeln zu erreichen
und nicht durch den Versuch, die Wünsche von Staatsmännern,
die ein Gleichgewicht der Macht oder nationale Vorteile an-
streben, einander zu versöhnen oder anzupassen. Sie können
nur verwirklicht werden durch die Festlegung dessen, was die
Völker der Welt in ihren Gedanken und mit ihrer sehnsüch-
tigen Hoffnung auf Gerechtigkeit, Freiheit und Wohlfahrt der
Gesellschaft erstreben.

Ich könnte mir vorstellen, daß die Luft dieses Ortes das
Tönen solcher Grundsätze besonders gern trägt. Von hier aus
gingen Kräfte, die das große Volk,* gegen das ihr erster Stoß
gerichtet war, zuerst als Rebellion gegen seine rechtmäßige
Oberhoheit ansah. Aber seit langem hat es eingesehen, daß
es ein Schritt vorwärts zur eignen wie zur Freiheit der Ver-
einigten Staaten war. Und heute stehe ich hier und spreche
stolz und mit der Hoffnung des Vertrauens von der Aus-
breitung dieser Revolution, dieses Befreiungs-
werks auf die Bühne der ganzen Welt.

Die verblendeten Herrscher Preußens haben Kräfte wachge-
rufen, von denen sie wenig wußten, Kräfte, die, einmal erwacht,
niemals wieder zu Boden geworfen werden können. Denn sie
tragen in ihrem Herzen unsterbliche Ziele und unsterbliche Be-
geisterung, deren Triumph unabwendbar ist.

* der Engländer

Rede in New York

(Die Grundprobleme des Kriegs und der Völkerbund)

vom 27. 9. 1918

Ich bin gekommen, um Ihnen einige Gedanken vorzutragen, die meines Erachtens Ihnen eine weit lebhaftere Vorstellung von den großen Zielen geben können. Dann werden Sie mit doppelter Begeisterung die Schwere und Würde der Pflicht empfinden, die Regierung mit allen Kräften und Mitteln, mit Opfermut und Selbstverleugnung bis zum äußersten zu unterstützen. Kein Mann und keine Frau können, wenn sie den Sinn dieses Krieges wirklich verstanden haben, zögern, ihr Bestes hinzugeben. Und es ist meine Mission heute abend, noch einmal den Versuch einer Klarstellung der wahrhaften Kriegsziele zu wagen. Sie brauchen keinen andern Ansporn und Mahnruf zur Erfüllung Ihrer Pflicht. —

Bei jeder Wendung des Kriegs erneuerte sich uns das Bewußtsein unserer Kriegsziele. Nun, da unsere Hoffnung und Erwartung aufs höchste gespannt sind, denken wir klarer als zuvor über die Kriegsziele und die Verwirklichung unserer Ideale.

Denn der Krieg hat positive und klar umrissene Ziele, die niemand setzte und die niemand ändern kann. Kein Staatsmann, kein Parlament hat sie geschaffen; kein Staatsmann und kein Parlament kann sie ändern. Sie sind emporgetaucht aus dem wahren Wesen des Kriegs und seiner Begleiterscheinungen. Alles, was Staatsmänner und Parlamente tun können, ist, sie durchzuführen oder zu verraten. Vielleicht waren sie anfänglich nicht klar. Jetzt sind sie es. Der Krieg hat schon über vier Jahre gedauert. Und die ganze Welt ist in seine Wirbel gerissen worden.

Der Gemeinwille der Menschheit steht jetzt an der

Stelle des Einzelwillens von Einzelstaaten. Einzelne Staatsmänner mögen den Streit begonnen haben. Aber keiner von ihnen oder ihren Widersachern kann ihm Halt gebieten, wenn es ihm gefällt. Er ist zum Völkerkrieg geworden. — Und Völker aller Arten und Rassen, aller Macht- und Wohlstandsgrade werden von seinen grundstürzenden Neuordnungen betroffen.

Wir traten in den Krieg ein, als sein Charakter sich schon völlig geklärt hatte, und es offenbar war, daß kein Volk seinem Ergebnis fern oder gleichgültig gegenüberstehen könne. Seine Herausforderung traf allem, was uns teuer und wert war, ins Herz. Die klare Stimme des Kriegs erschütterte unsere Seelen. Brüder aus manchem Lande, ja unsere gemordeten Toten in den Tiefen des Meeres riefen uns; und wir antworteten trotzigen Mutes. Die Luft um uns ward rein. Wir sahen die Dinge in ihren wirklichen, überzeugenden Verhältnissen, und wir haben sie seitdem mit stetem Blicke und unwandelbarer Überzeugung gesehen. Wir erfaßten die Wesensfragen des Kriegs als Tatsachen und nicht, wie sie hier und dort ein paar Leutchen sich ausgetüftelt hatten. Und wir können deshalb kein Ergebnis hinnehmen, das ihren Kern nicht trifft, sie nicht ein für allemal erledigt.

Diese Grundfragen des Kriegs sind folgende:

Soll die Militärmacht eines Staates oder einer Staaten-
gruppe über das Schicksal von Völkern entscheiden dürfen,
über das sie nicht kraft Rechts, sondern kraft Gewalt herrscht?

Sollen starke Nationen schwachen Nationen Unrecht zu-
fügen und sie im Interesse ihrer Ziele vergewaltigen dürfen?

Sollen Völker — besonders in ihren inneren Angelegen-
heiten — durch eine unverantwortliche Willkürmacht zwangs-
weise beherrscht oder nach eigenem Willen und eigener Wahl
regiert werden?

Soll es einen allgemeinen Maßstab von Recht und Vorrecht
für alle Völker und Nationen geben, — oder soll der Starke
handeln dürfen, wie er will, — und der Schwache ohne
Abhilfe leiden?

Soll die Geltung des Rechts vom Zufall zufälliger Bundeskraft abhängen, oder soll es einen Gemeinshaftswillen geben, der die Beobachtung der Gemeinshaftrechte erzwingt?

Kein Mensch, keine Menschengruppe hat diese Fragen zu Grundfragen des Kriegs auserwählt. Sie sind es aber. Und sie müssen gelöst werden; nicht durch Schacherei, Kongresse oder Interessenausgleiche, sondern endgültig, ein für allemal und unter voller und unzweideutiger Annahme des Grundsatzes, daß das Interesse des Schwächsten genau so heilig ist wie das des Stärksten.

Das ist's, was wir meinen, wenn wir von einem Dauerfrieden reden, wenn wir aufrichtig, verständnisvoll und mit wirklichem Verständnis und Wissen davon reden.

Wir sind alle darin einig, daß der Friede nicht durch Handeln oder Feilschen mit den Regierungen der Centralmächte erlangbar ist; denn wir haben schon mit ihnen zu tun gehabt und haben sie mit andern Regierungen, die in diesem Kampfe Partei waren, in Brest-Litowsk und Bukarest verhandeln sehen. Sie haben uns bewiesen, daß sie ehrlos sind und Gerechtigkeit nicht wollen. Sie halten Verträge nicht und kennen als Grundsatz nur Gewalt und Eigennuz. — Mit ihnen können wir nicht „einig“ werden. Sie haben es unmöglich gemacht. Und das deutsche Volk muß jetzt verstehen, daß wir nicht dem Worte derer trauen können, die uns diesen Krieg aufgezwungen haben. Wir denken nicht ihre Gedanken und sprechen nicht ihre Vertragssprache. Von tiefer Bedeutung ist unser klares Einvernehmen darüber, daß der Friede nicht durch Kompromisse erzielt werden kann, und daß wir uns von den Grundsätzen, zu denen wir uns bekennen und für die wir kämpfen, nichts abhandeln lassen. Darüber sollte kein Zweifel mehr möglich sein. Lassen Sie mich nun mit der größten Offenheit über die taktischen Folgerungen hieraus sprechen. —

Wenn wirklich und wahrhaftig das gemeinschaftliche Ziel der gegen Deutschland verbündeten Regierungen und Völker die Durchsetzung eines sicheren, dauerhaften Friedens durch die kommende Neuordnung der Dinge ist, dann müssen auch alle, die

am Friedensverhandlungstische Platz nehmen, bereit und willens sein, den Preis, den einzigen Preis dafür zu zahlen; sie müssen bereit und willens sein, nach Männerart auch das einzige Werkzeug zu schaffen, das allein Sicherheit dafür gewähren kann, daß die Friedensvereinbarungen ehrlich erfüllt werden.

Der Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkte des ganzen Abkommens, gleichgültig, wessen Interesse dadurch durchkreuzt wird. Und nicht nur unparteiische Gerechtigkeit, sondern auch die Zufriedenstellung der verschiedenen Völker, deren Schicksal zur Verhandlung kommt.

Das unentbehrliche Werkzeug ist ein Völkerbund, abgeschlossen durch wirksame Verträge. Ohne solch ein Werkzeug zur Verbürgung des Weltfriedens würde Friede nur auf Versprechungen ruhen, ja zum Teil nur auf dem Worte von Gesetzesverächtern.

Deshalb wird Deutschland seinen guten Ruf wiedergewinnen müssen, nicht am Verhandlungstische, sondern später. — Und meiner Überzeugung nach muß die Errichtung dieses Völkerbunds und die klare Abgrenzung seiner Zwecke ein Teil, in gewissem Sinne sogar der Hauptteil, des Friedensvertrags sein.

Er kann nicht jetzt gebildet werden; jetzt gebildet, würde er nur ein neues Bündnis der verbündeten Nationen gegen einen gemeinsamen Feind mit beschränktem Inhalt sein. Nach dem Friedensvertrag würde seine Bildung nicht mehr wahrscheinlich sein, weil er Friedensbürgschaft werden soll. Und der Friede kann nicht nachträglich garantiert werden.

Der Grund meiner offenenherzigen Behauptung, es müßten Friedensgarantien geschaffen werden, ist die Teilnahme von Parteien am Frieden, deren Versprechen sich als unglaubwürdig erwiesen haben. — Deshalb müssen in Verbindung mit dem Friedensvertrag selbst Mittel und Wege gefunden werden, diese Quelle der Unsicherheit zu beseitigen. Es wäre Wahnsinn, die Bürgschaft dem nachträglichen freien Willen von Regierungen zu überlassen, die wir Rußland zerstören und Rumänien betrügen sahen. Aber diese allgemeinen Wendungen erschließen

noch nicht das Wesen der Sache. Einige Einzelheiten sind noch erforderlich, damit sie weniger wie Forderungen der Vernunft, als vielmehr wie ein Programm der Tat aussehen. Hier sind also einige Einzelheiten. Und ich stelle sie mit um so größerer Zuversicht fest, weil ich sie verantwortlich als die Auslegung der Friedenspflichten meiner Regierung bezeichnen kann:

1. Soll unparteiische Gerechtigkeit walten, darf sie keinen Unterschied machen zwischen solchen, gegen die man gern, und solchen, gegen die man nicht gern gerecht ist. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigten kennt und nicht mit zweierlei Maß mißt, sondern allen Völkern Gleichberechtigung verschafft.
 2. Kein einziges Sonderinteresse eines Volkes oder einer Völkergruppe darf, wenn es nicht mit dem Gesamtinteresse aller vereinbar ist, Grundlage auch nur eines einzigen Punktes des Abkommens werden.
 3. In der einheitlichen Völkerbundsfamilie gibt es keinen Sonderbund, keine Sonderbündelei, kein Sonderabkommen;
 4. und mehr ins einzelne gehend: — innerhalb des Völkerbunds kann es auch keine Sondermächteleien aus Eigennutz geben; auch keinen Wirtschaftsboykott und keine Aussperrung in irgendwelchen Formen. Nur der Völkerbund selber kann sie als Inhaber der wirtschaftlichen Strafgewalt durch Ausschluß von den Weltmärkten als Mittel zur Aufrechterhaltung der Disziplin und Aufsicht verhängen.
 5. Alle internationalen Verträge und Abkommen, welcher Art sie auch seien, müssen Wort für Wort zur Kenntnis auch der unbeteiligten Welt gebracht werden.
- Sonderbündnisse, wirtschaftlicher Wettbewerb und Handelsfeindseligkeiten sind in der Neuzeit eine ergiebig fließende Quelle leidenschaftlicher Kriegspläne gewesen. Unaufrichtig und ungewiß würde ein Friede sein, der diese Quelle nicht durch entsprechende Zwangsbestimmungen verstopfte.
- Das Vertrauen, mit dem ich im Namen unseres Volkes

über diese Dinge zu sprechen wage, wurzelt in unserer Überlieferung und in den altbekannten Grundsätzen des internationalen Verkehrs, die wir allewege bekannt und befolgt haben. In demselben Maße, in dem ich verneine, daß die Vereinigten Staaten Sonderabkommen und Sonderverständigungen mit einzelnen Völkern eingehen werden, lassen Sie mich auch die Bereitschaft der Vereinigten Staaten betonen, den ihnen zukommenden Teil an der Verantwortlichkeit für die Durchführung der gemeinschaftlichen Verträge und Abkommen, die künftige Grundlage des Friedens, voll zu übernehmen.

Noch lesen wir Washingtons unsterbliche Warnung vor „verstrickenden“ Bündnissen (entangling alliances) mit vollem Verständnis und folgsamem Willen. Aber nur Zweckverbände und Sonderbündnisse verstricken; und wir erkennen und übernehmen die Pflicht der neuen Zeit, wo wir einen Völkerbund erhoffen dürfen, der Verstrickungen meidet und die Luft der Welt für Gemeinschaftsabkommen und die Wahrung des Gemeinschaftsrechts klärt.

Ich habe diese Analyse der durch den Krieg geschaffenen internationalen Lage natürlich nicht deshalb vorgenommen, weil ich zweifelte, daß die führenden Männer der mit uns verbündeten großen Völker und Nationen eines Sinnes mit mir wären, sondern weil die Luft dann und wann verdunkelt wird durch Nebel, unbegründete Zweifel und boshafte Entstellungen meines Planes. Deshalb ist es notwendig, hin und wieder mit eisernem Besen all das unverantwortliche Geschwätz über Friedensränke, schwächliche Moral und zweifelhafte Absichten der Regierungen auszukehren und, wenn nötig, ohne alle Förmlichkeiten in möglichst klaren Worten zu sprechen, selbst auf die Gefahr hin, immer wieder schon längst ebenso offen Erklärtes in weniger gedrechselten Wendungen zu wiederholen.

Wie gesagt, weder ich noch sonst ein Mensch in leitender Stellung schuf oder gestaltete die Grundprobleme dieses Krieges. Ich ließ sie einfach auf mich und meine Einsicht wirken. Und zwar freudig und mit einer Entschlossenheit, die um so wärmer und zurechtlicher wurde, je klarer und deutlicher die Grundprobleme

hervorwachsen. Jetzt kann offensichtlich kein Mensch diese Grundfragen ohne bösen Willen mehr verdrehen.

Ich muß für sie kämpfen, denn Zeit und Umstände haben sie mir und aller Welt offenbart. Unsere Begeisterung für sie wird immer unwiderstehlicher, je lebendiger und unmißverständlicher ihre Umrisse werden. Und die Kräfte, die für sie kämpfen, schließen ihre Reihen enger und enger, organisieren ihre Millionen zu immer unwiderstehlicherer Macht, je klarer diese Fragen den beteiligten Völkern in Hirn und Herzen werden. Es ist die Eigenart dieses gewaltigen Kriegs, daß die Staatsmänner sich um Erklärungen für ihre Ziele abquälten und Standpunkt und Gesichtspunkte zuweilen wechseln zu müssen glaubten, aber die Gedanken der Massen, die die Staatsmänner zu belehren und zu lenken wähnen, immer unbewölket und ihrer Kriegsziele immer gewisser geworden sind.

Nationale Bestrebungen sind immer weiter in den Hintergrund getreten. Und das Gemeinschaftsziel erleuchteter* Menschheit ist an ihre Stelle getreten. Die einfache Meinung der Massen ist überall zielbewußter und einheitlicher geworden als die Meinungen verschlagener Politiker, die immer noch den Eindruck machen, als spielten sie ein Spiel um die Macht und um hohen Einsatz. Darum nenne ich diesen Krieg einen Völkerkrieg, und nicht einen Krieg der Staatsmänner. Staatsmänner müssen der aufgeklärten öffentlichen Meinung folgen, oder sie werden zerbrochen.

Dies halte ich für die Bedeutung der Tatsache, daß allerlei Versammlungen und Vereinigungen ganz schlichter Alltagsleute immer gefordert haben und noch immer fordern, die führenden Männer ihrer Regierungen möchten ihnen genau, ganz genau ihre Kriegsziele und ihre Ansichten über den Inhalt der endgültigen Neuordnung erklären; sie sind noch nicht

* Es sei darauf hingewiesen, daß der Amerikaner unter den Völkern halb-zivilisierte, zivilisierte und erleuchtete (enlightened) unterscheidet. In Schutatlanten z. B. gehören zu der ersten Gruppe die Türkei, zur zweiten Frankreich, zur dritten (oft allein) die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

zufrieden mit dem, was ihnen gesagt wurde. Noch scheinen sie zu fürchten, daß ihnen auf ihre Frage nur in der Sprache der Staatsmänner Antwort werde, in der Sprache der Gebietsabkommen und Machtordnung, — nicht aber in der Sprache weitlebender Gerechtigkeit, der Gnade, des Friedens und der Befriedigung der tiefwurzelnden Sehnsucht der Unterdrückten und Verstoßenen und der versklavten Völker. Solch' Antwort allein scheint ihnen wert genug, den welterschütternden Krieg durchzukämpfen.

Vielleicht haben die Staatsmänner nicht immer diese Veränderung der Weltanschauung über Politik und politische Handlungen erkannt. Vielleicht haben sie nicht immer die gestellte Frage unmittelbar beantwortet, weil sie nicht wußten, wie brennend diese Fragen waren und welche Antwort sie erheischten.

Ich aber bin für meine Person glücklich, die Antwort wieder und wieder zu versuchen. Denn ich hoffe, es immer klarer zu machen, daß mein einziger Gedanke ist, die Kämpfer draußen zu befriedigen. Vielleicht mehr als alle andern haben sie einen Anspruch auf eine Antwort, die niemand mißverstehen kann, wenn er die Sprache kennt, in der sie gegeben wurde, oder wenn sie ihm jemand richtig übersetzt. Und ich glaube, daß die führenden Männer der uns verbündeten Regierungen bei Gelegenheit ebenso offen sprechen werden, wie ich es zu tun versuchte. Ich hoffe, sie werden es offen sagen, wenn sie meine Auslegung der Grundprobleme oder die von mir erstrebten Mittel zur Erzielung einer befriedigenden Lösung irgendwie für irrtümlich halten. Einheit des Ziels und Einheit des Plans sind in diesem Kriege ebenso gebieterisch notwendig wie Einheit des Kommandos auf dem Schlachtfeld. Und mit vollendeter Einheit des Ziels wird die Gewißheit vollkommenen Sieges kommen. Es gibt keinen andern Weg. „Friedensoffensiven“ verpuffen und verstummen nur, wenn man zeigt, daß jeder Sieg der gegen Deutschland verbündeten Nationen die Völker dem Frieden näher bringt, der alle Völker sichert und beruhigt, der eine Wiederkehr eines so erbarmungslosen Machtkampfs und Blutvergießens für ewig unmöglich macht.

Deutschland deutet ständig „Bedingungen“ an, die es annehmen will. Und immer muß es inne werden, daß die Welt von Friedensbedingungen nichts wissen will.

Die Welt will den endgültigen Triumph der Gerechtigkeit und Redlichkeit.

Wilson's Antwort auf das deutsche Waffenstillstandsangebot

(durch R. Lansing) vom 23. 10. 18

Unter Berücksichtigung der von Ihnen übermittelten Note der deutschen Regierung vom 20. Oktober beehre ich mich, Sie zu benachrichtigen, daß der Herr Präsident mich beauftragt hat, folgendes darauf zu antworten:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und deutliche Erklärung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie rückhaltlos die Vorbedingungen für den Frieden annimmt, welche er in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 an den Kongreß der Vereinigten Staaten niedergelegt hat, sowie die Grundsätze einer Friedensregelung, welche in seinen folgenden Botschaften und namentlich in der vom 27. September verkündet wurden, daß die deutsche Regierung wünscht, über die einzuleitenden Schritte und deren Anwendung Besprechungen zu eröffnen, und daß dieser Wunsch und dieses Ziel somit nicht seitens derjenigen ausgesprochen wurde, die bisher Deutschlands Politik diktierten und im Namen Deutschlands den gegenwärtigen Krieg führten, sondern seitens eines Ministeriums, das für die Mehrheit des Reichstags und für eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes spricht. . . .

Nachdem weiter der Präsident gleichfalls das weitere Versprechen der deutschen Regierung erhalten hat, daß die Gesetze der Menschlichkeit und der zivilisierten Welt sowohl zu Wasser als auch zu Lande durch die deutschen Streitkräfte werden beachtet werden, empfindet der Präsident, daß er sich nicht mehr weigern könne, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten verbündet sind, mit der Frage eines Waffenstillstandes näherzutreten. Er hält es aber für seine Pflicht, neuerdings zu erklären, daß der einzige Waffenstillstand, den ihnen zur Erwägung vorzuschlagen er sich für berechtigt erachten würde, ein solcher wäre, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen assoziierten Mächte in einer Lage lassen würde, in der sie jeder Abmachung, welche getroffen werden müßte, genügend Kraft beizusetzen vermögen, um eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich zu machen.

Der Präsident hat infolgedessen seine Korrespondenz mit den gegenwärtigen deutschen Behörden den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegführende Macht verbündet ist, mit dem Vorschlage übermittelt, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angedeuteten Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten einzuladen, den gegen Deutschland verbündeten Regierungen die notwendigen Bedingungen für einen Waffenstillstand zu unterbreiten, der die Interessen der betreffenden Völker und das unbeschränkte Recht der verbündeten Regierungen zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens völlig wahren würde, mit denen die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt hat, vorausgesetzt, daß sie einen Waffenstillstand für möglich halten. Die Annahme dieser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird den besten konkreten Beweis dafür bilden, daß es die Bedingungen und Grundsätze des Friedens annimmt, aus denen die ganze Aktion ersprießt.

Der Präsident fühlt, daß er nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht, und zwar in möglichst klarer Form, betonen würde, w a r u m

außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Außern in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so erscheint es doch nicht, daß die Grundsätze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind, oder daß eine Bürgschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein werden. Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Frage getroffen worden ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind, aber der gegenwärtige Krieg war es nicht, und es handelt sich um den gegenwärtigen Krieg, mit dem wir es jetzt zu tun haben. Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen, daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten, noch unzerstörbar ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.

In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als eine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte, die als schroff gelten können, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und ebenfalls zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuche, die endlosen Leiden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeschehen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem andern als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten, als die bisherigen Beherrscher Deutschlands.

Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, kann und muß es nur die Bedeutung haben, daß wir später auch mit ihnen bei der Regelung der internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu tun haben werden. Dann kann Deutschland über Friedensbedingungen nicht verhandeln, sondern muß es sich ergeben. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben.

Ansprache Wilsons an den Kongreß nach der deutschen Revolution

am 10. 11. 1918

Das Ziel dieses Krieges ist erreicht. Der bewaffnete Imperialismus, so wie ihn die Männer verstanden, die noch gestern die Herren Deutschlands waren, ist zu Ende. Die Willkürmacht der Militärkaste Deutschlands, die geheim und aus eigener Macht den Weltfrieden stören konnte, ist vernichtet. Und viel mehr als das ist erreicht! Die großen Nationen, die sich verbündet haben, um sie zu vernichten, haben sich jetzt endgültig zu dem gemeinsamen Ziele vereinigt, einen Frieden aufzurichten, der die Sehnsucht der ganzen Welt nach uneigennütziger Gerechtigkeit befriedigen wird, und der in Ausgleich bestehen wird, die auf etwas viel Besserem und Dauerhafterem beruhen werden als selbstischen, konkurrierenden Interessen mächtiger Staaten. Der humane Sinn und die Absicht der siegreichen Regierungen hat sich bereits in einer praktischen Weise bekundet. Ihre Vertreter in dem Obersten Kriegsrat zu Versailles haben durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte versichert, daß alles, was

den Umständen nach möglich ist, geschehen soll, um sie mit **Lebensmitteln zu versorgen*** und das Elend zu erleichtern. Es sollen unmittelbar Schritte getan werden, diese Unterstützungsmaßregeln in systematischer Weise zu organisieren, wie es in Belgien geschehen ist. Mit Hilfe des brachliegenden Schiffsraumes der Mittelmächte sollte es alsbald möglich sein, die **unterdrückten Völker von vollständiger Verelendung zu befreien** und ihnen den Sinn für die großen Aufgaben des politischen Aufbaues klar zu machen, denen sie jetzt überall entgegensehen. Mit welchen Regierungen werden wir es bei der Aufrichtung des Friedens zu tun haben? Mit welcher Autorität werden sie uns gegenüberreten und mit welcher Bürgerschaft? Wird dann ihre Autorität von Dauer sein? Hier liegt ein Grund für keine geringen Sorgen und Befürchtungen. Wenn Friede geschlossen ist, auf wessen Versprechungen und Verpflichtungen, außer denen von uns selbst, wird er beruhen? Seien wir offen gegen uns selbst und geben wir zu, daß diese Fragen jetzt noch nicht beantwortet werden können. Aber die Hoffnung besteht, daß eine befriedigende Antwort bald möglich ist.

Die Völker, die eben erst aus dem Joch der Willkürlichkeit herausgekommen sind, und die jetzt endlich in den Besitz ihrer Freiheit gelangen, stehen nun vor ihrer ersten Probe. Wir müssen uns ruhig verhalten, damit sie sich selbst finden. **In der Zwischenzeit müssen wir den Frieden aufrichten, der ihren Platz unter den Nationen direkt bestimmt, alle Furcht vor ihren Nachbarn und seitherigen Herren beseitigen und sie in den Stand setzen, sicher und zufrieden zu leben, wenn sie ihre eigenen Angelegenheiten in Ordnung gebracht haben. Ich persönlich zweifle nicht an ihrer Absicht oder an ihrer Fähigkeit.** Einige glückliche Anzeichen sind vorhanden, daß sie den Weg der Selbstbeherrschung und friedlichen Anpassung

* Bis zum heutigen Tage (Anfang Februar 1919) haben Frankreich und England alle Bestrebungen Wilsons, für unsere Lebensmittel zu sorgen, vereitelt. Am 18. Januar sah sich der Präsident zu der Drohung genötigt, die Vorfriedenskonferenz zu verlassen, wenn die Alliierten sich nicht zu einer Verständigung über die Lebensmittelversorgung der Mittelmächte entschließen.

kennen und suchen werden. Wenn sie es tun, werden wir **unsre Unterstützung** in jeder möglichen Weise zu ihrer Verfügung stellen. Tun sie es nicht, so müssen wir Geduld und Sympathie bewahren und die Genesung abwarten, die am Ende sicher kommen wird.

Botschaft an den Präsidenten Seitz des Wiener Staatsrats nach der Revolution in Osterreich

vom 11. 11. 1918

Der Präsident der Vereinigten Staaten richtet an die nun konstituierten Völker in Osterreich-Ungarn, deren Befreiung vom Joch des osterreichisch-ungarischen Reiches gelungen ist, den folgenden Aufruf: Es sei mir gestattet, als Wortführer Eurer vielen aufrichtigen Freunde zu sagen: Es ist die ernsthafteste Hoffnung und die Erwartung aller Freunde der Freiheit allerorts und insbesondere jener, denen gegenwärtig die unmittelbare Pflicht obliegt, den befreiten Völkern der Welt beim Werk des Aufbaues ihrer wahrhaften Freiheit beizustehen, daß sowohl die Führer als auch die Bevölkerung der nun befreiten Länder danach trachten, die begonnene Veränderung sowohl in Ordnung, mit Mäßigung und Milde, als auch mit Festigkeit durchzuführen und Gewalttätigkeiten und Grausamkeiten jeder Art zu hemmen und zu verhindern, auf daß keinerlei Unmenslichkeiten die Annalen des neuen Zeitalters, das das einer vollkommenen Ordnung sein soll, beflecken. Eure Freunde wissen, daß solche Vorkommnisse die großen Dinge, die wir alle anstreben, nur verzögern könnten, und sie richten daher vertrauensvoll an Euch den Appell, es mögen alle Kräfte gebunden werden, die den Fortschritt der Freiheit verzögern oder in Mißkredit bringen könnten.*

* Dieser Appell Wilsons hat im Donaubecken, wo gegenwärtig ein Hegenkessel nationaler Selbstsucht rings um Deutsch-Osterreich und Ungarn brodelt, kein Echo gefunden.

Wilson's Kongreßbotschaft über den Wiederaufbau der Welt

vom 2. 12. 1918

Wir wenden uns jetzt wieder den Aufgaben des Friedens zu, eines Friedens, der gegen die Gewalt unverantwortlicher Monarchen und ehrgeiziger militärischer Koterien gesichert und für eine Neuordnung, für neue Grundlagen der Gerechtigkeit und Billigkeit geeignet ist. Wir sind im Begriff, diesen Frieden nicht nur für uns, sondern auch für die andern Völker der Welt zu ordnen und zu organisieren, falls sie uns gestatten, ihnen zu dienen. Es ist die internationale Gerechtigkeit, die wir suchen; nicht nur die häusliche Sicherheit. Unser Gedanke hat sich in der letzten Zeit mit Europa, Asien, dem nahen und fernen Osten beschäftigt und nur sehr wenig mit den Taten des Friedens und der Neuordnung, die bei uns selbst auf Durchführung wartet. Ist es, während wir unsere Beziehungen zu dem Recht der Welt einrichten, nicht von größter Wichtigkeit, daß wir mit allen Ursachen zu Mißverständnissen mit unseren nächsten Nachbarn aufräumen und den Beweis der Freundschaft, die wir wirklich fühlen, erbringen? Ich hoffe, daß die Mitglieder des Senats mir gestatten werden, noch einmal von dem unratifizierten Freundschaftsvertrage mit der Republik Kolumbien zu sprechen. Ich fordere Sie ernstlich auf, in dieser wichtigen Angelegenheit bald günstige Maßregeln zu treffen. Ich glaube, Sie werden mit mir das Gefühl haben, daß die Lage jetzt für eine solche nicht nur gerechte, sondern auch edelmütige und dem Geist der neuen Zeit, in die wir so glücklich eingetreten sind, entsprechende Aktion geeignet

ist. Was unsere inneren Angelegenheiten betrifft, so ist das Problem unserer Rückkehr zum Frieden ein Problem der wirtschaftlichen und industriellen Wiederherstellung. Dieses Problem ist vielleicht weniger ernst für uns als für die Völker, die länger unter der Unordnung und den Verlusten des Kriegs zu leiden hatten als wir.

In dem Augenblick, wo wir wußten, daß der Waffenstillstand unterzeichnet war, legten wir die Rüstung zur Seite. Die Rohstoffe, auf die die Regierung die Hand gelegt hatte aus Angst, daß für die Industrien, die die Armeen versorgten, nicht genug vorhanden sein würde, sind freigekommen und wieder dem allgemeinen Markte zugeführt worden. Große Industrieanlagen, deren ganze Erzeugnisse und Maschinerien von der Regierung zur Benutzung übernommen worden waren, sind wieder für die Zwecke freigeworden, denen sie vor dem Kriege dienten. Es war nicht möglich, die Kontrolle über die Lebensmittel und die Schifffahrt ebenso rasch zu beseitigen, weil die Welt noch immer aus unseren Getreidespeichern ernährt werden muß, und die Schiffe noch immer dafür benutzt werden, unsere Leute über See zu versorgen und die Soldaten so rasch zurückzuführen, als die verworrenen Verhältnisse auf der andern Seite des Wassers es gestatten. Aber auch diese Zwangsmaßregeln werden so viel wie möglich und im Verlaufe der Wochen in immer weitergehendem Maße gemildert werden. . .

Wilson kam sodann auf die zum Zwecke der Kriegsorganisationen errichteten neuen Ämter zu sprechen und erklärte: Seitdem der Waffenstillstand gesichert war (der tatsächlich auf eine vollständige Unterwerfung des Feindes hinausläuft), war es die Politik der Regierung, die Erfahrungen dieser Körperschaften den Geschäftsleuten dieses Landes zur Verfügung zu stellen. Es ist erstaunlich, wie rasch der Prozeß der Rückkehr zu friedlichen Verhältnissen sich in den drei Wochen seit Beendigung der Feindseligkeiten entwickelt hat.

Wilson sprach dann über die zu treffenden Maßregeln, um während der Übergangszeit einer zu großen Arbeitslosigkeit vorzubeugen.

Bezüglich Belgiens und Nordfrankreichs sagte der Präsident: Keine noch so große Entschädigungssumme würde allein genügen, um diese Länder auf Jahre hinaus vor hoffnungslosem Nachteile zu bewahren. Es muß mehr geschehen. Wenn Belgien und Nordfrankreich morgen Geld und Rohstoffe im Überfluß hätten, so würden sie doch nicht ihren Platz in der Weltindustrie schon morgen einnehmen können. Sie dürfen nicht den Zufälligkeiten einer scharfen Konkurrenz preisgegeben werden. Ich hoffe deshalb, daß der Kongreß nicht abgeneigt sein wird, wenn es notwendig sein sollte, irgendeiner Stelle, wie zum Beispiel dem Kriegshandelsamt, das Recht zu gewähren, eine Vorzugsbehandlung zugunsten dieser Bevölkerungen einzuräumen.

Für die Stabilisierung und Erleichterung des Wiederaufbaues unseres Geschäftslebens, fuhr Wilson fort, ist nichts von größerer Wichtigkeit als eine sofortige Entscheidung über die 1918, 1919 und 1920 zu erhebenden Steuern. Es würde für das Land verhängnisvoll sein, bezüglich der Frage der Höhe der Steuern länger, als notwendig ist, im Unsicheren zu bleiben. Wenn der Krieg fortgesetzt worden wäre, wäre es notwendig gewesen, für das Jahr 1919 mindestens 8 Milliarden Dollars an Steuern zu erheben. Jetzt, wo der Krieg vorbei ist, kann der Betrag auf 6 Milliarden herabgesetzt werden. Eine sofortige rapide Abnahme in den Ausgaben der Regierung ist nicht zu erwarten. Die Versorgung unserer Truppen auf der andern Seite des Meeres ist noch immer notwendig. Ein beträchtlicher Teil dieser Truppen muß für die Dauer der Besetzung in Europa bleiben, und für die, die nach Hause zurückgebracht und demobilisiert werden, werden in den folgenden Monaten große Ausgaben gemacht werden müssen.



Antwort Wilsons auf die Ansprache Poincarés im Elysée in Paris

am 15. 12. 1918

Es ist mir eine große Freude, mich in Frankreich aufzuhalten und das rasche Entgegenkommen von Sympathie und ehrlicher Freundschaft zwischen den Vertretern der Vereinigten Staaten und denen Frankreichs zu fühlen. Sie waren überaus liebenswürdig in dem, was Sie über meine Person zu sagen beliebten, aber ich fühle, daß alles, was ich gesagt und zu sagen versucht habe, nur zu dem Versuch gesagt und getan worden ist, den Gedanken des Volkes der Vereinigten Staaten getreulich auszudrücken und in die Tat umzusetzen. Von Anfang an war der Gedanke des Volkes der Vereinigten Staaten auf etwas mehr gerichtet, als bloß den Krieg zu gewinnen. Er richtete sich auf die Aufrichtung der ewigen Grundsätze des Rechts und der Gerechtigkeit. Es ergab sich, daß es sich nicht nur darum handelte, den Krieg zu gewinnen, sondern daß die durch ihn aufgeworfene Frage so gelöst werden mußte, daß der künftige Weltfrieden gesichert und eine Grundlage der Freiheit und des Glückes der vielen Völker und Nationen auf der Welt gelegt wurde. Niemals vorher hat ein Krieg ein so furchtbares Gesicht getragen oder mehr die gewaltige Zerstörungskraft unerlaubten Ehrgeizes gezeigt. Ich bin gewiß, daß auch ich die von den Heeren der Mittelmächte angerichteten Verwüstungen mit demselben Abscheu und derselben tiefen Empörung sehen werde, die sie in den Herzen der Bevölkerung Frankreichs und Belgiens erregen, und ich bestehe wie Sie auf der Notwendigkeit einer Aktion beim Kriegsende, die nicht nur solchen Schrecken und Raub tadelt, sondern allen Menschen in der ganzen Welt kundgibt, daß sie nicht ohne die Gewißheit gerechter Bestrafung begangen werden können.

Ich weiß, mit welchem Eifer und Jubel die Soldaten und Seeleute der Vereinigten Staaten ihr Bestes zur Erlösung von dem Kriege hergegeben haben. Sie haben getreu im Geiste Amerikas gehandelt. Sie halten ihre Ideale für geeignet, durch sie überall die Völker zu befreien, und sind froh über ihre Anteilnahme an der Verwirklichung dieser Ideale in Gemeinschaft mit dem Heer der Alliierten. Wir sind stolz auf ihre Anteilnahme und glücklich über ihre Gemeinschaft mit solchen Kameraden in der gemeinsamen Sache.

Von besonderer Genugtuung, Herr Präsident, bin ich erfüllt, in Frankreich an Ihrer Freude über den gewonnenen Sieg teilnehmen zu können. Die Bande, die Frankreich und die Vereinigten Staaten miteinander verbinden, sind erfreulich eng. Ich wüßte nicht, in welcher Gesellschaft wir mit mehr Eifer oder Begeisterung hätten kämpfen können. Es wird mir täglich eine Freude sein, mit den Staatsmännern Frankreichs und der Alliierten bei der Festsetzung der Maßnahmen in Beratung zu stehen, mit denen wir den Fortbestand dieser erfreulichen Beziehungen der Freundschaft und des Zusammenwirkens und für die ganze Menschheit die Sicherheit und Freiheit des Lebens sichern können, wie es nur durch beständige Verbindung und Zusammenarbeit von Freunden geschehen kann.

Wilson

lehnt ab, in das Kriegsgebiet zu gehen

Er erklärte in Manchester:
... Ich hoffe, daß mir die Melancholie der Enttäuschungen erspart bleibt. Ich will der Welt zeigen, daß ich gegen einen Frieden des Hasses und der übertriebenen Kriegsentzündung bin. Deshalb werde ich in die Kriegsgebiete, wo eine Schaustellung der Greuel vorbereitet ist, nicht reisen.

Bisher wurde die Welt von Interessengemeinschaften regiert, aber die Interessen trennen die Mächte. Es gibt nur eins, das die Völker aneinander fesseln kann, und das ist die gemeinsame Hingabe an das Recht. Seit Anfang der Geschichte der Freiheit haben die Menschen von ihren Rechten gesprochen, und es hat mehrere hundert Jahre gekostet, um sie zur Einsicht zu bringen, daß das Wichtigste vom Recht die Pflicht ist. Kein anderer Gedanke als dieser darf uns leiten.

Antwort des Präsidenten auf die ihm von dem französischen Arbeiterführer Jouhaux in Brest überreichte Adresse

vom 15. 12. 1918

Meine Herren, ich empfangen mit großem Interesse die Adresse, die Sie mir soeben vorgelesen haben. Der Krieg, den wir gerade durchgemacht haben, hat in einer unvergeßlichen Weise die außerordentlichen Übel beleuchtet, die durch eine unumschränkte und unverantwortliche Gewalt hervorgerufen werden können. Es ist nicht möglich, das Glück und Gedeihen der Völker in der Welt zu sichern, oder einen dauernden Frieden zu schaffen, wenn nicht die Wiederholung solcher Übel unmöglich gemacht ist. Das ist wirklich ein Völkerkrieg gewesen. Er ist gegen Absolutismus und Militarismus geführt worden, und diese Feinde der Freiheit müssen von jetzt ab außerstande gesetzt werden, ihren grausamen Willen gegenüber der Menschheit weiter geltend zu machen. Nach meinem Urteil genügt es nicht, dies Prinzip aufzustellen. Es ist notwendig, daß es von einem Zusammenwirken der Nationen gestützt wird, welches auf bestimmte und klare Übereinkommen begründet und durch das Werkzeug eines Völkerbundes seines wirksamen Einflusses sicher ist. Ich glaube, dies ist die Aber-

zeugung aller einsichtigen und liberalen Menschen. Ich habe das Vertrauen, daß dies der Gedanke derer ist, die Ihre eigene große Nation leiten, und ich sehe mit besonderem Vergnügen dem Zusammenarbeiten mit ihnen entgegen, um die Bürgerschaft eines ewigen Friedens der Gerechtigkeit und des Rechtes sicherzustellen, welcher die Opfer dieses Krieges rechtfertigen und die Menschen dazu anhalten soll, auf diese Opfer als auf den dramatischen Schlußakt ihrer Befreiung zurückzublicken.

Wilson über den Völkerbund nach Verleihung der Doktorwürde in der Pariser Universität Sorbonne

am 22. 12. 1918

Wilson sagte unter anderm: Er stimme mit der Ansicht überein, daß der Krieg nicht nur ein Krieg zwischen Nationen, sondern auch ein Krieg zwischen zwei Kultursystemen gewesen sei, einem System des Angriffs, welches sich aller geistigen Fähigkeit bedient hat, um die Menschheit zu Boden zu werfen, und einem anderen System, welches die Erinnerung an die höchsten menschlichen Überlieferungen und an alle Kämpfe der Menschheit für das Recht wachruft. Der Triumph der Freiheit in diesem Kriege sei ein Zeichen dafür, daß diese Geistesrichtung jetzt die Welt beherrsche. Es sei der mächtige Atem der moralischen Kraft, der durch die Welt gehe, und jeder, der dieser Strömung widerstehen wolle, werde schmachvoll erliegen.

Die Aufgabe der Friedensunterhändler sei sehr vereinfacht durch die Tatsache, daß sie niemandes Herren, sondern Diener der Menschheit seien. Wenn man den Geboten der Menschlichkeit kein Gehör schenke, werde man den stärksten und wohlverdienten moralischen Bankrott erleiden, der je in der Weltgeschichte vorgekommen sei.

Wilson setzte darauf seine Auffassung vom Völkerbund auseinander. Dieser Bund müsse als eine moralische Kraft wirken,

die von jedermann organisiert werde. Wo und wann es auch sei, daß Unrecht und Angriff vorbereitet würden, da möge sich dieses durchdringende Licht des Gewissens auf die Pläne konzentrieren, und überall sollen die Menschen fragen: Welche Absicht hegt ihr in eurem Herzen für das Geschick der Welt?

Wenn die Mittelmächte gewagt hätten, nur 14 Tage lang ihre Ziele erörtern zu lassen, so wäre dieser Krieg niemals ausgebrochen, und wenn sie, wie es hätte geschehen müssen, gezwungen worden wären, sie ein Jahr lang zu erörtern, so wäre dieser Krieg etwas Unfaßbares gewesen.

Wilson erklärte, er fühle, daß dieser Krieg eng verbunden sei mit dem Geiste der Universität, die allem feind sei, was der menschlichen Vernunft Zwang auferlege, sowie allem, was den Triumph des Ideals, den Durchbruch der Wahrheit und die Läuterung des Lebens aufzuhalten suche. Er fühle, daß der Geist der Wahrheit, dem sich die Universitäten gebeugt hätten, die Oberhand gewonnen und den Sieg erlangt habe.

Wilson's Weihnachtsbotschaft

an das Weiße Haus und die Weihnachtsansprache an die amerikanischen Truppen auf dem Plateau von Langres vom 25. 12. 1918 (Ein Friede der Völker: Amerikas Aufgabe)

Ich hoffe, daß es unsere Landsleute freuen wird, zu erfahren, daß ich ihre Kinder hier körperlich und moralisch bei guter Gesundheit angetroffen habe, und daß sie sich die Achtung aller derjenigen erworben haben, an deren Seiten sie mitten im Kriege standen, sowie das Vertrauen aller, wohin sie kommen. Ich bin überzeugt, daß sie sich ebenso über die Versicherung freuen werden, daß die öffentliche Meinung aller der großen Nationen, mit denen wir im Kriege verbündet sind, energisch alle Vorschläge aufrecht erhält, die auf einen gerechten und dauerhaften Frieden sowie auf die enge

Zusammenarbeit der Völker der Welt abzielen, die sich selbst regieren und den Frieden festigen werden, sobald die schwebenden Vereinbarungen endgültig festgesetzt sind. Nichts vermag mehr unser Vertrauen an diesem Weihnachtstage zu befestigen als die Gefühle, denen ich begegne, und die überall die Oberhand haben.

Das Weihnachtsfest hat Wilson mit seiner Gattin bei den amerikanischen Truppen auf dem Plateau von Langres verlebt. Bei einer Parade über die Truppen hielt er eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Ich weiß, was meine Mitbürger von mir erwarten, und ich bin froh, Euch sagen zu können, daß kein Unterschied in den Ansichten der großen Führer besteht, mit denen zu beraten ich die Ehre habe. Die Aufgabe, die Friedensurkunde vorzulegen, ist Amerika zugefallen, eine Aufgabe, die um so leichter ist, als die beteiligten Völker diese Urkunde angenommen haben. Die ganze Welt weiß jetzt, daß die Völker, die am Kriege teilnahmen, bereit sind, das Werk zu vervollständigen, nicht nur zur Geltendmachung ihres eigenen Interesses, sondern auch zur Schaffung eines auf den dauernden Grundlagen von Recht und Gerechtigkeit gegründeten Friedens. Da der Krieg ein Krieg der Völker war, muß auch der Friede ein Friede der Völker sein.

Wilson an den Lordmayor von London

(Die Intelligenz der Welt für den Völkerbund)

27. 12. 1918

Ich habe großes Interesse daran genommen, zu beobachten, wie von allen Seiten, von allen Intelligenzen und Unterrichteten die Suggestion ausgeht, daß von jetzt ab nicht ein Gleichgewicht der Gewaltigen, nicht eine Mächtegruppierung von einander gegenüberstehenden Nationen da sein sollte, sondern eine einzige, mächtige, vorherrschende Liga der Nationen, die

die Hüterin des Weltfriedens sein soll. Bei meinen Konferenzen mit den Leitern Ihrer Regierung ist es mir sehr angenehm gewesen, festzustellen, daß unsere Ideen dieselbe Richtung halten, und daß unsere Idee immer die war, daß der Schlüssel des Friedens die Garantie des Friedens darstellen soll, und nicht seine Einzelheiten. Daß vielmehr diese Einzelheiten keinen Wert haben, wenn hinter ihnen nicht der dauernde Bund der Mächte steht, um sie in Kraft zu erhalten.

Wilson's Trinkspruch in London

(Das Recht als Weltmacht) 27. 12. 1918

In seiner Antwort auf die Rede des Königs sagte Präsident Wilson: Der Einfluß, den das amerikanische Volk auf die Angelegenheiten der Welt besitzt, läßt sich an seiner Sympathie mit den Bestrebungen der freien Männer auf der ganzen Welt messen. Ich hatte den Vorzug, hier mit den Führern Ihrer eigenen Regierung und den Wortführern der Regierungen von Italien und Frankreich zu sprechen. Es freut mich, sagen zu können, daß ich dieselbe Auffassung wie sie von der Bedeutung und dem Umfang der Pflicht habe, die uns gemeinsam obliegt.

Wir haben große Worte von Recht und Gerechtigkeit ausgesprochen. Jetzt müssen wir nun zeigen, ob wir diese Worte verstehen oder nicht, und wie sie im einzelnen auf die Ummachungen anzuwenden sind, die diesen Krieg abschließen müssen. Durch die Reihen der Menschen geht jetzt eine große Strömung. Die Menschen sind sich, wie nie zuvor, dessen bewußt geworden, wie wenig Unterschied zwischen Recht und Gerechtigkeit in den verschiedenen Breitengraden und unter den verschiedenen Staatsgewalten besteht.

Es muß, wie ich glaube, unser Vorrecht sein, nicht nur das moralische Urteil der Welt auf unsere Regelungen, die wir

anstreben werden, anzuwenden, sondern auch die moralische Kraft der Welt zu organisieren, um diese Regelungen zu bewahren, die Kräfte der Menschheit in sichere Bahnen zu leiten und das Recht und die Gerechtigkeit zur vorherrschenden und alles beaufsichtigenden Macht der Welt zu machen.

Antwort des Präsidenten

auf eine Adresse der englischen Friedensliga,
die ihm u. a. auch von Asquith und Grey überreicht wurde
28. 12. 1918 (Die Heiligkeit der Verträge)

Ich fühle mich sehr ausgezeichnet, daß Sie persönlich gekommen sind, um mir diese Adresse zu überreichen, und es ist für mich ein Gegenstand der Freude und des Ansporns, zu finden, daß das Interesse für einen Völkerbund zunimmt, und nicht nur das Interesse, sondern auch die Entschlossenheit, die, wie ich sicher bin, einen Sieg davontragen wird. Es ist höchst erfreulich, daß die Mitglieder der Regierung, die diese Nation wegen moralischer Verpflichtungen, die sich auf einen Vertrag gründeten, in den Krieg führten, unter denen sind, die mir dieses Dokument überreicht haben; denn wir auf der andern Seite des Wassers haben diese Beweggründe sehr bewundert und den Grundsätzen, die die Regierung Großbritanniens bewegten, beigepflichtet. Sie haben, indem Sie dieser moralischen Mahnung folgten, gezeigt, was wir organisieren müssen, nämlich diesen Sinn für Verpflichtungen; sonst wird das, was wir jetzt aufrichten, nicht von Dauer sein. Ich bin davon so stark durchdrungen, daß es ganz besonders ermutigend für mich ist, zu erfahren, wie stark und gebieterisch diese Idee geworden ist.

Wilson über den Völkerbund

bei seiner Rückkehr aus England :: (Der Freundschaftsbund der Menschheit. Sein Instrument: der Handel; sein Lebensgesetz: Menschheitspflicht) 31. 12. 1918

Bisher wurde die Welt von Interessengemeinschaften regiert, aber die Interessen trennen die Menschen. Es gibt nur eines, was die Völker aneinander fesseln kann, und das ist die gemeinsame Hingabe an das Recht. Seit dem Anfange der Geschichte der Freiheit haben die Menschen von ihren Rechten gesprochen, und es hat mehrere hundert Jahre gekostet, um sie zur Einsicht zu bringen, daß das Wichtigste vom Recht die Pflicht ist. Kein anderer Gedanke als dieser darf uns leiten. Wenn die Zukunft uns nichts andres brächte als einen neuen Versuch, die Welt durch Machtverteilung im Gleichgewicht zu halten, so würden die Vereinigten Staaten daran kein Interesse nehmen, denn sie wollen keiner Machtkombination beitreten, die nicht eine Vereinigung aller ist.

Die Vereinigten Staaten sind nicht nur am europäischen sondern auch am Weltfrieden interessiert. Aber wenn diese Aufgabe auch schwer ist, so ist doch ein Element vorhanden, das sie leicht macht. Es erhebt sich gerade jetzt in der Welt ein lauter Ruf nach Menschlichkeit. Wir gehorchen nicht den Aufträgen politischer Parteien, sondern denen der Menschheit. Ich rechne nicht darauf, daß jede Einzelheit der Abmachungen, die wir anstreben wollen, in jeder Richtung befriedigend sein wird. Aber wir müssen wenigstens darauf achten, daß sie durch die späteren Korrekturen* immer befriedigender werden.

Wenn die Welt eine Gemeinde von Freunden bleiben soll, so muß sie über die Mittel zur Freundschaft und zum beständigen Freundschaftsverkehr verfügen, über einfache und dauernde Vorkehrungen zu Besprechungen, die es ermöglichen,

* Diese von Wilson noch oft wiederholte Andeutung bietet die Möglichkeit, jede von den feindlichen Militaristen und Imperialisten erstrebte Rechtsbeugung zu hindern oder ihr durch zähen Kampf für das Recht Abhilfe zu schaffen.

Schwierigkeiten zu beseitigen, wenn sie noch klein sind, und sie nicht wachsen zu lassen. Wir können nicht mit Menschen Handel treiben, nicht kaufmännische und industrielle Beziehungen anknüpfen zu denen, die uns nicht trauen. Vertrauen ist der Vorläufer des Handels, und der Handel das große Freundschaftsinstrument der Welt. Ich wünsche, daß nicht nur Großbritannien und die Vereinigten Staaten, sondern auch Frankreich, Italien und die ganze Welt in die große Liga eintreten, daß wir uns zu allererst als Freunde der Menschheit erklären und uns vereinigen zum Triumph des Rechts.

Wilson über den Fehler Deutschlands

(Rede vom 3. 1. 1919)

auf dem Kapitol in Rom: Noch eine Generation)

Am 3. Januar wurde Wilson auf dem Kapitol in feierlicher Weise die Würde eines Ehrenbürgers von Rom verliehen. Wilson hielt eine Rede, in der er u. a. sagte: Ich habe bis zum letzten Tage über den großen Fehler nachgedacht, der gemacht worden ist, den Fehler des gewaltigen Vergehens der Mittelmächte. Wenn Deutschland eine einzige Generation gewartet hätte, würde es ein Handelsstaat von Weltmacht geworden sein. Es wollte dies nicht durch Geschicklichkeit, Unternehmungslust und kaufmännische Erfolge werden; es wollte vielmehr versuchen, das mit Waffengewalt zu erobern. Die Welt wird immer mit Beifall die Tatsache begrüßen, daß es unmöglich ist, diese Eroberungen mit Waffengewalt zu machen, daß die Welt nur durch die Dienste erobert werden kann, die im Handelsverkehr und in Freundschaft erwiesen werden, und daß es keine erobernde Gewalt gibt, die die Freiheit des menschlichen Geistes unterdrücken kann. Der Präsident schloß: Ich hätte nicht den Mut gehabt, Amerika zu verlassen, wenn ich nicht gefühlt hätte, daß die Zeit zur Einigung aller freien Menschen gekommen ist.

Rede im italienischen Parlament zu Rom

(Der Völkerbund: der Beginn eines neuen Zeitalters) Auszug

vom 4. 1. 1919

Wir sind uns bewußt, daß uns Dinge erwarten, die in gewisser Beziehung schwieriger sind als die, die wir bereits überwunden haben; denn es ist zwar leicht, von Recht und Gerechtigkeit zu sprechen, aber es ist manchmal schwierig, sie in die Tat umzusetzen. Dazu wird eine Reinheit der Motive und der Selbstlosigkeit notwendig sein, wie sie die Welt bei Beratungen von Nationen noch niemals gesehen hat. Sie werden mir deshalb verzeihen, wenn ich einige der Elemente der neuen Lage Ihnen vorlege. Das, was diesen Krieg charakterisiert, ist, daß große Reiche zerfallen sind, und das Charakteristische an diesen Reichen wiederum war, daß ihre Völker durch Intrigen zum Krieg gezwungen wurden. Die großen Schwierigkeiten der Staaten am Balkan waren, daß sie immer geheimen Einflüssen zugänglich waren, daß sie immer von Intrigen durchdrungen wurden, und daß sich nördlich von ihnen eine Bevölkerung befand, die nicht durch Sympathie und Freundschaft, sondern durch militärische Gewalt zusammengehalten wurde. Jetzt sind die Intrigen unmöglich geworden, und die Fesseln sind zerrissen. Aber wir werden jetzt für ein Bindemittel sorgen müssen, um die Völker zusammenzuhalten. Sie sind nicht daran gewöhnt, unabhängig zu leben, aber sie müssen von jetzt ab unabhängig sein. Ihr seid euch sicher ebenso darüber klar, daß wir nicht das Recht haben, zu bestimmen, welche Art von Regierung sie sich geben wollen; aber wir sind Freunde dieser Völker, und es ist unsere Freundespflicht, darauf zu achten, daß sie mit irgend einer Art von Schutz umgeben werden, und daß

ihnen etwas gegeben wird, was sie zusammenhalten kann. Es gibt nur eins, was die Nationen zusammenhalten kann, wenn die Gewalt ausgeschlossen wird. Das ist Freundschaft und guter Wille.* Es wird deshalb unsere Aufgabe in Paris sein, eine Weltfreundschaft zu organisieren und darauf zu achten, daß die moralische Kraft, die auf Recht und Gerechtigkeit hinzielt, verwirklicht wird. Und daß ihr eine Organisation gegeben werde, an der sich die Völker der Welt gern und mit Freuden beteiligen. Unsere Aufgabe ist, mit andern Worten, nichts Geringeres, als eine neue internationale Psychologie zu schaffen, eine neue Atmosphäre zu bilden. Glücklicherweise kann ich sagen, daß ich bei meinen Verhandlungen mit den ausgezeichneten Männern, die Ihre Nation führen, und jenen, die Frankreich und England führen, die Überzeugung gewann, daß diese Atmosphäre im Entstehen begriffen ist. Bei dieser Gemeinsamkeit der Absichten braucht man vor keinem Hindernis zurückzuschrecken. Hindernisse sind nur da, um überwunden zu werden. Tapfere Männer lassen sich durch Hindernisse nicht abschrecken, sondern sie werden herausgefordert, sie zu überwinden. So sollte es auch unser Stolz sein, alles zu überwinden, was uns im Wege steht. Wir wissen, daß es kein neues Mächtigkeitsgewicht geben kann, und es muß daher ein Ersatz dafür geschaffen werden. Es freut mich, bei allen großen Nationen die Auffassung zu finden, daß dieser Ersatz ein völlig neuer Völkerbund sein muß. Was die Menschheit früher nur theoretisch und idealistisch betrachtet hat, stellt sich jetzt als praktisch notwendig heraus. Wir stehen jetzt am Beginn eines neuen Zeitalters, in dem die Menschheit durch die Staatsmänner zu neuen Zielen und Errungenschaften emporgeführt werden soll.

* Vergl. den in dem Vorwort erwähnten wahren Beruf des deutschen Volkes.

Wilson's Antwort

an den Bürgermeister von Mailand über die Bedeutung der Arbeiterklasse (Die Arbeitermassen: der Atlas der modernen Welt) vom 6. 1. 1919

Ich bin mir der Tatsache in höchstem Maße bewußt, daß das soziale Gebäude auf den großen Arbeiterklassen der Welt beruht, und daß diese Arbeiterklassen durch das Bewußtsein der Gemeinsamkeit der Interessen vielleicht mehr als irgend etwas andres dazu beigetragen haben, eine überall gültige Überzeugung aufzustellen. Ich bin mir ferner dessen bewußt, daß diejenigen von uns, die die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe des Friedensschlusses haben, im Geiste dieser Überzeugung denken und handeln müssen. Wir müssen stets daran denken, daß wir nicht die Vertreter des Geschickes irgend einer Nation sind, sondern Diener der Menschheit, und daß wir nicht das Recht haben, Einzelinteressen nachzugehen, sondern daß es unsere erste Pflicht ist, auf die allgemeinen Interessen bedacht zu sein. Wir dürfen nicht einfach einen Friedensvertrag unterzeichnen und mit ruhigem Gewissen nach Hause gehen. Wir müssen mehr tun. Wir müssen auch möglichst für Sicherungen sorgen, die die leidende Menschheit überall verlangt.

Wilson über die Schwierigkeiten des Völkerfriedens

an die Vertreter der italienischen Presse (Völkerziele! Nicht Regierungsziele!) Auszug vom 6. 1. 1919

Ich glaube, daß die Aufgabe der in Paris Versammelten eine gemeinsame Aufgabe ist. Gerechtigkeit und Recht sind große Dinge, und unter den gegenwärtigen Umständen bieten sie auch große Schwierigkeiten dar. Ich bin nicht töricht:

genug, anzunehmen, daß wir leicht zu einer Entscheidung gelangen werden. Jetzt ruft die Seele des einen der Seele des andern Volkes zu. Kein Volk der Welt, dessen Gefühle ich kenne, wünscht eine geschäftsmäßige Regelung. Sie wünschen eine Regelung, die auf dem Recht beruht, oder doch dem Rechte sehr nahe kommt. Solange die Gedanken eines Volkes klar bleiben, sollten auch die Entschlüsse seiner Vertreter klar bleiben. Wir brauchen die Führerschaft des Volkes, wir brauchen die bestimmte Äußerung der Ziele und der Ideale des Volkes.

Anmerkung: Die italienische Presse hat seitdem ihre Annegionsforderungen auffällig gemindert.

Wilson über die Bekämpfung des Bolschewismus in Deutschland durch Lebensmittelfürsorge

(Kongreßbotschaft vom 13. 1. 1919)

Ich kann nicht ernst genug darauf dringen, daß der Kongreß die Gelder bewilligt, die Hoover für das Lebensmittelhilfswerk verlangt hat. Dies ist jetzt der Schlüssel zu der gesamten Lage in Europa und zur Lösung der Friedensfrage. Der Bolschewismus rückt immer mehr nach Westen vor und vergiftet Deutschland. Er kann nicht mit Gewalt, wohl aber mit Lebensmitteln aufgehalten werden. Alle leitenden Männer, mit denen ich berate, sind sich darüber einig, daß gemeinsames Handeln in dieser Angelegenheit von größter Bedeutung ist. Das Geld wird nicht für Lebensmittel für Deutschland selbst gebraucht werden, denn Deutschland kann seine Lebensmittel kaufen, aber es muß angewandt werden, um die Lebensmittelversorgung Polens, der befreiten Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie und unserer Bundesgenossen auf dem Balkan zu finanzieren. Ich ersuche Sie, diese Sache so schnell wie möglich vor den Kongreß zu bringen. Ich weiß nicht, wie wir die nötige Macht finden sollen, um

Frieden zu schließen, wenn dieses Mittel, um den Strom des Anarchismus abzuwenden, nicht angewendet wird.

Anmerkung: Die französische Nachgiebigkeit gegenüber dieser Erkenntnis der mitteleuropäischen Not durch die schweren Bedingungen Fochs für Verlängerung des Waffenstillstands (17. 1. 19) gekennzeichnet, die uns die Ablieferung unentbehrlicher landwirtschaftlicher Geräte aufzwingt. Aber die Franzosen werden es mit Entsetzen spüren, und sie spüren es schon jetzt, daß jede in diesem Kriege gebrauchte zu scharfe Waffe auf den Schützen zurück-schnellt. So hat die in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit erzwungene Überstürzung der deutschen Demobilisierung auch die Überstürzung der Demobilisierung in England, Frankreich und Italien nach sich gezogen. Die schönen Pläne für die Übergangszeit sind dahin. Die Folgen sind überall — selbst in Amerika — dieselben: Arbeitslosigkeit, Arbeitsunlust, Streiks, Lohnforderungen ohne Maß und Sinn, Sabotage, Aufruhr, — kurz freie Bahn dem Bolschewismus.

Wilson's Rede

in der zweiten auf Wilson's Verlangen öffentlichen Sitzung des Pariser Kongresses (Clemenceau als Vorsitzender stellt nach der Abstimmung die einstimmige Annahme des Antrags auf Gründung eines Völkerbundes fest) vom 25. 1. 1919

Ich betrachte es als ein besonderes Vorrecht, daß ich die Erörterungen der Konferenz über den Völkerbund eröffnen kann. Wir versammelten uns zu zweierlei Zwecken, um die gegenwärtigen Vereinbarungen zu treffen, welche durch den Krieg notwendig geworden sind, und auch um den Frieden der Welt nicht nur durch die jetzigen Vereinbarungen, sondern auch durch Abmachungen zu sichern, die wir auf der Konferenz zur weiteren Aufrechterhaltung des Friedens treffen. Der Völkerbund scheint mir notwendig für beide Zwecke. Es bestehen mancherlei komplizierte Fragen, die mit den gegenwärtigen Vereinbarungen zusammenhängen, und die vielleicht durch Entscheidungen, zu denen wir hier gelangen werden, nicht vollständig gelöst werden können. Es ist leicht begreiflich, daß manche Vereinbarungen noch nachherige Beratungen nötig machen, und daß viele Entscheidungen, die wir treffen, noch später gewisse Aufmerksamkeit erfordern. Denn sie entziehen sich, wenn ich nach meinem eigenen Studium einiger dieser

Fragen urteile, gegenwärtig der verlässlichen Beurteilung. Es ist daher nötig, daß wir irgendeine Einrichtung treffen, durch die die Arbeit der Konferenz vervollständigt wird.

Wir versammeln uns hier zu einem Zweck, der über die Festsetzung der gegenwärtig erforderlichen Vereinbarungen hinausgeht; wir versammeln uns unter besonderen Verhältnissen der öffentlichen Meinung der ganzen Menschheit. Ich kann ohne Übertreibung sagen, daß wir nicht die Vertreter der Regierungen sondern der Völker sind. Es genügt nicht, irgendwo nur die Regierungskreise zufriedenzustellen. Es ist nötig, daß wir die öffentliche Meinung der ganzen Welt zufriedenstellen.

Der Krieg hat in ungewöhnlichem Grade die Bevölkerung aller davon betroffenen Länder in Mitleidenschaft gezogen. Ich brauche vor Ihnen nicht das Bild zu entwerfen, wie die Lasten des Krieges von der Front auf die Schultern der Greise, Frauen und Kinder in den Häusern der zivilisierten Welt zurückschlugen, und wie der wirkliche Druck des Krieges da zur Auswirkung kam, wohin das Auge der Regierung nicht reichte, wo aber das Herz der Menschheit schlug. Nun bitten diese Menschen, einen Frieden zu schließen, der sie schützt. Wir haben daher die heilige Pflicht, dauerhafte Abmachungen zu treffen, die verbürgen, daß Gerechtigkeit geschieht, und daß der Friede gesichert wird. Dies ist der Hauptzweck unserer Zusammenkunft. Das Unternehmen der Nationen für den Frieden und die Gerechtigkeit muß für die Dauer sein. In dieser Hinsicht sind die Vereinigten Staaten daran weniger interessiert als die anderen hier versammelten Nationen, da es bei ihnen weniger als bei den vielen anderen Nationen wahrscheinlich ist, daß sie unter feindlichen Angriffen leiden werden. Der Eifer der Vereinigten Staaten entspringt nicht Furcht und Argwohn, sondern ihren Idealen. Die Vereinigten Staaten würden das Gefühl haben, nicht an der Garantie für diese europäischen Regelungen teilnehmen zu können, wenn diese Garantie nicht die dauernde Überwachung des Weltfriedens durch die assoziierten Nationen der Welt einschließt. Daher müssen

wir den Völkerbund zu einer Lebensfrage machen, nicht zu einer formalen Angelegenheit, nicht zu einer Gelegenheitsfrage, einem Ding, das nur manchmal ins Leben gerufen wird, um dringenden Anforderungen zu genügen, sondern zu einem Wesen, das alle Zeiten tätig ist, um die Interessen der Nationen zu überwachen, und dessen Fortbestehen notwendig ist. Es soll das Auge der Nationen sein, das über die gemeinsamen Interessen wacht. Wenn wir es nicht zu etwas machen, das dem Leben dient, was würden wir dann tun? Wir werden dann die Erwartungen der Völker enttäuschen. Die auserwählten Klassen sind nicht mehr die Herrscher der Menschen; das Schicksal der Menschheit liegt jetzt in der ganzen Welt in der Hand des einfachen Mannes; ihm Genüge zu tun, heißt nicht nur das Vertrauen, das man in uns gesetzt hat, rechtfertigen, sondern auch den Frieden errichten. Wenn man ihm nicht Genüge tut, wird keine Abmachung, die man trifft, den Frieden der Welt begründen oder festigen. Ich glaube, meine Herren, Sie können sich die Gefühle und Absichten der Vertreter der Vereinigten Staaten, mit denen Sie diesen großen Plan für den Völkerbund unterstützen, vorstellen. Wir betrachten ihn als den **Grundstein des ganzen Programms**, in dem unsere Absichten, unser Ideal in diesem Kriege zum Ausdruck gelangen, und als etwas, was die assoziierten Nationen als Grundlage für die Regelungen angenommen haben. Wenn wir nach den Vereinigten Staaten zurückkehren würden, ohne alles, was in unserer Macht liegt, aufgeboten zu haben, um dieses Programm zu verwirklichen, so würden wir uns den wohlverdienten Zorn unserer Mitbürger zuziehen, denn sie bilden eine große demokratische Gemeinde; sie erwarten, daß ihre Führer ihre Gedanken aussprechen und nicht ihre eigenen Privatziele verfolgen; sie erwarten, daß ihre Vertreter ihre Diener sind. Wir haben keine andre Wahl, als ihrem Auftrage zu gehorchen. Wir unterziehen uns dieser Aufgabe mit der größten Begeisterung und Freude, und darum, weil es sich um die Grundlage dieses ganzen Baues handelt, haben wir unser ganzes Denken in seinen Dienst gestellt. Wir würden es nicht wagen, auch nur einen ein-

zigen Punkt des Programms unserer Instruktionen umzu stoßen, wir werden nicht wagen, als Vorkämpfer der Sache dieses Weltfriedens in irgendeinem Punkte ein Kompromiß zu schließen. In dieser gerechten Haltung, diesem Grundsatz, daß wir nicht die Herren irgendeines Volkes sind, müssen wir darauf sehen, daß jedes Volk der Welt seine eigenen Herren wählen und sein eigenes Schicksal bestimmen soll, nicht wie wir es wünschen, sondern wie es selbst wünscht. Wir sind, kurz gesagt, zu dem Zwecke hier, darauf zu halten, daß auch mit den Grundlagen dieses Krieges aufgeräumt wird, jenen Grundlagen, die von kleinen Koterien von Herrschern und Militärstäben gelegt worden sind, den Grundlagen des Angriffs großer Mächte auf kleine, des Zusammenhaltens von Reichen mit widerstrebenden Untertanen durch den Zwang der Waffen, durch die Macht kleiner Körperschaften, die Menschen dazu zwingt, ihren Willen auszuführen, und sich der Menschen bedient, als ob sie Figuren in einem Spiele wären. Nichts Geringeres als die Befreiung der Welt von diesen Dingen wird den Frieden herbeiführen.

Sie können daraus ersehen, daß die Vertreter der Vereinigten Staaten aus diesem Grunde niemals in Verlegenheit darüber gebracht werden, welchen Weg sie als den zweckmäßigsten einschlagen sollen, weil sie für sich unabänderliche Grundsätze festgelegt haben; und diese Grundlinien für eine Regelung wurden, Gott sei Dank, von allen den hochherzigen Männern angenommen, die mit denen, die diesem großen Unternehmen dienen, zu tun hatten. Ich hoffe, daß wir, wenn es bekannt wird, daß wir die Grundsätze des Völkerbundes angenommen haben und diese Grundsätze durch eine wirksame Aktion auszuarbeiten beabsichtigen, schon dadurch allein einen großen Teil der Sorgen, die die Herzen der Menschen auf der ganzen Welt bedrücken, entfernen. Wir befinden uns in einer eigentümlichen Lage. Wenn ich hier durch die Straßen gehe, sehe ich überall die amerikanische Uniform. Diese Männer kamen in den Krieg, nachdem wir bereits unsere Absichten ausgesprochen hatten; sie kamen als Kreuzfahrer, nicht nur um den Krieg zu gewinnen, sondern um der

guten Sache zum Siege zu verhelfen. Ich schulde ihnen Verantwortung, denn mir ist die Aufgabe zugefallen, das Programm, für das ich sie zum Kampfe aufforderte, zu formulieren, und ich muß um jeden Preis ebenso wie sie als Kreuzfahrer für diese Dinge eintreten, um, was immer auch geschehen mag, das Ziel, für das sie kämpften, zu erreichen. Ich habe zu meiner Freude von Tag zu Tag mehr gefunden, daß wir in dieser Sache nicht allein stehen, denn überall finden sich Verfechter dieser guten Sache. Ich sage das nur, damit Sie verstehen, warum gerade wir, die wir an der Politik dieses großen Kontinents und des Orients nicht interessiert sind, so viel darauf hinweisen, daß dies der Grundstein des Gebäudes ist, und warum unser Vorsitzender, Herr Clemenceau, gerade mich dazu aufforderte, diese Debatte zu eröffnen. Das geschah nicht, weil wir allein diese Idee vertreten, sondern weil es unser Vorrecht ist, uns mit Ihnen in der Vertretung dieses Ideals zu vereinigen. Ich habe nur versucht, Ihnen in dem, was ich sagte, ein Bild von der Quelle der Begeisterung zu geben, die wir für diese Sache fühlen. Denn es scheint mir, daß diese Quelle aus all den alten Unbilden und Sympathien der Menschheit hervorströmt, es scheint, daß bei diesem Unternehmen der innerste Pulsschlag der Welt fühlbar wird.

Ein kalter Wasserstrahl nach Warschau, Prag und Bukarest (Erfolglosigkeit annexionistischer Raubzüge) 24. 1. 1919

Wilson hat bereits bedeutsame Erfolge in Paris erzielt: Schon klingt das Geschrei der Annexionisten in der Ententewelt gedämpft. Italien räumt Istrien und sucht wieder Anschluß an Deutschland; die Frage der Kolonien ist Völkerbundsfrage geworden; man munkelt in Paris, Wilson plante die vorläufige Übernahme der Weltkriegskosten von 750 Milliarden Mark auf den Völkerbund; die Politik der Interventionisten gegen Rußland wurde durch Einladung der Russen

zur Friedenskonferenz und zur Vorkonferenz auf den Prinzeninseln gestört; die Russen freilich haben bis jetzt abgelehnt; sie fordern Verhandlungen von Proletariat zu Proletariat. Japans Vorbehalte hinsichtlich des Völkerbunds sollen in Paris wie ein Donner Schlag gewirkt haben. — Wilsons schwerste Kämpfe stehen noch bevor, Kämpfe für die großen Ideale der Menschheit. Noch ist alles in Dunkel gehüllt. Aber die Welt wird in einem Jahre anders aussehen. — An die nach dem Prinzip „Gewalt geht vor Recht“ vollendete Tatsachen schaffenden Polen, Tschechen, Jugoslawen, Ukrainer und Rumänen erließ Wilson am 24. 1. 1919 folgende nicht mißzuverstehende Warnung: Die Regierungen, die gegenwärtig zu einer Konferenz versammelt sind, um einen dauerhaften Frieden zwischen den Nationen zu schaffen, sind sehr bewegt von den Nachrichten, die ihnen aus verschiedenen Ländern Europas und des Orients wiederholt zukommen, wonach von der Gewalt Gebrauch gemacht wurde, um von Gebieten Besitz zu ergreifen, über deren rechtmäßige Rückforderung die Friedenskonferenz zu bestimmen berufen ist. Die Regierungen sind der Ansicht, daß sie die Pflicht haben, eine feierliche Warnung abzugeben und zu erklären, daß jeder Besitz, der mit Hilfe der Gewalt erlangt wurde, der Sache derjenigen den größten Schaden zufügt, die zu solchen Mitteln greifen. Diejenigen, die Gewalt anwenden, lassen die Vermutung aufkommen, daß sie an der Gerechtigkeit und an der Rechtsgültigkeit ihrer Forderungen zweifeln, daß sie ihren Besitz an Stelle des Beweises ihres Rechts zu setzen gedenken, und daß sie ihre Souveränität mehr auf die Gewalt gründen wollen als auf die nationale oder Rassenzugehörigkeit und auf die von der Geschichte geschaffenen natürlichen Bande. Dadurch werfen sie einen Schatten auf alle Rechtstitel, die sie später geltend machen könnten, und sie bekunden ihr Mißtrauen gegenüber der Friedenskonferenz selbst. Hieraus können nur die unheilvollsten Ergebnisse hervorgehen. Wenn sie die Gerechtigkeit wollen, so müssen sie auf die Anwendung der Gewalt Verzicht leisten und ihre Forderungen in einer Art und Weise den Händen der Friedenskonferenz anvertrauen, die keinen Zweifel über ihren guten Glauben zurückläßt.

II.

Aus Wilsons Schriften

Geleitwort

des Präsidenten Dr. Woodrow Wilson zur deutschen
Ausgabe seines Werkes über den Staat*

Es gereicht mir zur besonderen Freude, daß an meinem Buch über den „Staat“ im deutschen Volke so viel Interesse vorhanden ist, um das Erscheinen einer deutschen Übersetzung gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Alle Völker können nur gewinnen von dem gegenseitigen Austausch geistiger Güter. Das amerikanische Volk verdankt der geistigen Befruchtung durch Deutschland so viel, daß es einem jeden Amerikaner nur große Genugtuung bereiten kann, wenn auch Werke amerikanischer Autoren in Deutschland Verbreitung und Anerkennung finden, zumal wenn sie, wie in diesem Fall, ihrerseits vielfach auf der deutschen Fachliteratur fußen.**

Woodrow Wilson

* Günther Thomas Übersetzung von Dr. Woodrow Wilson: Der Staat Elemente historischer und praktischer Politik. Berlin – Leipzig. Hermann Hillger Verlag. 1913.

** Wilson hat besonders das Handbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart von Prof. Heinrich Marquardsen in Erlangen benutzt.

Urteil über die Revolution in Frankreich 1789

Etwas zum Nachdenken

Der ganze kunstvolle Bau des Staates ging im Sturm der Revolution für einen Augenblick in Trümmer. Aber als die Revolutionäre ihr fürchterliches Zerstörungswerk vollendet hatten, sahen auch sie sich der Aufgabe gegenüber, die früher dem Monarchen, den sie entthront und hingerichtet hatten, obgelegen hatte, nämlich der, zu regieren, und bald zeigte sich, daß sie ebenfalls unfähig waren, das alte Regierungssystem zu verbessern. Indem sie die Unverletzbarkeit der Souveränität des Königs verneinten, proklamierten sie mit Hurra die absolute Souveränität des Volkes. Aber Nationalversammlung und Konvent konnten auch nicht mehr tun, als sich selbst, als den Vertretern des Volkes, alle Gewalt anzumaßen und an des Königs Statt, aber durch die alten Werkzeuge des Königs zu regieren. Sie brachten eine neue Auffassung zum Ausdruck, aber einen neuen Rahmen für die Verwaltung vermochten sie nicht herzustellen. Das Ergebnis war Konfusion, Regierung durch Kommissionen, die Schreckenszeit — und Napoleon.

Friedrich der Große (Westpreußen — deutsch)

Der große Friedrich eroberte Schlesien von Österreich und füllte dann, indem er an der herzlosen und skandalösen Teilung Polens im Jahre 1772 teilnahm, die Lücke zwischen Brandenburg und Ostpreußen durch den Erwerb von Westpreußen mit dem Nehedistrikt aus, welches Gebiet bereits gänzlich germanisiert war.*

Das Deutsche Reich

Den letzten Antrieb zur Erreichung vollständiger nationaler Einigkeit brachte der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71. Die glänzenden Erfolge Preußens in diesem Kampfe, der im Interesse des deutschen Patriotismus gegen französische Unverschämtheit geführt wurde, machte der

* Die Polen wollen demgegenüber jetzt durch Gewalt den Friedenskongreß vor vollendete Tatsachen stellen, die der wahren Sachlage nicht entsprechen.

kühlen Zurückhaltung der Mittelstaaten ihrem großen Nachbarn im Norden gegenüber ein Ende; sie vereinigten sich mit dem übrigen Deutschland, und das Deutsche Reich wurde im Königschloß zu Versailles am 18. Januar 1871 begründet.*

Österreich-Ungarn

Österreichs geschichtliche Stellung

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts stand Österreich an der Spitze des Deutschen Bundes. Erst 1866 wurde ihm die Führerschaft in Deutschland entrisen, und seitdem hat es die schwierige Aufgabe zu bewältigen, die vielsprachigen Völker der Doppelmonarchie miteinander zu verschmelzen.

Böhmen

Böhmen war ein in Deutschlands Seite getriebener slawischer Pfahl. Als Zankapfel zwischen feindlichen Mächten wurde viel um seinen Besitz gestritten. Nach wechselnden Kämpfen verschiedener Nachbarn fiel es schließlich in deutsche Hände und wurde zu einem Anhängsel des Reiches. Als solches wurde es von den Habsburgern in Besitz genommen, als sein Thron mit dem Aussterben des luxemburgischen Fürsten erledigt war. Im Jahre 1526 wurde es vollständig habsburgischer Hausbesitz.

Mähren

Auch Mähren ist seit langem ein slawisches Land. Dort vertrieben in früheren Zeiten die Slawen ihre germanischen Vorgänger und wurden an ihrer Vereinigung mit den Slawen des Südostens zur Bildung eines großen Slawenreiches nur durch das Dazwischentreten der Magyaren als der Eroberer Ungarns verhindert. Dieses Herrenvolk warf sich im 10. Jahrhundert zwischen die Slawen des Nordwestens und des Südostens und machte dem einstigen Großmähren ein Ende, indem

* Elsaß-Lothringen erwähnt Wilson in seinen Schriften niemals in dem Sinne einer abfälligen Kritik der Bismarckschen Politik. Auch den Elsaß-Lothringern muß die Wahl freistehen, ob sie zu Deutschland oder Frankreich gehören oder einen selbständigen Staat bilden wollen. (Vgl. Forderung der Autonomistenpartei vom 29. 1. 19 an Wilson.)

es sie auf die jetzige Provinz Mähren beschränkte. Nachdem es von Ungarn, Polen und Böhmen hart umstritten war, wurde Mähren schließlich mit dem slawischen Böhmen vereinigt (1029) und ging mit diesem an Österreich über.

Ungarn

Ungarn ist das Land der Magyaren, eines turanischen Volkes, das selbst heute noch bestimmte orientalische Züge in Gewohnheiten und Auftreten mitten unter den es umgebenden eingeborenen europäischen Völkern bewahrt. Nachdem Ungarn dem allgemeinen Schicksal beim Zusammenbruch des römischen Reiches, von verschiedenen Volksstämmen überlaufen zu werden, nicht entgangen war, wurde es 889 von dem magyarischen König Arpad, dem Eroberer, in Besitz genommen. Im Jahre 1000 erhielt der König Ladislaus, der 997 zur Regierung gekommen war, von Papst Sylvester II. den Titel „Apostolischer König von Ungarn“, und unter dem Namen Stephan wurde er der erste einer Reihe von magyarischen Monarchen, die den Thron bis 1301 innehatten. Von da bis 1526 gelangten verschiedene Familien zur Herrschaft. In dieser Zeit fiel Ungarn auch unter die Gewalt der Türken, die seit 1453 Konstantinopel besaßen. In der Schlacht von Mohacs (1526) wurden die Ungarn von Soliman, dem Prächtigen, vernichtend geschlagen und ihr König Ludwig getötet. Ludwig hinterließ keine Kinder; seine Witwe Maria war die Schwester Ferdinands I. von Österreich, und ihrem Einfluß war es zuzuschreiben, daß die mächtige Adelspartei den Habsburger zum König wählte und so Österreich dauernd in den ungarischen Sattel setzte. Erst in den Jahren von 1665—1671, einer Periode mehrfacher Aufstände in Ungarn, wurden die Habsburger, die bis dahin immer nur zu Königen gewählt worden waren, erbliche Könige Ungarns.

Transylvanien, Slawonien, Kroatien (Jugoslawen)

Transylvanien, Slawonien und Kroatien sind zu verschiedenen Zeiten von Ungarn annektiert worden und gingen mit diesem in den Besitz des Hauses Habsburg über. Mit Ausnahme

der Zeit von 1848—1867, der Jahre der ungarischen Revolution, bis zum Ausgleich sind diese Provinzen Anhängsel Ungarns geblieben, obwohl Kroatien eine besondere Stellung einnimmt und einen Vertreter im ungarischen Ministerium besitzt.

Galizien, Dalmatien

Galizien, ein vielumstrittenes und oft geteiltes Land, das eine Zeitlang zu Polen gehört hatte, kam an Österreich bei der ersten Teilung Polens 1772. Dalmatien, einst ein Teil des alten Illyrien, später im Besitze Venedigs, ebenfalls viel umworben und abwechselnd im Besitze von Kroatien und Ungarn, wurde von Österreich im Frieden von Campo Formio 1797 erworben.

Österreichs Völkergemisch

Die Hauptschwierigkeit hat für eine jede Regierung in der ganzen Geschichte der österreichisch-ungarischen Politik die Verschiedenartigkeit der Völkerschaften der Monarchie geboten. In erster Linie steht der dreifache Kampf zwischen Deutschen, Slawen und Magyaren. Innerhalb dieser größeren Gruppen unterscheiden sich wiederum die Slawen untereinander durch manche scharfe Verschiedenheiten der Geschichte, der Sprache und der Religion, und dazu kommt noch ein Gemisch von Italienern, Kroaten, Serben, Rumänen, Juden, Angehörigen fast jeder Rasse und jeden Volkes des östlichen Europas. Diese Mannigfaltigkeit springt noch mehr in die Augen, wenn man berücksichtigt, daß nur die Tschechen in einem angestammten Lande wohnen, in dem sie die Mehrheit besitzen. In Böhmen und Mähren bilden die Tschechen erheblich mehr als die Hälfte der Bevölkerung, während die Magyaren in Ungarn zwar stärker sind als jeder andere Bevölkerungsteil, aber doch weniger als die Hälfte der Gesamtheit ausmachen, und obwohl in Österreich die Deutschen in den mittleren Provinzen, die man als das eigentliche Österreich bezeichnen kann, bei weitem in der Mehrheit sind, so stellen sie doch wenig mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung Österreichs dar.

Die Bestrebungen der Tschechen

Ferner ringen wenigstens zwei von diesen vielen Völkerschaften eifrig, andauernd und hartnäckig nach Selbständigkeit. Keine Enttäuschung in ihren Bestrebungen scheint groß genug zu sein, um die Tschechen mit ihrem Aufgehen in Osterreich zu versöhnen. Rassenstolz und die Erinnerung einer bemerkenswerten und ausgezeichneten Geschichte setzen sie immer von neuem in Widerspruch zu den Deutschen, die mit ihnen zusammenwohnen, und zu der Regierung, die über ihnen steht. Sie verlangen wenigstens denselben Grad von Selbständigkeit, der Ungarn gewährt worden ist.

England

Die Regierung der englischen Kolonien

Zu den bedeutendsten und wichtigsten Ereignissen der neueren Geschichte gehört die weite Verbreitung des englischen Volkes, des englischen Handels, der Vorherrschaft englischer Einrichtungen, die Lenkung der Geschicke der Hälfte unserer Erde durch das englische Volk. Als von den Türken im Osten die Türen verschlossen wurden und sich infolgedessen Europa vom Mittelmeere dem Atlantischen Ozean zuwandte, wurde England mit einem Schlage an die Spitze der Völker des Festlandes gestellt, hinter denen es bis dahin zurückgestanden hatte, und damit nahm eine politische Umwälzung von tiefgehender Bedeutung ihren Anfang. Bald überwältigte England seine Rivalen Holland, Spanien und Portugal im Kampfe um die Oberherrschaft auf dem Atlantischen Ozean und den neuentdeckten Kontinenten. Langsam, Schritt für Schritt, nahm es Besitz von fast jedem neuen Land in jedem Weltteil, das überhaupt der Besitznahme wert war. Aber mit seinen Eroberungen und seinen Ansiedlern verbreiteten sich auch seine politischen Einrichtungen, so daß jetzt überall das englische Volk als Vorbild für das Leben freier Männer, seine Einrichtungen als Vorbilder der Einrichtungen freiheitlicher Regierungen gelten.

Kolonialpolitik

Nur langsam jedoch hat England begriffen, welche Politik seinen Kolonien gegenüber die richtige war. Wie Rom begann es damit, seine Kolonien lediglich als Besitzungen zu betrachten, die man ausbeuten konnte. Es bedurfte des Verlustes Amerikas, um es zu belehren, wie kurzfristig eine solche Politik war. Aber ungleich Rom war es glücklich genug, den besten Teil seiner Besitzungen zu verlieren, ohne selbst dabei unterzugehen, und selbst nach dem Verlust Amerikas fand es Zeit und Gelegenheit, ein neues, kaum weniger großes Kolonialreich aufzubauen.

Allgemeine Fragen der Politik

Entwicklung von Verfassung und Verwaltung Stetigkeit in der Entwicklung

Vom ersten Morgendämmern der Geschichte bis zum heutigen Tage hat sich das Gesetz des Zusammenhanges und der Stetigkeit in der politischen Entwicklung fast lückenlos bewährt. Die auswählende Tätigkeit des Menschen hat auf allen Stufen dieses großen politischen Weltprozesses ihren Anteil an der Gestaltung von Einrichtungen gehabt, aber niemals ist eine sprunghafte Entwicklung wahrzunehmen; der Einfluß des Menschen ist darauf beschränkt worden, jeweilig eine Anpassung an die augenblicklichen Verhältnisse herbeizuführen, plumpe Eingriffe sind stets vermieden worden. Politische Einrichtungen, wie Sitten und alle anderen Formen des Lebens und der Lebenshaltung, mußten auf die langsame, fast unmerkliche Entstehung von Gewohnheiten warten. Selbst die absolutesten Monarchen mußten die Stimmung ihrer Untertanen kennen lernen, Überlieferungen beachten und Vorurteile respektieren; die eifrigsten Reformer haben lernen müssen, daß sie sich selbst jeglicher Macht beraubten, wenn sie den schwerfälligen Massen zu weit voraneilten. Auf eine Revolution ist stets eine Reaktion gefolgt, eine Rückkehr zu einer noch etwas langsameren politischen Entwicklung. Eine

solche läßt sich nicht erzwingen, und es sind politische Einrichtungen ebenso allmählich entstanden wie soziale Beziehungen; sie haben sich infolge neuer Umstände, nicht aber auf Grund neuer Theorien gewandelt.

Germanisches Recht

Im germanischen Recht haben wir ein Beispiel für den Einfluß, den der Nationalcharakter auf die Rechtssysteme ausübt, ebenso wie beim römischen Recht, und das Beispiel wird noch lehrreicher, wenn man es mit dem römischen Recht vergleicht, weil die Gegensätze zwischen den Rechtsbegriffen der Römer und der Germanen so scharf und groß sind. Obwohl sie den Römern an praktischem politischem Scharfsinn und an gesundem Menschenverstand in juristischer Beziehung ebenbürtig waren, hatten die Germanen doch ganz andre Auffassungen von der Grundlage und Natur des Rechtes. Ihr Recht stellte die Macht des Staates nicht auf eine so hohe Stufe, und infolgedessen war bei ihnen auch keine so intensive Verwirklichung organischer Einheitlichkeit möglich. Dem einzelnen Germanen wurde gewissermaßen ein weites Feld der Betätigung außerhalb des Rechts belassen, seine Rechte waren keine relativen, sondern absolute, in ihm selbst ruhende. Es war viel mehr der Zweck der öffentlichen Einrichtungen, dem Individuum Wert und Freiheit zu verschaffen, als ein fest geschlossenes, allbeherrschendes Gemeinwesen zu errichten. Das germanische Recht dachte daher nicht an eine systematische Gleichmachung, sondern es nahm sehr sorgfältig darauf Bedacht, der Betätigung der Individualität den größtmöglichen Spielraum zu verschaffen, was schließlich Ungleichheit zur unvermeidlichen Folge hatte. Es war ein elastischer Rahmen für das Spiel individueller Kräfte.* Es fehlte ihm die organische Energie, die vereinte, siegreiche Stärke des römischen Systems, aber es barg unermeßliche Schätze der Man-

* Amerika ist das einzige moderne Land, in dem in ähnlicher Weise das Prinzip eines schrankenlosen Individualismus noch heute gilt. — Die Aussicht des Staates über den Bürger hat sich aufs äußerste zu beschränken; vgl. Lincoln: Amerikanische Demokratie heißt: Alles für das Volk und durch das Volk.

nigfaltigkeit und der erfolgreichen Betätigung des Einzelnen. Es entsprach nicht weniger als das römische Recht vollständig dem Nationalcharakter, und es war bestimmt, der europäischen Geschichte denjenigen Beitrag zu leisten, den zu leisten das römische System nicht imstande war.

Das Recht

Anfangs durch die langsam zu Gehör kommende Stimme des allgemeinen Herkommens, spricht das Recht später deutlich in der mannigfaltigen, immer lebendigen Sprache der Gesetzgebung. Es nimmt mit dem Anwachsen des Gemeinwesens an Umfang zu, es kann dem Bewußtsein des Gemeinwesens nicht vorausseilen, es kann dessen Anschauungen nicht überdauern und dabei seine Lebenskraft behalten. Es spiegelt den sozialen Fortschritt wider. Wenn es dem Geist seiner Zeit in der Entwicklung vorausseilt, so muß es warten, bis ihm Urteil und Auffassung der Menge nachfolgen. Wenn es hinter dem Urteil und der Auffassung der Allgemeinheit herhinkt, veraltet es, und es wird der Bruch des Gesetzes mehr geehrt als die Befolgung.

Der moderne Staat und der Sozialismus

Der moderne Staat ist stark entsozialisiert worden. Heute herrscht die Auffassung vor, daß der Staat nicht mehr das Individuum absorbiert, sondern im Gegenteil dessen Diener ist. Der Staat ist, wie er in seinem Organ, der Regierung, erscheint, der Repräsentant des Einzelnen und nicht einmal das, soweit es nicht ausdrücklich durch die Verfassung bestimmt ist, während im übrigen jeder Mensch seine sozialen Beziehungen nach seinem Belieben gestaltet. Der alte Grundsatz: „Das Individuum für den Staat“ ist umgekehrt worden und lautet heute: „Der Staat für das Individuum“.

Sozialismus und moderne Industrieorganisation

Man kann in der Tat den Enthusiasmus der eigenartigen Klasse von Politikern, denen wir den hohen Namen „Sozialisten“ beigelegt haben, verstehen und sogar in gewissem

Grade mit ihnen sympathisieren. Ihre Forderungen auf dem Gebiet der sozialen Reform und Regeneration, die sie mit so heißem Bemühen verfechten, haben immerhin, so verkehrt sie auch sein mögen — und sicherlich sind die meisten von ihnen verkehrt genug, um Kinder zum Lachen zu bringen —, einen richtigen Kern: sie wollen den Einzelnen mit seinen persönlichen Sonderinteressen in vollständige Harmonie mit der Gesellschaft, mit deren allgemeinen und gemeinsamen Interessen bringen. Ihre Methode läuft immer auf eine Art von Zusammenwirken hinaus, auf die Förderung gegenseitiger Unterstützung. Auch sie lehnen sich gegen den selbstsüchtigen, irgeleiteten Individualismus auf, und sicherlich hat der moderne Individualismus zu viel Hassenswertes, um lange bestehen zu können. Die moderne Organisation der Industrie hat die Konkurrenz so verschlimmert, daß zuweilen einige Wenige die Macht in Händen haben, um die Vielen zu unterdrücken, daß sich die Reichen und Starken gegen die Armen und Schwachen vereinigen. Sie hat dem Bibelwort, daß „dem gegeben wird, der viel hat, und dem genommen wird, der wenig hat“, eine furchtbar materielle Bedeutung verliehen. Sie hat das Selbstinteresse, das nur gierig zusammenraffende Selbstsucht ist, vergrößert und nicht nur Liebe und Mitleid, sondern auch zugleich die freie Konkurrenz erstickt. Es wäre sicherlich besser, rufen die Sozialisten aus, die Konkurrenz vollständig auszurotten, indem alle Menschen gleichmäßig der öffentlichen Gewalt, einem allgemeinen Gesetz sozialen Zusammenwirkens, unterworfen werden! Aber hier steckt auch der Fehler des Sozialismus: nicht die Konkurrenz an sich ist schädlich, sondern die unehrliche Konkurrenz, wo nur Vorwand und Form vorhanden sind, aber Substanz und Wirklichkeit fehlen.

Ein Mittelweg

Es gibt einen Mittelweg. Die Forderungen der Sozialisten kann die Gesellschaft nicht bewilligen, wenn sie am Leben bleiben will, und ein Vorschlag

der die vollständige Kontrolle der Regierung über die Einzelnen bedeutet und sich wesentlich von jenen Forderungen unterscheidet, ist noch nicht gemacht worden.

Es muß eine bessere Lehre gefunden werden, die dem Einzelnen weiten Spielraum für seine Selbstentwicklung beläßt und ihn zugleich gegen vernichtende Konkurrenz schützt und den Gegensatz zwischen der Selbstentwicklung des Einzelnen und der sozialen Entwicklung auf ein Minimum reduziert, und eine solche Lehre läßt sich unzweifelhaft aufstellen.

Fortschritt*

Fortschritt! Das ist fast ein neues Wort. Kein Wort kommt öfter und unwillkürlicher über die Lippen des modernen Menschen; es ist, als sei sein Sinn fast ein Synonym für das Leben selbst; und doch hat die Menschheit durch viele Jahrtausende niemals von Fortschritt gesprochen und an Fortschritt gedacht. Ihr Denken hatte eine andre Richtung. Ihre Schilderungen von Heldentaten und Ruhm waren Geschichten von der Vergangenheit. Heute ist das anders. Nicht der Vergangenheit, sondern der Zukunft gedenken wir als jener herrlichen Zeit, an der gemessen die Gegenwart nichts bedeutet. Fortschritt, Entwicklung sind moderne Worte. Das moderne Denken verläßt das Vergangene und drängt dem Neuen entgegen.

Achtung vor dem Genius des Volkes

Blicke ich auf den Gang der Geschichte und den Werdegang Amerikas zurück, dann finde ich es auf jeder Seite geschrieben: vom Boden aus werden Nationen erneuert und nicht von der Spitze; der Genius, der aus der Masse der Namenlosen hervorgeht, erneuert Jugend und Tatkraft des Volkes. Was ich von Geschichte kenne, jede kleinste Erfahrung und Beobachtung, die mein Denken beeinflusst, bestätigt mir die Überzeugung: die wirkliche Lebens-

* Aus Wilsons Buch: Die neue Freiheit, in der Übersetzung von Winand

weisheit ersteht aus den Erfahrungen einfacher Menschen. Die Nutzbarkeit, die Lebenskraft und die Früchte des Daseins gehen nicht von der Höhe zur Tiefe; sie streben gleich dem Wachstum eines Baumes vom Boden empor und ziehen durch Stamm und Zweige in Laub, Blüten und Früchte.

Die großen, mit dem Leben ringenden unbekanntten Massen sind die Grundlagen aller Geschicke; sie sind die dynamische Gewalt, die das Niveau menschlicher Gesellschaft emportreibt. Eine Nation ist so groß und nur so groß wie die Summe ihrer Gesamtheit.

Darum ist es heute die erste und größte Aufgabe unserer Nation, in die Gemeinschaft der Regierenden die großen Scharen jener namenlosen Menschen aufzunehmen, aus denen unsere künftigen Führer hervorgehen und durch die die Tatkraft der Nation erneuert wird.

Ich weiß, was ich sage, wenn ich das ausspreche und meinen Glauben an den einfachen Mann bekenne. Der Mensch, der gegen den Strom schwimmt, kennt die Stärke der Strömung. Der Mann, der im Handgemenge steht, weiß, wie Hiebe fallen und wie Blut vergossen wird. Der Mann, der noch im Kampfe um den Aufbau seiner Existenz steht, ist der Richter der Gegenwart, nicht der Mann, der sein Ziel erreicht hat. Der Mensch, der um sein Dasein ringt, ist der Mensch, der die Wirklichkeit kennt und dessen Meinung ich suche und von dessen Urteil ich geführt werde.

Die Hoffnung der Vereinigten Staaten bleibt für die Gegenwart und Zukunft die gleiche: daß aus unbekanntten Hütten und Häusern Männer kommen werden, die sich zu Führern unserer Industrie und unseres öffentlichen Lebens emporzuschwingen.

Allgemeines Wahlrecht und Pöbelherrschaft

Ich fürchte mich nicht davor, daß das ganze amerikanische Volk sich erhebt und etwas vollbringt; ich fürchte nur, daß das nicht geschieht. Und wenn ich höre, daß eine allgemeine Abstimmung das Regime des Pöbels genannt wird, so fühle

ich nur, daß der Mann, der so zu sprechen wagt, nicht das Recht hat, sich Amerikaner zu nennen. Aus der Masse eines nüchternen Volkes, das in einem freien Lande seinen Lebensunterhalt verdient, kann man nicht eine sinnlose, leidenschaftliche Gewalt machen. Man vergegenwärtige sich das Volk dieses großen Landes, wie es von der Meeresküste bis zu den Abhängen der Berge ruhig Mann um Mann zur Wahlurne geht, um sein Urteil über öffentliche Angelegenheiten abzugeben: ist das ein Abbild des Pöbels? —

Was ist ein Pöbel? Ein Pöbel ist eine Masse von Menschen, die in hitziger Berührung miteinander stehen und die durch unbeherrschte Leidenschaften dazu getrieben werden, unüberlegt Dinge zu tun, die sie am nächsten Tage bedauern werden.

Privatmonopole,

Trusts* und Freiheit des Wettbewerbs

Wir wollen darauf hinarbeiten, private Monopole gesetzlich zu verhindern. Wir wollen, daß die Niederdrückung des Unternehmungsgeistes des Einzelnen aufhöre, auf daß die heranwachsende Generation es nicht nötig habe, Schützling herablassender Trusts zu sein, sondern ihr Leben frei nach eigenem Willen gestalten kann.

Dann werden wir wieder aus dem vollen Becher der Freiheit trinken, dem einzigen, der je den Geist eines Volkes erfrischt und erneuert hat.

Es gibt nur ein Mittel, um ein freies Land zu schaffen: setzet dafür, daß unter jeder Jacke ein freies und hoffnungsvolles Herz schlage!

* Wilson, der in Deutschland so oft als Werkzeug der Milliardenäre verschrien worden ist, ist Präsident, gerade weil er gegen die Auswüchse der Trusts immer die Politik des kleinen Mannes vertrat. So setzte er schon während des Kriegs eine 90%ige Kriegsgewinnsteuer durch und will jetzt gewaltige Summen der amerikanischen Kriegsdarlehen den schuldnerischen Staaten einfach . . . schenken!

Freiheit

Wäre das nicht die erhebenste Vorstellung, die wir von der Freiheit haben können: die Vorstellung einer Gabe, die Männer und Frauen von allem befreit, was sie verhindert, ihr Bestes zu leisten und ihr Bestes zu wollen?

Die Freiheit soll der Tatkraft aller den weitesten Spielraum gewähren, soll ihren Ehrgeiz befreien, bis keine Grenzen ihn mehr umschließen, und die Geister aller mit dem Jubelgefühl einer Hoffnung erfüllen, die verwirklicht werden kann.

Das Wohlergehen der Massen: Vorbedingung eines gesunden Staatslebens

Das Wohlergehen, das Glück, die Tatkraft und die Zuversicht der Männer und Frauen, welche Tag für Tag in Bergwerken, Fabriken, Eisenbahnen, Kontoren und Handelshäfen, auf den Farmen und auf der See arbeiten, ist die notwendige Vorbedingung für das Gedeihen der Nation, nicht der Reichtum weniger. Es kann keine Gesundheit geben, wenn jene nicht gesund, keine Zufriedenheit, wenn jene nicht zufrieden sind.

Geschichtliche Grundlagen der Regierungsbetätigung

Was man auch immer in jedem einzelnen Falle darüber denken mag, ob Regelung und Kontrolle durch den Staat richtig oder wünschenswert ist: von einer Regel darf man unter keinen Umständen abweichen, und das ist die der historischen Kontinuität. In der Politik darf man nichts Radikales unternehmen. Man kann in der Politik niemals dauernde Werte schaffen, wenn man nicht auf langsame und allmähliche Entwicklung, auf sorgfältige Anpassung und allmähliche Wandlung durch organisches Entstehen Rücksicht nimmt. Sprungweise erreicht man nichts. Und weiter. Ein jedes Volk, eine jede Nation muß sich streng an die Richtlinien der eigenen Erfahrung halten. Nationen können sich ebensowenig wie Individuen Erfahrungen anderer leihen. Die Geschichte anderer Völker kann uns belehren, aber sie kann uns keine neuen

Bedingungen für unsere Betätigung verschaffen. Ein jedes Volk muß in steter Fühlung mit seiner Vergangenheit bleiben. Es kann seiner Bestimmung nicht sprungweise und in scharfen Kurven entgegengehen.

Der Kernpunkt des Ganzen ist somit der: der Zweck der Regierung ist die Förderung der Zwecke der Gesellschaft. Für die Tätigkeit der Regierung gilt Zusammenwirken als notwendige Regel. Der Weg politischer Entwicklung ist konservative Anpassung, Umwandlung alter Gewöhnung in neue, Benutzung alter Mittel für neue Zwecke.



Als Wilson seine Lehrtätigkeit als Professor aufgab, um sein öffentliches Leben als Berufspolitiker zu beginnen, begründete er seinen Entschluß mit folgenden Worten:

„Ich habe meine Schüler so lange gelehrt, wie es gemacht werden könnte, daß es Zeit wird, ihnen zu zeigen, daß es gemacht werden kann.“

des Verfassers

Der Sturz aus Weltherrschaftsnähe in tiefste Erniedrigung — das ist die harte Schule, in die die Vorsehung die Deutschen schickt, um sie zu einem politischen Volk zu machen. Aber noch scheinen die Deutschen das Abc des Lehrgangs: daß gesunde Innenpolitik nur bei gesunder Außenpolitik möglich ist, nicht begriffen zu haben.

Der Feind im Lande, Nationalkraft und Nationalvermögen vertan, an allen Grenzen feindseliger Zugriff, die Reichsmacht durch auseinandertreibende Kräfte bedroht, in Paris Vorfriedenskonferenz, täglich sich verschärfende Waffenstillstandsbedingungen, immer deutlicher drohender Wirtschaftszusammenbruch, — und trotz alledem in Deutschland Parteigezänk, Triumph eines jeder Verantwortung für das Gemeinwohl spottenden Egoismus, Bürgerkrieg!! —

Darum will die vorliegende Schrift, die jeder, ob arm oder reich, dem das Vaterland oder auch nur sein eignes Wohlergehen am Herzen liegt, lesen muß, emporreißen aus Haß, Hader und Selbstzerfleischung, will einem verzweifelnden Volke seine gewaltigen Aufgaben in den kommenden Jahren andeuten, will wieder Sonne hereinlassen in unsere Finsternis und will zu jedem einzelnen den Mann als Menschen und als Staatsmann sprechen lassen, der unser Schicksal ist und das der Welt:

Wilson.

Wir brauchen ihn. Aber er braucht auch uns, wenn er die sich bergehoch seinem Willen entgegentürmenden Schwierigkeiten

überwinden soll; er braucht Herz und Stimme jedes einzelnen. Er braucht gerade Deine Stimme!

Jeder, der die Worte Wilsons, die in ihrer schlichten Einfachheit wiedergegeben sind, ohne Voreingenommenheit liest, wird Vertrauen zu ihm fassen. Und aus dem Vertrauen wird der Glaube an die neuen Ziele der Menschheit geboren werden. Mit dem Glauben an den Sinn der neuen Weltordnung wird uns auch der verlorengegangene Glaube an uns selbst wiederkommen. Der Glaube an uns und unsere Zukunft wird in jedem einzelnen die Erkenntnis aufdämmern lassen, daß die sich überstürzende Jagd nach Rechten zum Zusammenbruch führt, daß eine Gesellschaftsordnung ohne Pflichten dem Untergang verfallen ist, daß das vornehmste Recht im Anspruch auf Pflichten und die wahre Freiheit im freiwilligen Entschluß zum Dienste für das Wohl der Allgemeinheit besteht. Dann wird von selber der Narrentanz um das Kalb aufhören, das längst nicht mehr von Gold, sondern von schmutzigem Papiere ist. Und das Bewußtsein, daß wir alle bitterarm geworden sind, wird uns wieder lehren, daß der wirkliche Reichtum des deutschen Volkes niemals in aufgehäuften Milliarden, sondern in den, heute nur unter dem Kriegsschlamm verschütteten, verborgenen Schätzen seines Wesens und seines Gemüts bestanden hat.

Diese Schätze sind es, die Wilson wieder heben kann, wenn er sein Wort hält, gerecht zu sein. Und er wird und kann es, wenn ihn der Glaube eines 70-Millionen-Volkes über die Hindernisse trägt, die ihm Unverstand und Verblendung bei Freund und Feind bereiten. Ist er aber gerecht, dann wird sich Wilson nicht mehr zu beklagen brauchen, daß er — selbst bei seinen eignen Landsleuten — einsam und unverstanden sei; die Dankbarkeit der Völker der Welt wird ihm lohnen, auch wenn manche Hoffnung der Regierungen durch den Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit in Stücke bricht.

Den Glauben an Wilson darf kein Zweifel lähmen, weil er uns bis jetzt noch nicht in unserer Rohstoff- und Nahrungsmittelnot geholfen habe.

Noch konnte er nicht. Und seien wir offen! — **Wahrhaftigkeit**

in allem und jedem tut uns not —: die Regierung, die die Revolutionstage emporgewirbelt hatte, besaß das Vertrauen des deutschen Volkes nicht und konnte darum auch Wilsons Vertrauen nicht finden. Die Regierung der ersten sechs Männer war innerlich gespalten; während die einen Hilferufe nach Amerika sandten, schielten die andern nach dem bolschewistischen Rußland. Der stille, schwere, nervenzerrüttende Kampf innerhalb der deutschen Regierung, für dessen Bestehen das Volk den Ebert und Scheidemann aufrichtigen Dank schuldet, blieb dem Ausland nicht verborgen. Deshalb schwieg Wilson und tat seine Hand nicht auf.

Das deutsche Volk in seiner Mehrzahl spürte den Zwiespalt erst, als um die Jahreswende der Abgrund sich in seiner ganzen Grauenhaftigkeit auftrat, der sechs unersehbare Wochen, das Milliardenerbe unserer Enkel und das Selbstbewußtsein unserer Armee verschlungen hat, als der Wahnsinn irregeleiteter Massen seine Male in die stolzen Gebäude der Reichshauptstadt grub und Blut das bisher reine Schild der Revolution besudelte.

Das erste Gewitter ist vorüber. Ein zweites, mächtigeres braut sich, nicht nur in Deutschland, sondern auch in den jetzt noch sich in Siegestaumel träumenden Ländern, zusammen; überall, auch in Frankreich, Italien, England, Nord- und Südamerika, zeigen sich dieselben Folgeerscheinungen des viel zu langen Kriegs in einer revolutionären Gemütsverfassung der Massen, die zunächst durch Lohnbewegungen und Streiks den Egoismus der Individuen schrankenlos zur Geltung bringt. Muß das durch den Krieg in Brand gesetzte Gebäude der Zivilisation völlig herunterbrennen?

Unter dem fahlen Wetterleuchten dieses Gewitters tritt am 6. Februar 1919 in der Goethestadt Weimar die Deutsche Nationalversammlung zusammen.

Ihre Hauptaufgabe wird es sein, die Antwort des deutschen Volkes auf die große Schicksalsfrage zu geben:

„Wilson oder Lenin?“

„Wiederaufbau der Welt durch Gemeinschaftsarbeit der Völker

der Erde oder Umsturz alles Gewesenen durch Bolschewismus?" — Die Antwort entscheidet das Geschick Deutschlands und das der Welt.

Ist sie im Sinne Wilsons erteilt, dann werden unserem Volke die Männer erstehen, die es braucht, Männer, an deren Füßen nicht das Bleigewicht des Mißtrauens dies- und jenseits der schwarz-rot-goldnen Grenzpfähle und der Erfolglosigkeit in Denken und Handeln vergangener Jahre hängt. Und diese redlichen, wahrhaftigen und freiheitlich gesinnten Männer werden sofort und ohne Zaudern von Wilson die Entscheidung erfragen, ob er nunmehr dem deutschen Volke durch Sendung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen in seinem Kampfe gegen das von Osten nahende Verhängnis helfen will. Und er wird helfen, will er nicht die schöne Welt seiner Ideale, die Welt ohne Krieg und Hunger, ins Chaos versinken sehen, ehe sie geboren ist.

Das Volk der Deutschen harret der Antwort seiner verfassunggebenden Nationalversammlung auf dem schmalen Grate zwischen Sein und Nichtsein. Die rechte Antwort zu finden, wird für den, der Wilsons Weltanschauung kennt, nicht schwer sein.

Damit aber jeder die Antwort auf die Schicksalsfrage selber suchen kann, geht dies Buch ins Land, das deshalb das Schicksalsbuch Deutschlands und der Welt heißt.

Jeder lese es und gebe es weiter.

Wer es reinen Herzens liest, dem wird es den Glauben an bessere Zeiten wiederbringen, der wird wieder einen Hoffnungs-schimmer sehen, der wird ein Mitkämpfer in der letzten deutschen Stellung,

der Wilsonfront,

werden. Hält diese Front, dann ist sie uns die Bürgschaft für eine Auferstehung Deutschlands unter der Sonne eines ehrlich miterstrittenen Friedens der Gerechtigkeit; bräche auch sie, wüchse uns aus ihren Trümmern das Recht zu jeglicher, aus dem Mute der Verzweiflung geborenen Tat, und aus solcher die Möglichkeit einer Wiedergeburt, wenn auch auf den Ruinen der Welt.

Gegen den Willen des großen Amerikaners: „Aus diesem Kriege sollen nicht triumphierende Sieger und haßerfüllte Besiegte, sondern in freiem Bunde vereinte, versöhnte und zufriedene Völker hervorgehen!“ faucht in Spaa der uralte Gallier-trog sein Vae victis, sein Wehe den Besiegten, — gelst vom Osten her der in dem Weltbrand schon vierfach wahrgewordene Warnruf: Vae victoribus, Wehe den Siegern, dreimal Wehe den ungerechten

Mitten aus der Weltkriegsdämmerung, mitten aus dem noch einmal auflodernden Endkampf der Waffen und Geister um Nationalismus, Militarismus, gerechte Neuordnung der Erde und Bolschewismus ragt hell die mächtige Gestalt Wilsons empor. Während Krieg und Revolution in verbissener Wut um die Verewigung ihrer grausigen Herrschaft über die gequälten Menschen ringen, leuchtet Wilsons Ideal der Versöhnung über den Völkern auf, legt Wilson den Grundstein zu seinem Völkerbund, in dem die Nationen ihre Schmerzen in segensreicher Arbeit vergessen sollen.

Der Völkerbund allein, in dem auch die in den Kriegswirren fast vergessene Mittlersprache der Esperantisten ein hoffnungsfrohes Wiedererwachen feiern wird, ermöglicht uns und der Menschheit die Heilung der Kriegswunden, die Beseitigung der Kriegursachen und die Lösung der unzähligen, fast unentwirrbar scheinenden Gebietsfragen ohne neue, noch härtere Leiden.

Wenn die Geister der Vergangenheit und die Dämonen der Rachsucht und des Eigennutzes Wilson am Aufbau seines Völkerhauses hindern wollen: das deutsche Volk weiß, wessen Partei es in diesem Streite um Freiheit und Recht zu ergreifen hat.

Denn

Wilson's Gedanken

entschleiern die Zukunft. Sie sind unser Schicksal und
das Evangelium einer neuen Zeit.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Wilson und die Zukunft der Deutschen	Seite 5
--	------------

I. Aus Wilsons Reden und Botschaften

A. Vor dem Krieg

1. Friedensrede vom 27. 5. 16: Das Ideal eines Völkerbunds	17
2. Friedensnote vom 18. 12. 16	20
3. Botschaft über deren Erfolg vom 22. 1. 17 und die amerikanischen Friedensziele im allgemeinen	25
4. Kongreßbotschaft vom 5. 3. 17 nach der Wiederwahl Wilsons: Spezialisierung der Friedensziele	36

B. Im Krieg

5. Kriegsbotschaft vom 2. 4. 17.	39
6. Note nach der russischen Revolution vom 9. 7. 17	42
7. Antwort auf die Friedensnote des Papstes, 27. 8. 17	44
8. Rede über die Kriegserklärung an Österreich, 4. 12. 17	47
9. Die vierzehn Punkte: Kongreßbotschaft vom 8. 1. 18	56
10. Kongreßrede vom 11. 2. 18 über Czernin und Hertling (Erweiterung der vierzehn Punkte)	64
11. Werberede für die Freiheitsanleihe, 6. 4. 18	71
12. Ansprache an die mexikanischen Journalisten über die Wilsondoktrin vom 9. 7. 18	73
13. Kriegszielrede vom 4. 7. 18 in Mount Vernon (4 Punkte)	76
14. Kriegszielrede in New York vom 27. 9. 18: Die Grundprobleme des Völkerkriegs und ihre Lösung (5 Punkte). Der Völkerbund	80

C. Nach Einstellung des Kampfes

15. Antwort auf das deutsche Waffenstillstandsangebot vom 23. 10. 18	88
16. Kongreßbotschaft nach der deutschen Revolution vom 10. 11. 18	91
17. Note an Wien nach der österreichischen Revolution vom 11. 11. 18	93

18. Botschaft über den Wiederaufbau der Welt vom 2. 12. 18	94
19. Pariser Rede vom 15. 12. 18	97
20. Ablehnung der Reise ins Kriegsgebiet	98
21. An die französischen Arbeiter vom 15. 12. 18	99
22. Die Sorbonne-Rede über den Völkerbund vom 22. 12. 18	100
23. Die Weihnachtsbotschaften	101
24. 4 Londoner Reden, 27.—31. 12. 18	102
25. Der Fehler Deutschlands: Rede vom 3. 1. 19	106
26. Die Rede in Rom vom 4. 1. 19	107
27. Über die Arbeiterklasse und die Schwierigkeiten eines Völkerfriedens 6. 1. 19	109
28. Bekämpfung des Bolschewismus: Botschaft vom 13. 1. 19	110
29. Rede in der zweiten öffentl. Sitzung des Pariser Kongresses v. 25. 1. 19	111
30. Ein kalter Wasserstrahl nach Warschau, Prag und Bukarest, 24. 1. 19	115

II. Aus Wilsons Schriften vor seiner Präsidentschaft

1. Geleitwort zur deutschen Ausgabe seines Hauptwerks	119
2. Die französische Revolution	120
3. Friedrich der Große	120
4. Die Reichsgründung von 1871	120
5. Österreichs geschichtliche Stellung	121
6. Böhmen und Mähren	121
7. Ungarn	122
8. Die Jugoslawen	122
9. Galizien und Dalmatien	123
10. Österreichs Völkergemisch	123
11. Die Tschechen	124
12. England und der englische Imperialismus	124
13. Völkerentwicklung und Revolutionen	125
14. Germanisches Recht und amerikanischer Individualismus	126
15. Das Recht	127
16. Der Sozialismus im modernen Staat	127
17. Die Versöhnung des Sozialismus mit der Wirklichkeit	127
18. Fortschritt	129
19. Achtung vor dem Genius des Volkes	129
20. Allgemeines Wahlrecht und Vöbelherrschaft	130
21. Privatmonopole, Trusts und Freiheit des Wettbewerbs	131
22. Freiheit	132
23. Das Wohlergehen der Massen als Vorbedingung eines gesunden Staatslebens	132
24. Historische Kontinuität: der Weg der politischen Entwicklung	132
25. Wilsons Theorie und Praxis	134

Schlußwort des Verfassers

Literaturverzeichnis

1.
Deutsche, englische, französische und italienische Tageszeitungen

2.
Wilson: Staat (Übersetzung von Thomas)

3.
Wilson: Die neue Freiheit (Übersetzung von Winand)

4.
Der Friedensgedanke in Reden und Staatsakten
des Präsidenten Wilson

Oscar Laube / Verlag / Dresden

Der Siedler Zeitschrift zur Pflege deutschen Geistes und guten Geschmacks im Siedlerwerk. Mit Unterstützung führender Persönlichkeiten herausgegeben von Hanns Horst Kreisel. Monatlich ein starkes Heft zum Preise von M. 1.10. Jährlich M. 12.—. Ein Probeheft dieses anerkannt führenden Fachblattes kostenfrei.

Soeben erschienen:

Eignes Heim auf eigener Scholle Der Kriegerheimstätten Notwendigkeit, Durchführbarkeit und Segen. Von Johannes Steude, Pfarrer zu Großdrebniß. Preis M. 2.20 (einschl. Teuerungszuschlag).

Eigen Land Von G. A. Rüppers. Bildschmuck von H. Notthoff. Wie sich ein Einbeiniger in 8 Wochen selbst sein Haus baute. Preis dieses Buches M. 1.65 (einschl. Teuerungszuschlag).

Sächsische Normenhefte des Normenausschusses der Deutschen Industrie. Arbeitsausschuß für das Bauwesen, Abt. Sachsen. Herausgegeben mit Unterstützung des Ministeriums des Innern vom Landesverein Sächsischer Heimatschutz. — Kleinwohnungsbau, Heft 1/2 (Doppelheft). Einheitsformen zu Kleinwohnungshäusern in den Mittel- und Kleinstädten sowie in Landgemeinden. Preis M. 6.60 (einschl. Teuerungszuschlag) — Im Druck befinden sich: Heft 3: Einheitsformen zu Kleinwohnungshäusern in den Großstädten. — Heft 4: Einheitsformen zu Bauteilen. — Heft 5: Einheitskostenanschlag. — Preis jedes Heftes etwa M. 3.—.

Die Typisierung im Bauwesen Der Typen-Grundriß, die Normalisierung der Einzelteile im Wohnungsbau und die wissenschaftliche Betriebsführung als Mittel zur Förderung des Kleinwohnungsbaues. Von Architekt Dipl.-Ing. Erich Leyser-Berlin. Preis M. 1.50.

In Vorbereitung befinden sich und erscheinen Anfang März 1919:
Vorbildl. Kleinwohnungseinrichtungen
Herausgeg. vom DWB. Mappe im Form. 26×34 cm, auf Stein gezeichnet.

Wirtschaftsheimstätten Herausgeg. von Architekt Otto Wulle, DWB, 18 Blätter Entwürfe und baufachliche Ausführungszeichnungen für Heimstätten, kleinere landwirtschaftliche Anwesen u. handwerkliche oder gärtnerische Betriebe.

Wohnungseinrichtungen für Kleinhäuser
Eine Mappe, enthaltend 20 Kunstblätter, 17 Zeichnungen von Kleinmöbeln mit neuzeitlichem Hausrat und 3 Gesamtansichten. Entworfen und mit Vorwort herausgegeben von Architekt Otto Wulle, DWB.

REV 13

Was ist Esperanto?

Esperanto ist eine Hilfssprache, die jedermann leicht erlernen kann. Neben der Muttersprache, die unangetastet bleiben soll, will sie die erste, allen gemeinsame und für viele die einzige Fremdsprache sein, die im Weltverkehr nötig ist. Dr. Zamenhof, ein Augenarzt in Warschau (1859 bis 1917), hat sie geschaffen. Schon seit Jahrhunderten haben große Gelehrte auf den Wert einer solchen Hilfssprache hingewiesen. Sprachgelehrte wie Max Müller und Schuchardt haben die Bedenken, die man gegen eine künstliche Sprache trug, längst wissenschaftlich zerstreut. Leo Tolstoj urteilt über Esperanto: „Die Opfer, die jeder Mensch unserer europäischen Welt bringt, indem er einige Zeit dem Studium des Esperanto widmet, sind so klein und die Erfolge, die damit erzielt werden, so groß, daß man es sich nicht versagen kann, diesen Versuch zu machen.“ Wer für dieses wichtige Verständigungsmittel, das im künftigen Völkerbund eine große Rolle spielen wird, Interesse hat, den bitten wir, uns seine Anschrift mitzuteilen. Unsere Aufklärungsschrift Nr. 80 senden wir überallhin kostenlos u. postfrei.

Deutsche Esperanto-Zentrale
Dresden 1, Struvestraße 40